



Noch nicht genehmigt

Protokoll 04

Stadtratssitzung

Donnerstag, 16.02.2023, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.05 Uhr.....	157
Mitteilungen Vorsitzender	158
2022.SR.000194	159
1 Finanzkommission (FIKO): Ersatzwahl	
2022.SR.000195	159
2 Spezialkommission Kooperation Bern (SPEZKO.KOBE): Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds	
2021.SUE.000082	160
15 Tierpark Bern: Ersatz Heizung-Lüftung-Kühlung-Sanitär-Energie Gebäudeautomation (HLKSE GA) Haustechnik Vivarium; Baukredit	
2022.SUE.000064	161
16 Polizeiinspektorat: Projekt ImageLink (ARTS), Upgrade Dossiermanagement; Investitionskredit/Verpflichtungskredit	
2022.SR.000208	161
3 Dringliche Motion Erich Hess (SVP): Keine Subventionen für Zwangsheiraten	
2022.PRD.000025.....	162
4 Leistungsverträge mit Kulturinstitutionen für die Leistungsvertrags- periode 2024 – 2027; Verpflichtungskredite (Abstimmungsbotschaft)	
Die Sitzung wird um 19.05 Uhr unterbrochen.	185
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr.....	186
2022.PRD.000025.....	187
4 Fortsetzung: Leistungsverträge mit Kulturinstitutionen für die Leistungsvertragsperiode 2024 – 2027; Verpflichtungskredite (Abstimmungsbotschaft)	
2020.SR.000200	195
5 Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Nadja Kehrli-Feldmann/Laura Binz, SP/Rafael Egloff, JUSO): Transkulturelle Öffnung der Kultur- Institutionen: Musterleistungsverträge anpassen, Kulturfördergremien divers besetzen und bei den Controlling-Gesprächen überprüfen	
2020.SR.000278	196
6 Postulat Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Laura Binz, SP): Mit Leistungsvertrag subventionierte Häuser zeigen sich solidarisch mit selbständigen Künstler*innen in Bern	
2019.SR.000186	196

7	Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Laura Binz, SP): Diversity in der Sparte Musik	
2020.SR.000341		196
8	Motion Fraktion GB/JA! (Sophie Achermann, GB) - übernommen durch Sarah Rubin (GB): Lohntransparenz und Gleichstellung in subventionierten Theaterbetrieben	
2021.SR.000097		197
9	Postulat Fraktion SP/JUSO (Rafael Egloff, JUSO/Katharina Altas/Nadja Kehrli/Laura Binz, SP): Informationspflicht zu Lohnstruktur und Gagenentrichtung in Berner Kulturinstitutionen	
2019.SR.000256		197
10	Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas, SP/Brigitte Hilty Haller, GFL) - übernommen durch Laura Binz (SP): Kornhaus als Kulturhaus: Berner Kornhausbibliothek ins Parterre – Kornhaus als Literaturhaus etablieren	
2022.SR.000225		197
11	Dringliche interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, Mitte, AL/PdA (Franziska Geiser, GB/ Katharina Altas, SP/Claudio Righetti, Mitte/David Böhner, AL): Die Stadt Bern verlangt vom Schweizer Bundesrat Massnahmen gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran zu ergreifen	
2019.FPI.000126		200
12	Viererfeld/Mittelfeld: Abgabe von zwei Landflächen im Baurecht (Abstimmungsbotschaft) und Antrag an den Stadtrat zur Abgabe von weiteren Baurechten erste Etappe	
	Verschobene Traktanden	224
	Eingänge	226
	Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr	226

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.05 Uhr

Stadtrat anwesend

Michael Hoekstra, Präsident

Valentina Achermann	Lionel Gaudy	Dominic Nellen
Janina Aeberhard	Franziska Geiser	Barbara Nyffeler
Timur Akçasayar	Thomas Glauser	Halua Pinto de Magalhães
Lena Allenspach	Claude Grosjean	Claudio Righetti
Ruth Altmann	Lukas Gutzwiller	Mirjam Roder
Ursina Anderegg	Bernadette Häfliger	Michael Ruefer
Mirjam Arn	Erich Hess	Kurt Rügsegger
Tom Berger	Thomas Hofstetter	Vanessa Salamanca
Nicole Bieri	Matthias Humbel	Mahir Sancar
Diego Bigger	Seraphine Iseli	Judith Schenk
Lea Bill	Ueli Jaisli	Florence Schmid
Laura Binz	Bettina Jans-Troxler	Sara Schmid
Gabriela Blatter	Anna Jegher	Nicole Silvestri
David Böhner	Raffael Joggi	Chandru Somasundaram
Eva Chen	Nora Joos	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyere	Barbara Keller	Irina Straubhaar
Dolores Dana	Fuat Köçer	Therese Streit-Ramseier
Milena Daphinoff	Nora Krummen	Bettina Stüssi
Sibyl Martha Eigenmann	Corina Liebi	Michael Sutter
Vivianne Esseiva	Maurice Lindgren	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Simone Machado	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Matteo Micieli	Janosch Weyermann
Thomas Fuchs	Szabolcs Mihalyi	Marcel Wüthrich
Katharina Gallizzi	Tanja Miljanovic	

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Ingrid Kissling-Näf	Simone Richner
Michael Burkard	Anna Leissing	Sarah Rubin
Jelena Filipovic	Salome Mathys	

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD	Franziska Teuscher BSS	Reto Nause SUE
--------------------------	------------------------	----------------

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel	Franck Brönnimann, Sekretariat
Christine Otis, Protokoll		

Mitteilungen Vorsitzender

Präsident Hoekstra: Ich begrüsse Sie zur vierten Sitzung im Jahr 2023. Ich habe keine Kenntnis von irgendwelchen Rücktritten, aber wir begrüssen heute neu ein Ratsmitglied, das für Jemima Fischer heute das erste Mal da ist. Herzlich willkommen Raffael Joggi von der Alternativen Linke Bern (AL). Geburtstag haben wir heute keinen, aber ich darf nachträglich Chandru Somasundaram gratulieren, der gestern Geburtstag hatte, herzliche Gratulation.

Ich bitte euch, wie immer das Badgen nicht zu vergessen, dringliche Vorstösse bis um 21 Uhr sowie nicht dringliche bis spätestens um 22 Uhr bei Valentina Ackermann abzugeben. Bevor wir mit der Traktandenliste starten, kommen wir zu einem ernsten Thema und ich bitte entsprechend um etwas mehr Aufmerksamkeit. Am 6. Februar um vier Uhr in der Nacht wurde eine ungefähr 900-jährige tektonische Spannung innerhalb von knapp zwei Minuten entladen. Das fand in der anatolischen Verwerfung auf ca. 300 Kilometern statt – man muss sich das vorstellen, das ist ungefähr quer durch die Schweiz – und hat mehr oder weniger einen ganzen Bereich eines Landes durcheinander gebracht und aufgerissen. Das Resultat ist absolut verheerend. Die Bevölkerung vor Ort wurde aus dem Schlaf gerüttelt, konnte nicht mehr darauf reagieren und wurde teilweise im Schlaf lebendig begraben. Es gab gemäss meinen letzten Informationen – ich bitte um Verständnis, es ist schwierig herauszufinden – über 40 000 Tote und es sind tausende von Häusern eingestürzt – dazu habe ich keine genauen Informationen gefunden – und das bei eisiger Kälte von bis zu minus zehn Grad Celsius. Das bedeutet, dass die Überlebenden dort vor dem Nichts stehen, im besten Fall können sie sich in ihre eigenen Autos zurückziehen, die hoffentlich dort noch herumstehen und nicht auch begraben worden sind oder sie haben in temporären Zelten oder anderen Notlösungen Unterschlupf gefunden. Die Überlebenden stehen – nebst dem tragischen Verlust ihrer Angehörigen, Freunden und Bekannten – vor dem Nichts. Ihr Hab und Gut wurde begraben und ist buchstäblich weg. Die Bilder und Erzählungen, die man in den Medien sieht, machen mich persönlich sprachlos. Ich möchte darum im Namen des Stadtrats – ich denke, ich spreche für alle in diesem Raum – meine tiefe Betroffenheit aussprechen und in unser aller Namen unser herzliches Beileid aussprechen an alle die Menschen, die in diesen Trümmern Familie, Freund*innen und Bekannte verloren haben. Ich möchte den Stadtrat daher um eine Schweigeminute für die Verstorbenen bitten.

Schweigeminute.

Das Ratssekretariat und ich wurden von Mitgliedern des Stadtrats gebeten, eine Spendenaktion zu organisieren. Das machen wir sehr gerne. Sie finden auf dem Pult ein entsprechendes Formular, anhand dem Sie das erste und/oder zweite Sitzungsgeld spenden können. Wir stellen dieses Geld über das Schweizerische Rote Kreuz den Hinterbliebenen und Opfern des Erdbebens in der Türkei und in Syrien zur Verfügung. Vielen Dank für das Mitmachen.

Bevor wir beginnen, möchte ich noch eine persönliche Erklärung abgeben. Es ist mir wichtig, folgendes nach den Geschehnissen am Ende der letzten Sitzung loszuwerden: Mir persönlich hat das zu schaffen gemacht. Ich habe den Anspruch an mich selber, dass hier alle angehört werden und alle sprechen dürfen. Ich habe im Nachhinein mit vielen Leuten darüber geredet, die Sitzungsaufnahmen gehört, meine Reaktion hinterfragt und mich bezüglich des Vorwurfs oder Verhinderung der freien Meinungsäusserung hintersinnt. Es ging mir nicht um den Inhalt, der dort geäussert wurde. Ich appelliere an den parlamentarischen Anstand, den ich hier versuche zu vertreten und zu

verteidigen und nicht um gewisse inhaltliche Aussagen. Es ist mir wichtig, dass ich intervenieren darf und muss, wenn Wörter verwendet werden, die im allgemeinen Sprachgebrauch nicht normal und herablassend sind oder als abschätzig gelten. Zudem wurden andere Fraktionen bewusst und gezielt beleidigt. Diese Art von Voten toleriere ich in meiner Amtszeit in diesem Saal nicht und bitte alle Stadträtinnen und Stadträte inständig, dieser Bitte nachzukommen, damit wir den parlamentarischen Anstand und den respektvollen Umgang mit den Mitmenschen im Saal leben können. Im gleichen Atemzug möchte ich aber auch an die Meinungsfreiheit appellieren: Es ist undemokratisch und unnötig, jede Aussage der gegenüberliegenden Seite, bei der man nicht gleicher Meinung ist, mit einem Vergleich zum dritten Reich zu kommentieren. Das ist nicht okay und ich möchte mich diesbezüglich entschuldigen, dass ich bei diesem Umstand nicht interveniert habe. Das ging mir durch die Lappen und ist mir erst aufgefallen, als ich mir das Ganze nochmals angehört habe. Ich hätte für diese Aussage ebenfalls eine Verwarnung aussprechen und daran appellieren sollen, bei der Sache zu bleiben. Meine Aufgabe in diesem Rat ist es wie gesagt, das Reglement zu vertreten und in diesem Reglement haben wir uns auf die Fahne geschrieben, dass wir zur Ordnung aufrufen, wenn jemand den parlamentarischen Anstand missachtet. Das sind konkret: Beleidigende Äusserungen, bei einem Thema nicht zur Sache sprechen, die Redezeit überschreiten – da interveniere ich sowieso –, verletzen von irgendwelchen Verfahrensvorschriften oder Leute in diesem Saal bewusst zu beleidigen und unter dem Strich mit einem Verhalten Verhandlungen zu stören. Das ist meine Erklärung dazu. Ich hoffe, dass wir die bevorstehende Traktandierung – ich habe die Traktanden bewusst wieder so auf die Traktandenliste genommen – ohne Zwischenfälle und mit gegenseitigem Respekt weiter diskutieren können. Wir kommen damit zum Traktandum Nummer 1.

2022.SR.000194

1 Finanzkommission (FIKO): Ersatzwahl

Präsident Hoekstra: Es geht um die Ersatzwahl für Jemima Fischer in die Finanzkommission. Die Fraktion AL/PdA schlägt Raffael Joggi zur Wahl vor. Gibt es andere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall, dann stimmen wir mittels Handerheben darüber ab.

Wahl

2022.SR.000194

Einstimmige Wahl: Raffael Joggi

2022.SR.000195

2 Spezialkommission Kooperation Bern (SPEZKO.KOBE): Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds

Präsident Hoekstra: Es geht um die Ersatzwahl für Jemima Fischer als stellvertretendes Mitglied in der Spezialkommission SPEZKO.KOBE. Nominiert ist Eva Chen. Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge. Wir stimmen auch hier mittels Handerheben ab.

Wahl

2022.SR.000195

Einstimmige Wahl: Eva Chen

Präsident Hoekstra: Bevor wir zu Traktandum 3 kommen, möchte ich nach Rücksprache mit der entsprechenden Kommission fragen, ob zu Traktandum 15 – Tierpark und der Ersatz der Haustechnik im Vivarium – Diskussionsbedarf besteht? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich habe von der offiziellen Sprecherin gehört, dass sie auf ein Votum für die Kommission verzichtet. Es ist aber ein Ersatz angemeldet, und zwar Bernadette Häfliger.

Traktanden 15 und 16 werden vorgezogen.

2021.SUE.000082

15 Tierpark Bern: Ersatz Heizung-Lüftung-Kühlung-Sanitär-Energie Gebäudeautomation (HLKSE GA) Haustechnik Vivarium; Baukredit

Bernadette Häfliger (SP) für die RWSU: Ich kann es ganz kurz machen: Die ganze Haustechnik im Vivarium des Tierparks muss vollständig erneuert werden. Sie hat die Lebensdauer nach 35 Jahren eigentlich schon längst überschritten und kann im Moment nur noch dank guter Wartung von äusserst fähigen Service-Leuten weiterbetrieben werden. In der Zwischenzeit lassen sich aber kaum mehr Ersatzteile für diese Anlage finden, was das Ausfallrisiko massiv erhöht. So ein Ausfallrisiko – das kann sich jeder und jede vorstellen – wäre verheerend. Zudem ist die Energiebilanz der alten Anlage alles andere als optimal und die aktuellen Brandschutzvorschriften können nicht mehr eingehalten werden. Der Ersatz der Haustechnik im Vivarium ist also zwingend notwendig. Mit einer neuen Anlage kann zudem der Gesamtenergieverbrauch des Tierparks um 18 Prozent gesenkt werden. Gemäss dem Reglement über den Tierpark Dählhölzli aus dem Jahr 2014 sind Infrastrukturanlagen zu 100 Prozent über Stadtmittel zu finanzieren. Der Ersatz der Haustechnik fällt unter diese Kategorie. Nicht klar geregelt ist im Reglement, wer die zusätzlichen Abschreibungskosten zu tragen hat. Das hat dann auch einige Fragen in der Kommission aufgeworfen. Diese Kosten würden die Sonderrechnung des Tierparks mit 116 000 Franken pro Jahr belasten. Damit würde der Saldo der Spezialfinanzierung auf minus 0,5 Mio. Franken sinken. Aus diesem Grund wird nebst dem Baukredit des Gemeinderats beantragt, den städtischen Beitrag an die Sonderrechnung um diesen Betrag zu erhöhen. In der RWSU war das Geschäft völlig unbestritten. Die Kommission empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, dem Baukredit von 2,9 Millionen Franken zulasten der Investitionsrechnung zuzustimmen. Gleichzeitig soll der städtische Beitrag an die Sonderrechnung für die zusätzlichen Abschreibungskosten um 116 000 Franken pro Jahr erhöht werden.

Präsident Hoekstra: Es wurde kein Diskussionsbedarf angemeldet, deshalb hat zum Schluss noch der Gemeinderat das Wort. Er verzichtet. Wir müssen darüber abstimmen, weil das Geschäft dem fakultativen Referendum unterliegt.

Abstimmung

2021.SUE.000082	
Annahme	
Ja	59
Nein	1
Enthalten	3
Namensliste 003	

Präsident Hoekstra: Es wurde angeregt, dass wir dieses Vorgehen auch bei den Traktanden 14 und 16 probieren. Traktandum 14 ist ebenfalls ein Geschäft, das in der Kommission absolut unbestritten war. Es ist auch niemand angemeldet für ein Kommissionsvotum. Ist das Geschäft bestritten oder besteht dazu Diskussionsbedarf? Das Traktandum 14 ist bestritten, somit lassen wir es gemäss Traktandenliste stehen. Ich frage noch zu Traktandum 16: Ist das bestritten? Es geht darin um das Polizeiinspektorsratsprojekt ImageLink (ARTS). Besteht Diskussionsbedarf? Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Kommissionssprechenden könnten noch etwas dazu sagen. Michael Sutter verzichtet. Auch der Gemeinderat verzichtet auf ein Votum.

2022.SUE.000064

16 Polizeiinspektorat: Projekt ImageLink (ARTS), Upgrade Dossiermanagement; Investitionskredit/Verpflichtungskredit

Präsident Hoekstra: Das Geschäft ist, weil es nicht dem fakultativen Referendum untersteht, so genehmigt. Vielen Dank, wir konnten somit bereits zwei Geschäfte abbauen und kommen zurück zur ordentlichen Traktandenliste und somit zu Traktandum 3.

Abstimmung

2022.SUE.000064	
Annahme	

2022.SR.000208

3 Dringliche Motion Erich Hess (SVP): Keine Subventionen für Zwangsheiraten

Erich Hess (SVP), Einreichender: Zwangshochzeiten, die in städtisch mitfinanzierten Gebäuden stattfinden, kommen aus meiner Sicht nicht in Frage. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass eine zusätzliche Vereinbarung unterschrieben wurde, damit die verschiedenen Sekten dort in Zukunft keine Zwangsheiraten mehr durchführen. Aber was bringen solche Vereinbarungen? Gar nichts, sie sind nicht einmal so viel Wert wie das Papier, auf dem sie stehen. Es braucht keine Vereinbarungen, das Gesetz schreibt bereits heute alles vor. Vereinbarungen und Verträge kann man über Dinge machen, die innerhalb des Gesetzes liegen und nicht über Dinge, die ausserhalb liegen, also solche, die bereits illegal sind. Ich weiss nicht, ob der Gemeinderat hier sogar Zwangsbeschneidungen von Mädchen decken würde, wenn er könnte. Würde er auch dort einfach Gras darüber wachsen lassen und sagen, dass man eine Vereinbarung

unterzeichnen lassen werde, damit das nicht mehr gemacht wird. Wir müssen von Anfang an schauen, dass sich die Leute an unsere Gesetze und Gebräuche halten, die wir in der Schweiz haben. Wir sind ein christlich abendländisches Land. Wir haben Landeskirchen und alle anderen haben sich an unsere gesetzlichen Gegebenheiten anzupassen. Ich bin nicht der Meinung, dass niemand etwas anderes glauben darf, er soll aber andere nicht damit belästigen. Man soll mit seinem Glauben ganz sicher nicht gegen das Gesetz verstossen. Der Gemeinderat hat ursprünglich gesagt – so wie es anno dazumal beschlossen wurde –, dass es eine Anschubfinanzierung sei. Der Anschub ist schon lange durch und es braucht sie schon lange nicht mehr. Darum könnte man das Geld bereits seit langem vollkommen streichen. Wir müssen auch schauen, dass wir nicht andere Religionen unterstützen, wie das die Landeskirchen tun. Bereits dort geht es mir zu weit, es gibt dort eine Zwangsfinanzierungen. Man ist beispielsweise als juristische Person gezwungen, Kirchensteuern zu bezahlen, da man als juristische Person nicht aus der Kirche austreten kann. Das ist aus meiner Sicht nicht richtig, aber gerade nicht das Thema hier im Saal, daran können wir nichts ändern. Das ist ein Problem auf kantonaler Stufe und ich hoffe, dass der Kanton irgendwann einmal etwas unternimmt. In anderen Kantonen ist das bereit möglich. Ich bitte euch darum, hier ein klares Zeichen zu setzen: Jeder soll seinen Glauben haben, aber es soll sich auch jeder an die Schweizer Gesetze halten. Somit sollen meiner Meinung nach keine anderen Religionsgemeinschaften finanziell unterstützt werden, vor allem dann nicht, wenn sie sich nicht ans Recht halten.

Präsident Hoekstra: Es gibt keine weiteren Fraktions- oder Einzelvoten und auch der Gemeinderat verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung. Die Motion wurde nicht in ein Postulat gewandelt, wir stimmen über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung

2020.SR.000201

Ablehnung

Ja	7
Nein	60
Enthalten	0

[Namensliste](#) 004

2022.PRD.000025

4 Leistungsverträge mit Kulturinstitutionen für die Leistungsvertragsperiode 2024 – 2027; Verpflichtungskredite (Abstimmungsbotschaft)

Gemeinsame Beratung der Traktanden 4 bis 10.

Präsident Hoekstra: Bevor ich das Wort übergebe, gehe ich kurz die Traktanden durch. Zu Traktandum 6: Ist das Postulat bestritten? Es geht hier um das Postulat bezüglich Leistungsverträgen subventionierter Häuser. Es ist bestritten. Zu Traktandum 7: Auch diese Motion der SP/JUSO-Fraktion ist bestritten, so auch die Motion unter Traktandum 8. Unter Traktandum 9 haben wir ein Postulat der Fraktion SP/JUSO zur Informationspflicht zu Lohnstruktur und Gagenentrichtung in Berner Kulturinstitutionen, auch dieses ist bestritten.

Barbara Keller (SP) für die SBK zu Traktandum 4: Wir reden heute über die Leistungsverträge mit den Kulturinstitutionen als wichtigen Bestandteil der Kulturbotschaft. Die Kulturbotschaft wird nicht zur Kenntnis genommen. Deshalb sind auch keine Planungs-erklärungen zur Kulturbotschaft möglich. Man hat das Geschäft am 23. Januar 2023 in der SBK beraten. Es war eine ausführliche Debatte. Ich beschränke mich im Kommissionsvotum auf Diskussion und Fragestellungen aus der Kommission und gebe nicht den Vortrag wieder, den ihr ja sicher alle gelesen habt. Als erstes möchte ich mich noch bei der Stadtverwaltung bedanken, vor allem bei Franziska Burkhardt, die uns bei allen Fragen sehr behilflich war. Wir haben in der Kommission zuerst die übergeordnete Diskussion geführt und sind dann auf die einzelnen Kulturinstitutionen und somit auf die einzelnen Leistungsverträge eingegangen. Ich halte diesen Ablauf auch im Kommissionsvotum entsprechend ein. Wir haben diskutiert, dass in der Kulturbotschaft mehrmals der Ausdruck der branchenüblichen Löhne vorkommt. Die sind je nach Sparte sehr unterschiedlich. So hat zum Beispiel die Sparte Tanz und Theater einen sehr starken Berufsverband. Es gibt klare fixe Minimallöhne, bei der bildenden Kunst hingegen gibt es das fast nicht. Es gibt Leitlinien, die so kompliziert sind, dass sie niemand versteht und vor allem werden sie bis jetzt auch kaum umgesetzt. Wir erwarten von den Institutionen, dass sie sich mindestens an die Minimalvorgaben der Berufsverbände halten. Es wurde kritisiert, dass die branchenüblichen Löhne in vielen Fällen das Überleben nicht garantieren. In der Kulturbotschaft wird aber aufgeführt, dass die Stadt Bern für die Einhaltung der sozialen Sicherheit Stichproben durchführen wird. Der Hebel für Konsequenzen bei nicht Einhaltung der Vorgaben ist heute sehr klein, da die Ressourcen nicht wirklich vorhanden sind. So kann das Controlling leider nicht systematisch durchgeführt werden. Es kam zudem die Frage auf, wie die Transparenz und die Meldepflicht gegenüber der Stadt gewährleistet wird, insbesondere bei schwierigen Situationen wie sexuellen Übergriffen, die in letzter Zeit leider vorgekommen sind. Es ist so, dass diese bereits heute in Verträgen verankert sind und Kultur Stadt Bern in Zukunft in den jährlichen Controlling-Systemen entlang eines Fragebogens gezielt nach schwierigen Situationen fragen wird.

Zu den spartenübergreifenden Experten*innen-Kommissionen: Weil die Kulturproduktionen vermehrt spartenübergreifend sind und man keine klaren Trennungen vornehmen kann, soll künftig eine grosse Kommission über alle Sparten hinweg entscheiden. Wir haben diskutiert, wie eine spartenübergreifende Expert*innen-Kommission über alle Disziplinen hinweg genug Fachwissen haben kann. Wir erhielten von der Verwaltung diesbezüglich die Antwort, dass die aktuellen Mitglieder der Spartenkommissionen auch Teil der neuen Kommission sein werden. Die spartenübergreifende Kommission wird durch Mitglieder mit anderen Perspektiven und Expertisen ergänzt, die es heute so noch nicht gibt. Die bildende Kunst ist eine der Sparten, die Angst hat, zu kurz zu kommen. Man befürchtet, dass sie in Zukunft noch schlechter wegkommen, wenn die Kommission noch grösser und breiter wird, dies weil die bildende Kunst bereits heute ein sehr breites Feld ist. Wie wird diesen Befürchtungen Rechnung getragen? Die Unterschiede der Spartenbeurteilungen seien historisch gewachsen und heute schwer zu beurteilen. Deshalb sei es ab 2024 auch angedacht, dass ein Monitoring nach Sparten durchgeführt wird, um zu sehen, wie sich die Förderung nach Sparten entwickelt, damit man eingreifen könnte, wenn sich etwas nicht so entwickeln sollte, wie es vorgesehen ist.

Dann haben wir auch noch über den Kredit Stadtentwicklung durch Kultur geredet. Die neue Kulturbotschaft soll mehr Transparenz in der Kultur schaffen. In diesem Zusammenhang wurde gefragt, was denn mit diesem Kredit für Stadtentwicklung durch Kultur von 75 000 Franken ist, über den das Stadtpräsidium selber befinden kann. Die Antwort

lautete, dass es hier um kleinere Beiträge gehe und die Liste auch öffentlich einsehbar und somit transparent sei. Die Beiträge werden zwar nicht durch eine Kommission beschlossen, aber durch Fachspezialist*innen. Die Verwaltung schaut das Gesuch zu fünft an und empfiehlt es anschliessend zur Förderung. Es sei nicht so, dass der Stadtpräsident im stillen Kämmerlein allein über die Gesuche entscheiden würde.

Wir haben des Weiteren über Mieten geredet, die in verschiedenen Leistungsverträgen teilweise übernommen werden. Es war uns in der Kommission nicht ganz klar, wie die Beträge zustandekommen. Teilweise werden sehr hohe Mieten übernommen, teilweise sind es eher symbolische Beträge, die verrechnet werden. Uns wurde zugesagt, dass wir noch näher über das Zustandekommen dieser Mietbeiträge informiert werden. Das ist bis heute aus meiner Sicht noch nicht passiert. Vielleicht wird das heute vom Stadtpräsidenten nachgeholt.

Schliesslich kam die Frage auf, was sich in der Kulturbotschaft seit der Vernehmlassung verändert habe. Wir waren nämlich zuerst sehr froh, dass der Vortrag im Vergleich zu den Vorjahren sehr ausführlich ausgefallen ist. Das war ein Punkt, der vor vier Jahren kritisiert wurde. Aus Sicht der Kommission war es jetzt viel besser nachvollziehbar, was von Seiten der Leistungsvertragspartnern beantragt wurde. Wir haben zudem auch die Begründung erhalten, weshalb auf einige Anträge eingegangen wurde und auf andere nicht. Was hingegen weniger nachvollziehbar war, war die Veränderung in der Kulturbotschaft. Uns wurde mitgeteilt, dass neu explizit das Museumsquartier erwähnt wurde sowie die Freiheit der Kunst. Anscheinend ist nicht selbstverständlich, was darunter gemeint ist. Es ist jetzt auch noch eingeflossen, was man darunter verstehen kann. Gerade bei der Projektförderung geht es eben nicht darum, dass nur noch Projekte gefördert werden, bei denen es um Themen wie Nachhaltigkeit, Diversität oder dergleichen geht, sondern auch darum, dass künstlerische Qualität und Freiheit gewährleistet werden kann.

Dann haben wir noch den Artikel 15a diskutiert. Es ging dabei um die Kürzung der Abgeltung bei schwieriger Finanzlage. Diese Klausel ist in den Leistungsverträgen so enthalten und es wurde auch nie erwähnt, dass diese gemäss einer Planungserklärung in sämtlichen Verträgen hätte gestrichen werden sollen. Bei den Gesprächen mit den verschiedenen Kulturinstitutionen ist aufgefallen, dass diese Klausel sehr oft negativ aufgeführt wird. Wir haben daher auch nachgefragt, wie das ist, ob das jetzt weiterhin immer Bestandteil sein wird. Der Gemeinderat hat uns geantwortet, dass er entschieden habe, dass die Klausel in den städtischen Verträgen weiterhin vorhanden sein wird. Die Begründung, die in der Kommission erörtert wurde, ist, dass 2020 und 2021 gespart werden musste und bei der Kultur war das nur bei den laufenden Krediten möglich, nicht aber bei den Leistungsvereinbarungen, was zu einem Ungleichgewicht führte. Hinzu kommt, dass die Kürzungen an sehr strenge Voraussetzungen gebunden seien. Die Voraussetzungen wären in den letzten Jahren und vermutlich auch im laufenden Jahr nicht erfüllt gewesen. Somit würde auch nicht gekürzt werden. Ich komme jetzt zu den einzelnen Kulturinstitutionen. Auch hier gehe ich nicht auf alle ein, sondern nur auf die, die wir in der Kommission diskutiert haben.

Das Robert-Walser-Zentrum: Der Gemeinderat hat eine Planungserklärung, die im Stadtrat angenommen wurde, nicht berücksichtigt und will die Beiträge weiterhin auf 50 000 Franken kürzen. Das kann er in seiner Kompetenz so beschliessen. Angesichts der Planungserklärung des Stadtrats legt er uns den Beschluss jetzt aber vor und wir können trotzdem darüber befinden. Unterdessen ist noch ein Antrag der Mitte-Fraktion eingegangen. Der Antrag lag der SBK noch nicht vor und darum haben wir ihn auch nicht explizit diskutiert. Ich habe aber bei der Verwaltung die Frage betreffend die Dauer des Modells gestellt, das anscheinend nicht von allen gleich aufgefasst wird. Im Vortrag

ist die Rede von 15 Jahren. Aber das Robert-Walser-Zentrum ist offenbar von einer unbeschränkten Dauer ausgegangen. Ich habe gefragt, wie die Stadt mit dieser Diskrepanz umgeht. Die Antwort lautete, dass die verschiedenen Wahrnehmungen schwer zu überbrücken seien. Man habe versucht, sich auf die Fakten zu stützen. In den ersten Anträgen und Diskussionen im Stadtrat sei von 15 Jahren die Rede gewesen. Zudem sei es auch auf der Hand gelegen, dass sich der damalige Stadtpräsident Alexander Tschäppät nicht dazu verpflichten konnte, auf unbeschränkte Zeit 100 000 Franken zur Verfügung zu stellen. Das obliegt dem Stadtrat. Ich habe auch noch gefragt, ob im Berner Modell die Halbierung der Beiträge dem Grundkonsens dieses Modells widersprechen würde. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass er seiner Verpflichtung nachkommt. Es sei ein Fehler gewesen, dass die anderen Partner nicht vor der Vernehmlassung informiert worden seien, das sei aber jetzt nachgeholt worden. Die Stadt werde die Diskussion zur Frage nach der Zukunft des Robert-Walser-Zentrums, konkret nach den Ausgaben und der Finanzierung, gemeinsam mit den anderen Vertragspartnern führen. Das sei mit dem Kanton, der Burgergemeinde und dem Literaturarchiv so abgesprochen worden.

Ich komme zu Bühnen Bern. Zu den Kürzungen konnte man bereits viel in den Zeitungen lesen. Bühnen Bern werden aufgrund der Kürzungen weg vom Repertoire-System gehen und die Inszenierungen in einer Serie zeigen und danach absetzen. Durch die wegfallenden Auf- und Abbauarbeiten und die geringere Anzahl an Vorstellungen reduziert sich der technische Aufwand und dadurch wird es zu einem Stellenabbau beim technischen Personal kommen. Bühnen Bern ist bereit, im Gespräch mit verschiedenen Gewerkschaften je nach Branchenzweig den Abbau zu begleiten. Auch hier haben wir in der Kommission über weitere, mögliche Kürzungen diskutiert, die schlussendlich grossmehrheitlich verworfen wurden. Die Beiträge an Bühnen Bern –

Präsident Hoekstra: Barbara Keller, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Barbara Keller (SP): Noch ein letzter Satz. Das Fazit unserer Debatte in der SBK war, dass wir allen Gemeinderatsanträgen grossmehrheitlich zustimmen, die Kommission hat keine eigenen Anträge eingereicht.

Präsident Hoekstra: Es sind keine Kommissionsanträge eingegangen, auch nicht von Minderheiten. Somit kommen wir zu den Einreichenden der Traktanden 5 bis 10. Ich übergebe das Wort für die Traktanden 5, 6, 7, 9 und 10 an Laura Binz.

Laura Binz (SP) für die Einreichenden zu den Traktanden 5, 6, 7, 9 und 10: Zu Traktandum 5: Es freut uns sehr, dass der Gemeinderat die Stossrichtung des Vorstosses unterstützt, was eigentlich im Jahr 2022 auch eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Wir verlangen vom Gemeinderat mit diesem Vorstoss, dass die Diversität auf allen Ebenen konsequent umgesetzt wird. Wir erwarten, dass sich steuerfinanzierte Kulturangebote nicht nur an ein bildungsbürgerliches Publikum wenden, sondern an alle Gesellschaftsschichten. Die transkulturelle Öffnung muss auf allen Ebenen gelebt werden. Dafür muss man genauer hinschauen und analysieren, wie inklusiv unsere Kulturangebote sind, welche Projekte warum finanziert werden und welche nicht, und vor allem auch, wer die Entscheidungen fällt. Ein entscheidendes Kriterium sind die Differenzenerfahrungen, die Menschen wegen ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihres Alters oder ihrer sexuellen Identität machen. Inklusiv sein heisst, die Programme auf ein anderes Zielpublikum auszurichten und das Personal diverser zusammzusetzen. Der Gemeinderat möchte den Vorstoss als Postulat entgegennehmen, obwohl die Forderungen aus

dem Vorstoss Eingang in die neue Kulturbotschaft und die Leistungsverträge gefunden haben. Die SP/JUSO-Fraktion hält darum an der Motion fest, denn es liegt uns viel daran, dass auf Worte auch Taten folgen, die Punkte umgesetzt werden und im Controlling sichtbar sowie überprüfbar gemacht werden. Wir danken für ihre Unterstützung.

Zu Traktandum 6: Mit dem Postulat "Mit Leistungsverträgen subventionierte Häuser zeigen sich solidarisch mit selbstständigen Künstler*innen in Bern" fordern wir den Gemeinderat auf zu prüfen, ob insbesondere Bühnen Bern – damals im Vorstoss hiess es noch Konzert Theater Bern – ein Angebot initiieren könnte, das vom Prinzip her ähnlich funktioniert wie das Kulturbüro, damit die Berner Kulturszene von der Infrastruktur von Bühnen Bern profitieren kann. Ihr Equipment ist nicht ständig in Gebrauch und kann so weiteren Kulturschaffenden zur Verfügung gestellt werden, um den Gebrauch von beispielsweise Kostümen, einem Fundus oder Fahrzeugen zu vergrössern. So könnten selbstständige Berner Künstler*innen, die von der Stadt Bern gefördert werden, von der Infrastruktur von Bühnen Bern für einen symbolischen Betrag profitieren. Was bei Bühnen Bern in den Lagern und Fundus liegt, könnte in der freien Szene einen wichtigen Unterschied machen. Der Prüfauftrag beschränkt sich aber nicht nur auf Bühnen Bern. Der Gemeinderat soll prüfen, wie andere Kulturbetriebe mit einem städtischen Leistungsvertrag die freie Szene unterstützen könnten. Mit dieser einfachen und niederschweligen Massnahme können die freie Kulturszene unterstützt, Kosten gesenkt und die Vernetzung sowie die Sichtbarkeit in der Berner Kulturszene vergrössert werden. Die Forderung nach verbesserter Vernetzung liegt bereits seit längerem auf dem Tisch. Wir freuen uns, dass der Gemeinderat bereit ist, das Anliegen aufzunehmen und danken euch für die Unterstützung des Postulates.

Somit komme ich zu Traktandum 7 "Diversity in der Sparte Musik". Den Vorstoss haben wir 2019 eingereicht und letztes Jahr wurde die Kritik laut, als bekannt wurde, dass das Musikfestival Moon and Stars in Locarno nur Männer engagiert hat. In letzter Sekunde wurde gemäss meinen Informationen noch eine Musikerin engagiert, aber eben erst aufgrund dieser Kritik. Daraufhin wurden andere Musikfestivals überprüft. Der Frauenanteil ist natürlich nicht bei allen Festivals gleich 0, aber meistens auch nicht ausgeglichen. Der Vorstoss basiert auf einer Studie von Helvetia rockt, die einen Missstand öffentlich gemacht hat. Die Förderstrukturen sind nicht divers zusammengesetzt. Dadurch werden weniger Musikerinnen engagiert. Helvetia rockt ist eine Koordinationsstelle und Vernetzungsplattform für Musikerinnen. Sie stellte vor ein paar Jahren fest, dass Frauen in der Musikbranche signifikant unterrepräsentiert sind. An den Musikschulen ist das Geschlechterverhältnis noch ausgeglichen. Wenn man dann in die professionellen Bereiche auf allen Ebenen hinein geht, findet man immer weniger Frauen und da gilt es genauer hinzuschauen. Wer sitzt an den Hebeln der Macht, wer entscheidet, welcher Künstler oder welche Künstlerin eingeladen wird. Auch bei der Vergabe von Aufenthaltsstipendien an Musikerinnen muss den Lebensrealitäten von Frauen besser Rechnung getragen werden. Das heisst, dass Frauen respektive Stipendiatinnen ihre Kinder mitnehmen müssen können und, dass Frausein als Musikerin nicht zum Ausschlusskriterium wird. Wir danken auch hier dem Gemeinderat, dass er unsere Anliegen ernst nimmt und die Ausschlusskriterien für Frauen und auch andere Bevölkerungsgruppen unter die Lupe nimmt. Auch die Musikförderung muss sich diverser aufstellen. Wir danken dem Stadtrat für die Unterstützung dieser Richtlinienmotion.

Zu Traktandum 9: Das Postulat nimmt die Informationspflicht zur Lohnstruktur und Gagenentrichtung in Berner Kulturinstitutionen mit mehrjährigen Leistungsverträgen als zentralen Aspekt auf. Wir fordern den Gemeinderat auf, für Kulturinstitutionen mit mehrjährigen Leistungsverträgen die Lohnstruktur und Gagenentrichtung jährlich zu erfassen und auch die Lohnschere innerhalb der Institutionen zu erheben. Unterschiede bei

Lohn- und Gagenstruktur nach Geschlecht, Berufsgattung und Funktion sollen ebenso aufgezeigt werden, wie die Einhaltung der höchsten und tiefsten Löhne. Schliesslich soll die Informationspflicht in die Leistungsverträge aufgenommen und im Rahmen des Controllings überprüft werden. Transparenz, was die Lohnstruktur und Gagenentrichtung angeht, wird die Überwindung von Missständen fördern. Der finanzielle Druck und gleichzeitig die herrschende Unklarheit, was die Lohnstruktur in Berner Kulturinstitutionen angeht, führt zur Vermutung, dass viele städtische Kulturbetriebe nur dank tiefen Löhnen und unbezahlter Arbeit überleben. Fehlende Transparenz bei Lohnstruktur und Gagenentrichtungen fördert das System der Selbstausbeutung, also Löhne oder Gagen unter dem Existenzminimum. Kultur Stadt Bern hat branchenübliche Löhne als Voraussetzung für mehrjährige Leistungsverträge definiert. Das ist sehr positiv. Gleichzeitig hat sie aber nach eigenen Angaben nur beschränkt Einsicht in die Lohnstruktur der Institutionen. Es gibt durchaus Kulturinstitutionen, die die Lohntransparenz bereits fördern. So haben zum Beispiel das Theaterfestival auawirleben oder das Schlachthaus Theater die Lohnstruktur transparent gemacht. Das ist aber noch nicht die Regel. Wir sind froh, dass auch hier der Gemeinderat den Handlungsbedarf erkannt hat und bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen und wir bitten auch euch, dem Postulat zuzustimmen.

Zu Traktandum 10: Zur Motion "Kornhaus als Kulturhaus". Die Motion fordert, dass die Kornhausbibliothek zum frühestmöglichen Zeitpunkt ins Parterre des Kornhauses einziehen soll und, dass sich das Kornhaus als Kultur- und Berner Literaturhaus etabliert. Zudem verlangt die Motion, dass die Stadt die Kornhausbibliothek bei der Entwicklung des neuen Konzepts unterstützen soll. Als die Motion im September 2019 eingereicht wurde, waren die Details zum Mietvertrag der Stadt mit Bindella noch nicht bekannt. Inzwischen wissen wir, dass der Mietvertrag inklusive Optionsrecht bis 2040 läuft. Aus unserer Perspektive ist das eine verpasste Chance für die Stadt, ein neues Konzept einer Bibliothek als städtisches Kulturhaus – das funktioniert übrigens vielerorts sehr gut, beispielsweise die Biblioteca Salaborsa in Bologna – auch in Bern umzusetzen. Wir sind aber auch der Ansicht, dass es keinen Sinn macht, jetzt Forderungen für die Nutzung der Kornhausbibliothek ab 2040 zu machen. **Wir ziehen darum die Punkte 1, 3 und 4 zurück.** Hingegen freuen wir uns, dass der Gemeinderat Punkt 2 als Postulat entgegennehmen und die Kornhausbibliothek bei der Entwicklung von neuen Modellen unterstützen möchte. Vielleicht noch eine Bemerkung: Die Digitalisierung ist dabei nur eine Entwicklung, die einbezogen werden muss. Es zeigt sich, dass Bücher und Bibliotheken durchaus immer noch ein Erfolgsmodell sind und die Zahlen von ausgeliehenen Büchern im Moment eher steigen als sinken. **Wir wandeln den Punkt 2 in ein Postulat** und freuen uns auch da um Unterstützung.

Ursina Anderegg (GB) für die Einreichenden zu Traktandum 8: Bei dieser Motion geht es um Gleichstellung und Lohntransparenz in den Theaterbetrieben, da wir grundsätzlich nach wie vor grosse Probleme haben bei der Gleichstellung von Frauen und Männern, abgesehen davon auch in vielen anderen Bereichen. Das ist aber jetzt nicht das Thema, das ist klar. Das gilt deshalb grundsätzlich, aber auch für Kulturbetriebe. Grosse Theaterhäuser, in die sehr viele öffentliche Gelder fliessen, fallen leider immer wieder negativ auf, im europäischen Raum, in der Schweiz und zum Teil auch in Bern. Ungleiche Verteilung beider Geschlechter in Gremien, schockierende Skandale betreffend sexistische und übergriffige Kulturen, inklusive zum Teil unglaublich unbeholfenem Umgang damit, intransparente Entscheidungsstrukturen und so weiter und so fort. Ein paar dieser Musterchen kommen uns hier bekannt vor. Ich rede konkret von Bühnen Bern. Wir nehmen darum in dieser Motion Theaterbetriebe in den Fokus und wir fordern,

dass in den Leistungsverträgen ein Geschlechterrichtwert von 50 Prozent FINTA-Menschen in den Geschäftsleitungen festgehalten wird, dass Transparenz über die Zusammensetzung – also Kriterien und Personen der Gremien, die über Intendanten entscheiden müssen – herrschen und, wir wollen vor allem auch Lohntransparenz. Seit der Einreichung der Motion ist bereits einiges in Gang gekommen. Letzten November zum Beispiel konnten wir vernehmen, dass der Kanton Richtlinien für Lohntransparenz verabschiedet hat, also die Offenlegung und Bekanntmachung von Spitzenlöhnen. Das betrifft auch grosse Kulturhäuser in Bern, nämlich die, die vom Kanton mitfinanziert werden. Es sind dabei eindrückliche und teilweise erstaunlich hohe Löhne zum Vorschein gekommen. Die Offenlegung der Spitzenlöhne ist sicher ein wichtiger und richtiger Schritt. Wir finden es super, dass der Kanton diesbezüglich vorausgeht. Es braucht aber darüber hinaus natürlich auch Möglichkeiten, innerhalb von Institutionen die Spitzenlöhne ins Verhältnis zu den tiefen Löhnen zu setzen, damit anschliessend die Diskussionen auch geführt werden können, wie man mit diesen Lohnschere umgeht. Wir finden, dass die Stadt daran weiterarbeiten und auf eine vollständige Lohntransparenz und entsprechende Analysen hinarbeiten kann. Es gibt bereits Institutionen, die heute erwähnt wurden, wie zum Beispiel das Theaterfestival auawirleben oder das Schlachthaus Theater, die mit sehr gutem Beispiel vorangehen. Wir begrüßen es, dass der Gemeinderat bereit ist, unsere Forderungen aufzunehmen, auch hinsichtlich anderer Kultursparten, also nicht nur im Theaterbereich. Allerdings bleibt er leider in der Antwort auf die Motion recht unkonkret und geht nicht wirklich auf die ganzen konkreten Forderungen ein, die wir gestellt haben. Wir hoffen, dass er sehr konkret vorwärts macht und es nicht bei einem Lippenbekenntnis bleibt. Wir sind darum auch sehr froh um das Postulat der SP/JUSO. Da geht es um eine ähnliche Thematik und ein Teil dieser Forderungen wird dadurch konkreter: Es geht nicht nur um die Gleichstellung – also *nur* in Anführungs- und Schlusszeichen – von Männern und Frauen, sondern geht es in dieser Frage der Lohntransparenz auch um die Verteilung zwischen den hohen und den tiefen Löhnen, also eben um die Lohnschere. Dass wir im Kulturschaffen ein Problem von sehr prekarierten Arbeitsbedingungen haben, ist unterdessen endlich in vielen Köpfen angekommen und das wurde auch vom Gemeinderat in der Kulturbotschaft anerkannt. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf bei den sozialen Absicherungen von sehr vielen Kulturschaffenden. Die Prekarisierung war bereits vor der Pandemie vorhanden, einfach grösstenteils im Unsichtbaren. Die Folge der Coronamassnahmen haben die Situation für viele Menschen noch um einiges verschärft. Eine transparente Erhebung von Lohnstrukturen und vor allem auch von Gagenentrichtung in den Kulturinstitutionen sind ein wichtiges Instrument, um an diesem Thema weiterzuarbeiten. Es braucht aber darüber hinaus auch mehr Bestrebungen gegen die Prekarisierung, auch zum Beispiel in den freien Förderungen, die auf Papier jetzt auch einmal auf dem Tapet sind. Wir wollen aber deutlich festhalten, dass in der politischen Diskussion, die wir zusammen führen, weiterhin ein grosser Denkfehler bei diesem Thema vorliegt. Wir können es auf dem Papier alle gut finden, dass wir uns bei den Institutionen eine Absichtserklärung geben und für die direkte Förderung eine Verbesserung der sozialen Absicherung festhalten. Das hat aber logischerweise auch zur Konsequenz, dass Mehrkosten entstehen, wenn wir die gleichen Leistungen aufrechterhalten wollen. Wir können nicht probieren, Löhne und Gagen anzuheben, ohne dass wir dazu bereit wären, auch mehr Geld in die Hand zu nehmen. Wir wissen aber auch alle, dass eine grosse Mehrheit des Rats in den Spardiskussionen rund um die ganzen Kulturtöpfe Sparmassnahmen mitgetragen hat. So beispielsweise auch die Einreichenden des von mir erwähnten Postulats, nämlich die SP/JUSO-Fraktion. Sie haben die Sparmassnahmen auch zu einem grossen Teil mitgetragen. Dieses Sparen führt nun aber

zu einem doppelten Effekt des Leistungsabbaus. Wir finden das eine widersprüchliche Haltung und verurteilen das. Wir fordern darum, dass wir die Töpfe mittelfristig wieder aufstocken, um genau dieses Ziel zu erreichen und die Prekarisierung zu bekämpfen. Wir werden das entsprechend in der Budgetdebatte wieder einbringen. Wir bedanken uns bei euch für das Mitüberweisen der Motion, dem Postulat der SP/JUSO stimmen wir zu.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Bern bezeichnet sich als Kulturstadt und das ist auch gut so. Unsere Fraktion anerkennt die Kultur als öffentliches Gut und bejaht grundsätzlich, dass die Unterstützung durch die öffentliche Hand fliesst. Ein vielfältiges Kulturangebot erhöht die Attraktivität des Standorts der Bundesstadt. Die Kultur hat aber auch ganz viele bildungstechnische und soziale Komponenten, die für uns als Gesellschaft unabdingbar sein. Wenn ihr nicht wisst, von was ich rede, denkt mal zurück, was euch in der Pandemie als erstes gefehlt hat. Ich denke, bei vielen wird das der Besuch einer kulturellen Veranstaltung gewesen sein.

Die öffentliche Hand kann die Kultur aber nicht nur fördern, sie kann sie auch verhindern oder zumindest behindern, dies zum Beispiel in Form von komplizierten und aufwendigen Bewilligungsverfahren oder mit einschneidenden Auflagen zur Durchführung von Projekten. Wir rufen die Stadt Bern weiterhin dazu auf, die Hürden für solche Projekte wo immer möglich, weiter zu reduzieren und so zuzulassen, dass auch Kulturprojekte wenn immer möglich finanziell selbst tragend durchgeführt werden können. Mit der Kulturbotschaft 2020-2023 wurden die Gelder, die man der Kultur zur Verfügung stellt, massiv aufgestockt. Unsere Partei hat schon damals darauf hingewiesen, dass diese Subventionen mittelfristig nicht finanziert werden können. Nun habt ihr in den letzten 18 oder 24 Monaten eindrücklich gesehen, dass es in der Politik etwas vom Schwierigsten ist, einmal gesprochene Subventionen nur minimalst wieder zu reduzieren. Einfach, dass es klar ist: Es wurde häufig über Sparmassnahmen, manchmal sogar über den Kahlschlag in der Kultur gesprochen. Aber bevor wir heute Abend abstimmen, sind wir bei 33 079 534 Franken, die die Stadt Bern weiterhin Jahr für Jahr für die Kultur ausgeben wird. Das ist immer noch mehr Geld, als wir in der vorherigen Periode 2017 bis 2020 ausgegeben haben. Also kann von einem Kahlschlag keine Rede sein. Ich muss kein Prophet sein, um zum Schluss zu kommen, dass der Betrag heute Abend noch minimal erhöht werden wird. Man zieht gerne Vergleiche zwischen den Subventionen der Stadt Bern und denjenigen von anderen Städten. Diesbezüglich muss man immer ehrlich sein: In Bern sind es ja nicht nur die 33 Millionen Franken der Stadt. Bei den tripartit finanzierten Kulturprojekten kommen Beiträge der Regionalkonferenz und des Kantons hinzu. Gemessen an der Grösse der Stadt ist Bern die Stadt in der Schweiz, die pro Einwohnerin und Einwohner am meisten für die Kultur ausgibt. Versteht mich nicht falsch, das ist auch gut so, wir sind eine Kulturstadt. Auch wenn es heute Abend nicht um die Kulturbotschaft als solche geht, trotzdem ein kurzer Kommentar dazu: Wir haben die Kulturbotschaft in der Vernehmlassung in fast allen Punkten unterstützt. Auch das Ein-Kommissionsmodell sehen wir grundsätzlich als Chance und stehen diesem positiv gegenüber. Wir sehen es nämlich als Chance, dass das Gärtchen-Denken zwischen den einzelnen Sparten überwunden werden kann und, dass auch neue Formen und Sparten einen einfacheren und faireren Zugang zu Fördergeldern bekommen. Natürlich wird sich im Detail zeigen müssen, wie die neue Kommission funktionieren wird, wie sie zusammengesetzt ist, wie die Gesuche geprüft werden. Es ist uns aber seitens der Verwaltung ein entsprechendes Controlling in Aussicht gestellt worden, damit man bei Bedarf feinjustieren kann. Ebenfalls richtig und wichtig ist, dass die neue Kulturbotschaft Wert auf Nachhaltigkeit legt. Wir möchten hier noch einmal

betonen, dass auch die wirtschaftliche Nachhaltigkeit beachtet werden muss. So wichtig die Kultur für die Gesellschaft ist, so müssen auch in der Kultur öffentliche Gelder umsichtig eingesetzt werden. Dass künftig in Summen weniger Projekte unterstützt werden können, weil die Kosten der einzelnen Projekte steigen, wenn sie die Künstlerinnen und Künstler sozial-versichern müssen, gilt es das in Kauf zu nehmen. Ich wage hier die Aussage, dass das kulturelle Angebot in der Stadt Bern alles andere als brach liegt. Auf die Leistungsverträge und Anträge gehe ich aus Zeitgründen nicht einzeln ein. Die beiden Rückweisansträge lehnen wir ab. Den finanziellen Rahmen für die neue Vertragsperiode haben wir letzten Herbst in der Budgetdebatte gesteckt. Der Gemeinderat hat sich jetzt an den Rahmen gehalten. Erst heute Abend das Gesamtpaket an den Gemeinderat zurückweisen, erachten wir als nicht fair gegenüber denjenigen Institutionen, mit denen in den letzten Wochen und Monaten teilweise intensiv verhandelt wurde. Es hätte auch zur Folge, dass wir bei Bühnen Bern in einen vertragslosen Zustand kommen würden.

Einen eigenen Antrag haben wir zur grossen Halle eingereicht. Dort verstehen wir als Fraktion nicht, wieso zum zweiten Mal infolge bei der grossen Halle die Subventionen erhöht werden sollen. Die Argumentation der grossen Halle, dass man seit der Pandemie mit grösseren Unsicherheiten im Veranstaltungswesen konfrontiert sei, überzeugt uns nicht, weil jede Location, jede Kulturinstitution, ob subventioniert oder nicht, von dieser Situation betroffen ist. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass wir als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erst kürzlich einen nicht kleinen Betrag in einen Baukredit für das Haus investiert haben. Es wurde im Abstimmungskampf unter anderem gesagt, dass die Infrastruktur für Konzerte und Grossanlässe verbessert werden soll. Unsere Erwartung wäre eigentlich, dass man die Konzerte und Grossanlässe nachher auch zulässt, damit das Haus sich grösstmöglich selber finanzieren kann, wie das über 20 Jahre der Fall gewesen ist.

Viel zu reden gegeben hat das Robert-Walser-Zentrum, was einmal mehr zeigt, dass der Diskussionsbedarf in der Politik nicht immer nur am Frankenbetrag festgemacht werden kann. Wir haben dort als Fraktion Stimmfreigabe beschlossen. Auf der einen Seite ist es richtig, dass es eigentlich nicht Aufgabe der Stadt Bern ist, Stiftungskapital zu äufnen und andererseits ist das Robert-Walser-Zentrum die letzten Jahre sehr umsichtig mit seinen Geldern umgegangen. Wenn man ihm jetzt deswegen die Subventionen streicht, ist das eigentlich – bewusst überspitzt formuliert – ein fatales Signal an Kulturinstitutionen: Gebt einfach das Geld aus, sonst streichen wir euch die Subventionen. Die Anträge, die weitere Kulturleistungsverträge dem Volk zur Abstimmung vorlegen wollen, lehnen wir ab. Wir haben in der Stadt Bern bereits heute extrem tiefe Hürden, ab wann ein Kredit dem Volk vorgelegt werden muss, und wir verstehen die Systematik dahinter nicht, welcher dieser Kredite dem Volk zusätzlich vorgelegt werden soll oder nicht. Zustimmung werden wir dem Antrag 13 bezüglich der Kürzung beim Haus der Religionen. Das war ursprünglich der Plan des Gemeinderats. Das war der finanzielle Rahmen, den wir letzten Herbst abgesteckt haben. Es gab nachher in der Finanzdebatte eine Planungserklärung, die wir aber bereits zu diesem Zeitpunkt abgelehnt haben und darum nehmen wir den Antrag an. Noch ein kurzes Wort zu Bühnen Bern: Wir lehnen den Kürzungsantrag der GLP bei Bühnen Bern ab, weil dieser Antrag in unseren Augen fast schon erfüllt ist. Die Gelder für Bühnen Bern werden bereits reduziert. Wenn man ehrlich ist und von 2016 bis heute noch die Teuerung berücksichtigt, ist der neue Betrag, den sie nun erhalten tiefer als der, den sie 2016 erhalten haben. Dass Bühnen Bern unter anderem wegen dieser Kürzung auf das Stagionemodell umstellen muss, ist in unseren Augen überhaupt kein Problem. Im Gegenteil, es ist auch

hier wieder ein Beitrag zur Nachhaltigkeit. Auch das Argument, dass man eine Aufführung bei Bühnen Bern verpassen könnte, weil man dann gerade in den Ferien ist, überzeugt uns überhaupt nicht. Wenn ihr Mitte Juli in den Ferien seid, verpasst ihr das Gurtenfestival auch. Deswegen verteilt man das Gurtenfestival auch nicht über neun Monate. Ich muss noch eine kleine Spitze gegen Bühnen Bern einbauen: Es ist extrem kleinlich, wie sie argumentieren, dass sie wegen dieser Kürzung der Subventionen aus der Kulturagenda aussteigen müssen. Auch hier: Wahren wir die Relationen. Sie bekommen auch weiterhin mehr als die Hälfte der ganzen Kultursubventionen, die die Stadt Bern spricht.

Noch ganz kurz zu den Vorstössen: Vorstoss 5 lehnen wir ab, bei Vorstoss 6 haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Vorstoss 7 bezüglich Diversity in der Musik lehnen wir dezidiert ab. Diversity ist gerade auch ein Schwerpunkt der neuen Kulturbotschaft. Das ist bewusst ein Kriterium, nach dem die neue Einheitskommission arbeiten soll. In unseren Augen ist dieser Vorstoss Politik mit dem Rückspiegel, indem man zurückschaut und über die letzten zehn Jahre eine Studie durchführen will. Diese Studie kostet wieder Geld. Die Studie wird zu einem Papiertiger und das Geld für eine solche Studie geben wir lieber direkt für die Kulturförderung aus. Schauen wir nach vorne und vertrauen darauf, dass die neue Kulturkommission von sich aus diesem Aspekt Rechnung tragen wird. Bei den Traktanden 8 und 9 haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Noch ein Satz zum Traktandum 10: Ich fände es fair, wenn man uns jeweils vorzeitig über den Rückzug oder Teilrückzug von Vorstössen informieren würde, damit wir uns nicht darauf vorbereiten müssen.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Kultur fördert Kreativität und vermittelt Werte. Sie erzeugt Aufmerksamkeit, bietet aber auch Unterhaltung und leistet einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem sie Begegnung und Austausch ermöglicht. Sie regt Diskussionen an und trägt zur Zufriedenheit bei. Wir sehen in der Kultur auch einen Beitrag für das städtische und gesellschaftliche Zusammenleben über unsere Stadtgrenzen hinaus. Es geht darum, dass unterschiedliche kulturelle Ausdrucksformen unterstützt werden. Kulturförderung ist ein wesentliches Merkmal dafür, wie eine Stadt zu Kultur steht. Der Zweck der Kulturförderung liegt darin, die Rahmenbedingungen und den Zugang zu Ressourcen zu schaffen, damit sich Kulturschaffende in ihrer Arbeit entfalten können und ihr Schaffen für die Stadtbevölkerung zugänglich wird. Alle vier Jahre wieder, wenn die Vierjahresplanung in Angriff genommen wird, reden wir über die Kulturpolitik. Wir entscheiden heute über 21 Verpflichtungskredite, gestützt auf die dazugehörigen Leistungsvereinbarungen. Die SP/JUSO-Fraktion stimmt allen Verpflichtungskrediten aus der Abstimmungsbotschaft zu. Die Kürzungsanträge, die über die im Vortrag vorgeschlagenen Kürzungen des Gemeinderats hinausgehen – aus welcher Ecke und mit welchen Begründungen auch immer sie kommen – lehnen wir ab, weil die Kultur uns etwas wert ist. Die Kulturförderung soll dazu beitragen, dass die Kultur in der Stadt Bern nachhaltig und divers entsteht und, dass daraus entstandene Angebot auf breiter Ebene in die Gesellschaft einfließen kann.

Allerdings ist es offensichtlich, dass sowohl die Förderung der sozialen Sicherheit von Kulturschaffenden, die Erschliessung von neuem Publikum und Kulturproduzent*innen, als auch das Umdenken von produktions- hin zu prozessorientierter Förderlogik, kostenintensive Prozesse sind. Viele Veranstaltende und Institutionen müssen hier in Zukunft investieren, damit sie die Aufgaben mit den gleichbleibenden Mitteln in der Kulturförderung bewerkstelligen können. Gerade die Arbeitsbedingungen von Kulturschaffenden und deren soziale Sicherheit sind uns ein grosses Anliegen. Das Ein-Kommissionsmodell stellt aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion einen mutigen Schritt dar. Allerdings

sind auch die zahlreichen Bedenken aus der Berner Kunst- und Kulturszene diesbezüglich ernst zu nehmen. Das Risiko, dass hier spezifisch oft weniger publikumswirksame Bereiche wie die visuelle Kunst, aber auch die Literatur unter die Räder kommen, ist nicht von der Hand zu weisen. Unsere Planungserklärung aus der letzten Budgetdebatte, die verlangte, dass die Veränderungen aufgrund der spartenunabhängigen Förderung, die in der Projekt- und Programmförderung 2024 vorgesehen war, statistisch erhoben werden soll, wurde in die Kulturbotschaft aufgenommen. Dafür sind wir sehr dankbar. Wir möchten sehen, welche Folgen die Systemänderung auf die Förderung hat. Die Zusammenlegung der Sparten könnte beispielsweise für die bildende Kunst weitreichende Folgen haben. Das gilt es statistisch zu erfassen. Die soziale Sicherheit von Kulturschaffenden sowie die Qualität des kulturellen Schaffens soll nachhaltig erhalten werden. Wir sind froh, dass die Kürzung beim Haus der Religionen rückgängig gemacht wurde. Acht Religionsgemeinschaften sind dort unter einem Dach und pflegen Austausch mit der Gesellschaft. Die einzigartige Vielfalt leistet einen grossen Beitrag zur Integration. Das Haus der Religionen ist gerade im Bereich kultureller Teilhabe und Diversität ein Vorzeigebispiel mit Ausstrahlung weit über die Stadtgrenze hinaus. Es ist zu einem Begegnungsort für alle geworden. Eine Kürzung würde das Haus, das immer noch im Aufbau ist, sehr hart treffen und somit den wichtigen Austausch verunmöglichen. Wir werden auch hier die diesbezüglichen Anträge auf Kürzungen ablehnen. Die Neuorganisation der Orchesterförderung wird von uns grundsätzlich begrüsst. Sie schafft Transparenz und Fairness. Sie fördert Innovation und junge Projekte. Was wir weiterhin ganz klar kritisieren, ist die Klausel 15a, die Kürzung der Abgeltung bei schwieriger Finanzlage. Wir haben bereits eine Planungserklärung eingereicht, dass diese Klausel herausgenommen wird. Der Gemeinderat ist aber nicht darauf eingegangen und hat entschieden, dass sie in den Kulturverträgen der Stadt Bern weiterhin besteht. Die Klausel bedeutet enorme Unsicherheit für die Institutionen und ist in jedem Gespräch, das wir geführt haben, kritisiert worden. Es heisst, dass die Institutionen bis eineinhalb Jahre vorher nur mit 90 Prozent ihres Budgets rechnen können und das ist für viele sehr schwierig.

Wir haben als Fraktion auch noch einen Antrag eingereicht. Dabei geht es um die Erhöhung des Verpflichtungskredits für die Quartierbibliotheken um 20 000 Franken. Die sollen dafür eingesetzt werden, dass die Quartierbibliothek Steigerhubel längere Öffnungszeiten haben und an einem zusätzlichen Nachmittag offen bleiben kann. Damit wollen wir, dass der wachsenden Quartierbevölkerung, aber auch den wachsenden Schüler*innenzahlen Rechnung getragen wird. Wir bitten Sie, unseren Antrag entsprechend anzunehmen. Kunst ist uns etwas Wert. Sie darf aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion nicht nur aus dem Blickwinkel des Kostennutzenfaktors betrachtet werden. Der Wert, den Kultur für Gesellschaften bringt, kann nicht nur in Zahlen beziffert sein. Er kann nur daran gemessen werden, wie zufrieden die Bernerinnen und Berner mit dem Lebensstandard und der Kultur in dieser Stadt sind. Wie gesagt, werden wir allen Verpflichtungskrediten und der Botschaft zustimmen und alle Kürzungsanträge ablehnen. Wir danken auch den Berner Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen für das vielfältige und qualitativ hochstehende Kulturangebot in dieser Stadt.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich rede hier als Fraktionssprecher. Ich habe acht Minuten Zeit, ich werde mich kurz halten zu gewissen Motionen –

Präsident Hoekstra: Du hast zehn Minuten Redezeit.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Danke, das nehme mich mit Freude zur Kenntnis. Ich habe also zehn Minuten Zeit. Ich versuche trotzdem, meine Ausführungen zu straffen und nehme schwergewichtig zu unseren Anträgen und den Anträgen der anderen Fraktionen Stellung. Etwas Grundsätzliches: Die SVP ist keine Kulturgegnerin. Wir haben uns sogar vehement dafür eingesetzt, dass das Puppentheater bleibt und Ueli Jaisli hat sich mit mir zusammen für das Matte Theater eingesetzt. Wir schauen aber gewisse Sachen sehr differenziert an. Wir lehnen Institutionen klar ab, die einen den Zugang verweigern und die diskriminieren. Wir sind auch ganz klar dagegen, dass gewisse Institutionen wie das Theaterfestival auawirleben – offenbar ein Lieblingskind des Stadtpräsidenten – fast eine Verdoppelung der Subventionen erhalten hat. Hingegen kürzt man Institutionen, die extra nach Bern gelockt wurden, gegen Treu und Glauben die Beiträge. Das sind Sachen, die wir nicht respektieren. Darum haben wir hier eine sehr differenzierte Haltung. Ich kann auch ganz klar sagen, dass wir die Anträge der GLP und der Mitte unterstützen. Bei vielen Vorstössen haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Ganz klar lehnen wir Sachen wie die Reithalle ab. Wir lehnen die Dampfzentrale, die Kunsthalle und auch auawirleben ab. Diese erhalten von uns keine Sympathien. Wir sagen noch immer, dass das Volk darüber entscheiden soll. Wichtig ist uns, dass wenn wir Anträge auf Kürzung oder Erhöhung gestellt hätten, wir davon ausgehen, dass man es erst dann abgelehnt hätte, weil es vom falschen Adressaten stammt. Darum haben wir uns bei unseren Anträgen eine gewisse Zurückhaltung auferlegt.

Ich komme jetzt zur Begründung der Anträge, ich beginne mit dem Antrag zur Reithalle. Sie sehen, wir haben ihn nur sehr kurz begründet. Ich habe es schon mehrmals gesagt und halte es hier nochmals fest, auch zuhänden des Stadtpräsidenten. Es ist hier nicht ein Gastwirtschaftsbetrieb, der keine Bewirtschaftungspflicht hat. Nein, man hat mit dieser Institution einen Leitungsvertrag abgeschlossen, auch wenn man dort aus politischen, rassistischen, sexuellen oder Gründen der jeweiligen Weltanschauung diskriminiert wird. Das ist nicht korrekt. Mit einer solchen Institution schliesst man keinen Leistungsvertrag ab. Ich habe es mehrmals gesagt, auch zu Frau Burkhard einmal in einer Diskussion, es könne nicht sein, dass man Leute ausgrenzt. Man hat das zur Kenntnis genommen, mehr oder weniger ist das ein Schuldeingeständnis. Für mich ein klares No-Go. Vielleicht findet sich im Grossen Rat oder im eidgenössischen Parlament jemand und eine Mehrheit, die solchen Zuständen, einer solchen Diskriminierung endlich ein Ende setzt.

Den Antrag der GLP unterstützen wir. Es scheint mir richtig, in Anbetracht der Erhöhungen, die man gemacht hat, insbesondere bei auawirleben, für das man das Geld hatte zum Verschleudern. Wenn der Staat zu viel Geld hat, verдумt er es. Genau das hat man gemacht, für eine geringe Anzahl Zuschauer, die dort sind. Ich mag es ihnen gönnen. Aber wenn man anschliessend sagt, dass das wichtigste Theaterereignis die Erfahrungen einer Gruppe polnischer Gehörloser war, weiss ich einfach nicht, ob das dann das Matchentscheidende ist und sich die Leute dort einen schönen Sommernachmittag machen. Es ist sicher ein interessantes Thema, aber das ist für mich wirklich ein Randsparten-Theater. Zum nächsten Antrag 3: Wir sind der Meinung, dass man die Leistungen ganz streichen soll, nicht wie FDP, GLP und die Mitte nur eine Reduktion. Wir werden eine Gegenüberstellung machen, ich habe hier keine Illusionen. Ich bin auch der Meinung, dass man den Leistungsvertrag mit der IKUR – das ist Antrag 4 – streichen sollte. Antrag 6: Ich verweise auf die schriftlichen Ausführungen. Was für uns auch entscheidend ist, ob Kunsthalle oder was wie immer: Habt den Mut, diese Verträge dem Volk vorzulegen, habt den Mut und dann ihr werdet sehen, was das Volk dazu sagt. Bei Bühnen Bern könnte es dann vielleicht auch etwas knapper werden dieses

Mal, wenn man eine solche Randprogrammierung macht. Wir bitten euch, den Mut zu haben. Wenn ihr die Reithalle wollt und die Berner das halt wieder bekunden, dann macht es halt. Aber habt den Mut, wenn ihr so sicher seid, dann könnt ihr dann sagen, dass alle Stadtberner zu 70 oder 80 Prozent für die Reithalle sind. Macht es halt, habt den Mut und seid demokratisch. Zu Antrag 9, auawirleben: Ich halte mich kurz wegen der Zeit. Wir unterstützen den selbstverständlich. Wir haben auch überlegt, selber einen solchen Antrag einzureichen. Aber ich habe gewusst, dass wenn ich ihn von Seiten der SVP einreiche, ihr ihn alle ablehnt. Ich komme zum Antrag 11 Mitte, den die SVP ganz klar unterstützt. Ich muss euch sagen, damals bei der Planungserklärung hat die SVP – ich entschuldige mich – einen Antrag von Katharina Altas abgelehnt, weil wir ihn gar nicht gross angeschaut haben. Wir haben gesagt, dass Kürzen gut ist. Danach sind ich und Ueli Jaisli und ein paar aus der Fraktion die Verträge anschauen gegangen und haben den Grund herausgefunden, warum sie ein hohes Dotationskapital haben. Sie haben dort relativ viel Geld aufgrund des Berner Modells und sollen von diesen Zinsen leben können. Hätten sie das ganze Geld verprasst, bekämen sie das Geld möglicherweise. Aber das kann ja nicht sein. Der zweite Punkt ist für mich, dass wenn ihr eine Institution nach Bern kommen lasst und ihr versprecht, dass es langfristig sein soll – der Referent im Stadtrat hat zwar von 15 Jahren gesprochen – aber wenn man die Verträge anschaut, ist es eben anders. Sie wissen selber, dass ich meist frei und ohne Notizen spreche. Es kann vorkommen, dass etwas nicht genau den Tatsachen entspricht. Wenn ihr ein Zeichen setzt und darum bittet, nach Bern zu kommen, anschliessend aber die Unterstützung versagt und sie auf 15 Jahre beschränkt, spricht sich das herum. Dann sagt jeder Konsulent und Anwalt: Denken Sie daran, wenn es der Stadt Bern ein bisschen schlecht geht, kürzt sie euch die Mittel. Das verstösst gegen Treu und Glauben. Was mich besonders stört, ist, dass man bei anderen Institutionen die Subventionen verdoppelt, bei der hier bewährten Institution aber kürzt. Wir von der SVP sind gescheiter geworden. Wir haben den Antrag damals abgelehnt. Ich wende mich an die SP und die GFL, die den Antrag eingereicht haben. Sie hatten recht, aber es hat sich nichts geändert. Für mich ist klar: Wenn man das nach Treu und Glauben sowie vertragsmässig anschaut, muss man dem Antrag zustimmen. Wir stimmen deshalb mit Überzeugung zu. Ich hoffe nicht, dass ich damit dem Antrag den Todeskurs gebe, weil wir ihn unterstützen. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn ich fulminante Rede dagegen gehalten hätte. Aber dann hätte mich mein juristisches Gewissen heute schlecht schlafen lassen. Letztes Mal habe ich schlecht geschlafen, weil ich gemerkt habe, dass ich sie gar nicht angeschaut habe. Ich entschuldige mich. Überlegt euch in der verbleibenden Zeit, dass Katharina Altas mit ihrer Planungserklärung recht hatte. Wir haben es falsch angeschaut, macht nicht den gleichen Fehler. Sie haben mehr Zeit, wir sprechen länger darüber als damals. Ebenfalls unterstützen wir den Antrag 12 klar. Das entscheidende wurde gesagt: Es hätte eine Anfangsfinanzierung sein sollen, nun ist es mehr oder weniger bereits immer drin. Für mich ist klar, dass man diesen Anträgen und Eventualanträgen zustimmen muss. Antrag 14 stimmen wir zu, Antrag 15 lehnen wir ab.

Ich komme jetzt kurz zu den Motionen. Ich habe nicht mehr viel Zeit, wohl noch ungefähr zwei Minuten. Ich versuche es kurz zu machen und gehe nachher noch auf gewisse Leistungsverträge ein, wenn ich noch Zeit habe. Ich beginne mit der Kornhausbibliothek: Für mich ist klar, dass das ganze Haus nachher Literatur werden soll. Unten haben wir ein gut gehendes Restaurant – ob der Vertrag, den die Stadt mit Bindella abgeschlossen hat, so gut war, darüber kann man diskutieren. Wenn ihr schon einmal für ein Haus Geld bekommt, müsst ihr es nehmen und es nicht wiederum für andere Sachen brauchen. Ihr könnt nicht 100 PROGRs haben. Am liebsten würdet ihr beim NPZ

auch noch Kulturzentren machen. Dafür haben wir aber schlichtweg kein Geld. Gewisse Institutionen muss man sein lassen. Die Motion, mit der ihr verlangt, dass man alles gendergerecht fördern soll, das ist für mich jenseits von Gut und Böse. Für mich geht das in die falsche Richtung. Kultur kann gut sein, das hängt aber überhaupt nicht von den Leuten ab, die das machen. Wahrscheinlich besteht eine Männergesangsgruppe aus Männern, es gibt sogar einen schwulen Männerchor und wahrscheinlich gibt es auch einen lesbischen Chor. Die haben alle ihre Berechtigung, aber hört auf vorschreiben zu wollen, wer in welchem Gremium dabei sein darf. In der Fraktion sind wir uns nicht einig, was die Transparenz bei den Löhnen betrifft, deshalb sind diese Traktanden von uns teilweise bestritten. Gewisse Sachen finden wir absolut richtig, damit man hier Klarheit hat. Dass man aber auch hier das Geschlechtliche detailliert in den Vordergrund rückt, finden wir nicht gut. Das führt meiner Meinung nach zu einer besonderen Aufblähung der Bürokratie. Andererseits ist Transparenz bei den Honoraren wiederum ein Punkt, den wir gut finden. Wie gesagt, dort haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Ich sage noch zu gewissen Leistungsverträgen etwas: Bühnen Bern ist bei uns teilweise umstritten, im Gegensatz zum Kunstmuseum –

Präsident Hoekstra: Du hast noch zehn Sekunden.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich nehme das zur Kenntnis und ihr seht, mein Timing war gar nicht so schlecht. Ich komme als Einzelsprecher zurück.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion: Die vielfältigen Kulturangebote der Berner Kulturinstitutionen tragen einen wichtigen Teil dazu bei, was unsere Stadt ausmacht. Hinter den Kulissen wird mit sehr viel Engagement, Begeisterung und Durchhaltewillen viel geleistet. Vor allem gerade in der freien Kunstszene auch mit wenig Geld für das alltägliche Leben. Die Stadt leistet namhafte Beiträge, um die Kultur zu fördern. Es geht heute um rund 7 Millionen Franken jährlich für die rein städtisch finanzierten Institutionen und um etwa 25,7 Millionen Franken jährlich für die tripartit unterstützten Institutionen. Das ist viel Geld, das wir aber da als gut eingesetzt anschauen. Uns ist die Kulturförderung wichtig. Wir finden es aber auch richtig, dass der Gemeinderat in den Vertragsverhandlungen gewisse Kürzungen aufgrund der angespannten finanziellen Situation der Stadt vorgenommen hat. Darum unterstützen wir die Vorlage des Gemeinderats voll und ganz und danken auch für die Ausarbeitung der neuen Schwerpunkte in der Kulturbotschaft. Vielen Dank auch gerade für die transparent im Vortrag ausgewiesenen Mietkosten, die mit den Beiträgen der Stadt finanziert werden und zu Immobilienstadt Bern zurückfliessen. Ich will hier nicht auf die einzelnen Verträge eingehen – die Vorlage ist sehr umfangreich –, sondern einfach ein paar Punkte aufgreifen. Zuerst will ich einen Satz im Vortrag des Gemeinderats besonders herausstreichen. Er schreibt: "Je höher subventioniert eine Kulturinstitution ist, desto grösser ist ihre Verpflichtung zu Offenheit, Transparenz und zum Einbezug gesamt gesellschaftlicher Herausforderungen." Die Verpflichtung gilt natürlich im speziellen für Bühnen Bern, die Grund dafür sind, dass dieser Satz da drinsteht. Das Gute an den ungunstigen Ereignissen im Tanzbereich von Bühnen Bern ist, dass damit noch einmal intensiv darüber geredet wurde, was die Transparenz für die gross steuerfinanzierte Institution heissen muss. Wir hoffen sehr, dass das jetzt bei allen Beteiligten angekommen ist und verzichten darum auch darauf, den Prüfungsbericht zu unserem Postulat traktandieren zu lassen, mit dem wir bereits 2016 Transparenz gefordert haben. Wir danken für die Rücknahme der Kürzung beim Haus der Religionen nach der Vernehmlassung. Das Haus unter-

scheidet sich stark von allen anderen Kulturinstitutionen, über die wir heute entscheiden, aber es ist eine wichtige Plattform für die Kulturen eines grossen Teils unserer Bevölkerung, die aufgrund ihrer Herkunft einen anderen kulturellen Hintergrund haben und vielleicht nicht Zugang finden zu den Millionen, die wir sonst ausgeben. Auch sie bezahlen Steuern und haben Anrecht darauf, dass ihre Kulturen Platz haben. Gerade der Austausch zwischen Herkunftskulturen und Kulturen der Schweiz, speziell für die zweite Generation, sind eine wichtige Voraussetzung für ein gutes Miteinander, das wir in unserer Stadt anstreben. Wichtig ist, dass die Beiträge, die die Stadt leistet, nicht in die religiösen Institutionen fliessen, sondern in die Dachorganisation mit ihren kulturellen Leistungen, zum Beispiel die zahlreich angefragten Führungen im Haus der Religionen.

Wir freuen uns, dass in der Orchesterförderung der Auftrag aus unserer Motion aufgenommen wurde, auch wenn doch noch ein paar Fragen bezüglich der konkreten Umsetzung offen sind. Heute Morgen habe ich aber gerade vernommen, dass den betroffenen Orchestern unterdessen doch ein paar Antworten geliefert werden konnten. Die Anträge zu den Leistungsverträgen mit den Kulturinstitutionen, die eingereicht wurden, lehnen wir alle ab, bis auf den Antrag zur Bibliothek Steigerhubel. Leider haben wir aber erst sehr kurzfristig davon erfahren. Es scheint uns aber einleuchtend, dass das wachsende Quartier ausgeweitete Öffnungszeiten brauchen kann.

Bei den traktandierten Vorstössen folgen wir überall der Haltung des Gemeinderats. Beim Kornhaus begrüssen wir es, dass die Funktion dieses Hauses überdacht werden soll. Wir sprechen uns heute für die vielfältige Kulturförderung aus und freuen uns auf weitere vier Jahre mit spannender Kultur in Bern.

Corina Liebi (JGLP) für die Fraktion: Wie ihr schon verschiedentlich in den Medien lesen konntet, stehen für die nächste Leistungsvertragsperiode in der Kulturförderung aufgrund der FIT-Massnahmen rund 555 000 Franken weniger zu der Verfügung. Die GLP/JGLP-Fraktion ist der Meinung, dass mehr drin wäre gelegen. In den letzten Jahren gab es einen massiven Ausbau der Gelder im Kulturbereich, den wir mit dem aktuellen Budget einfach nicht finanzieren können. Aus diesem Grund haben wir einen Rückweisungsantrag gestellt, um das Geschäft mit der Auflage an den Gemeinderat zurückzuweisen, die Summe aller Leistungsverträge auf das Beitragsniveau von 2016 zu reduzieren. Wir begrüssen aber generell, dass nicht linear gespart wird, sondern dass die Stadt Bern ihre Aufgaben priorisiert und das zur Verfügung gestellte Geld entsprechend zuweist. Bei den grossen Kulturinstitutionen wären aus unserer Sicht aber grössere Einsparungen möglich gewesen. Insbesondere hätten wir uns gewünscht, dass auch im Rahmen der künftig geplanten Bauprojekte Synergien genutzt werden, um Kulturgelder effizienter einzusetzen. Wir erachten namentlich den Beitrag an Bühnen Bern nach dem unverhältnismässigen Ausbau in den letzten sechs Jahren als zu hoch. Angesichts der schwierigen finanziellen Situation der Stadt Bern haben wir darum einen Antrag eingereicht, um den Beitrag der Stadt an die Tripartitfinanzierung auf den Gesamtbetrag der Leistungsvereinbarung aus dem Jahr 2016 zu reduzieren. Die Beiträge an die restlichen Kulturinstitutionen werden wir grossmehrheitlich mittragen, auch wenn wir die Kürzungen teilweise ein bisschen "random" und zu fest auf die Coronazeit fokussiert empfinden. Eine sachliche Analyse mit Begründung, wieso jetzt genau hier gespart werden soll, fehlt aus unserer Sicht als saubere Entscheidungsgrundlage. Hingegen nicht einverstanden sind wir mit dem Beitrag, der an das Haus der Religionen gesprochen wird. Unsere Fraktion bekennt sich zu einer multikulturellen, diversen und toleranten Gesellschaft. Alle sollen in ihrer Region Kultur und auch ihre Lebensmodelle frei wählen können und hier in der Schweiz auch ausleben. Wir sind

aber ganz klar der Meinung, dass die Subventionierung von religiösen Instituten kein Staatsauftrag ist. Die Stadt Bern soll die Trennung von Kirche und Staat auch bei ihren Leistungsverträgen berücksichtigen. Zudem erlässt die Stadt Bern dem Haus der Religionen bis heute jährlich einen Baurechtszins in der Höhe von 120 000 Franken. Aus diesen Gründen haben wir den Antrag gestellt, den Beitrag ganz einzusparen. Sollte das nicht durchkommen, sieht unser Eventualantrag vor, den Beitrag um 100 000 Franken auf das Beitragsniveau von 2016 zurück zu kürzen. Nicht zuletzt sagt der Gemeinderat im Stadtratsvortrag sogar selber, dass das Haus der Religionen nur wenige Berührungspunkte mit dem Kerngeschäft der städtischen Kulturförderung hat. Aus unserer Sicht müsste der Verein schon längst finanziell selbsttragend sein.

Wir unterstützen wiederum die Kürzung des Beitrags an die grosse Halle, die jahrelang selbsttragend war und das auch künftig wieder werden soll. Die Stadt Bern hat sehr viel Geld in die neue Infrastruktur und den Bau investiert, sodass es möglich sollte sein, das benötigte zusätzliche Geld selber zu erwirtschaften. Die Anträge der SVP zur grossen Halle und der Reitschule können wir hingegen nicht unterstützen. Ebenso erachten wir die Halbierung des Beitrags an die Robert-Walser-Stiftung als richtig, da sie über ein grosses Eigenkapital verfügen und nicht auf den Beitrag der Stadt Bern angewiesen sind. Subventionen setzen aus unserer Sicht leider viele Fehlanreize, so halt auch, dass wer gut wirtschaftet von keinen Subventionen mehr profitieren kann. Gleichzeitig soll das Fördermittel aber jenen helfen, die dringend auf Unterstützung angewiesen sind. Weiter steht die Erhöhung des Beitrags an die Quartierbibliotheken extrem quer in der Landschaft. Anstatt zu sparen, soll hier mal wieder Geld ausgegeben werden. Das ist einfach keine nachhaltige Finanzpolitik. Sparen tut weh. Sparen tut auch uns weh. Wir finden diese Kürzungen auch nicht cool. Angesichts der aktuellen Finanzlage haben wir aber keine andere Wahl. Wir sind alle gefordert, unseren Beitrag dazu zu leisten, dass unsere städtischen Finanzen wieder ins Lot kommen.

Eva Chen (AL) für die Fraktion: Es ist eigentlich schade, dass wir die Kulturgeschäfte alle in einem Block behandeln. Man könnte nämlich jeweils viel dazu sagen, viel kritisieren aber auch ganz viel Lob für die bunte und belebte Kulturlandschaft in Bern anbringen. Die Fraktion AL/PdA spricht sich natürlich ganz grundsätzlich für die Kulturförderung aus. Kultur kann gesellschaftliche Missstände aufzeigen, zu zeitgenössischen Themen sensibilisieren und informieren. Sie kann Menschen aus allen Lagern zusammenbringen, Gemeinschaft stiften, emotional berühren und vor allem auch zum Denken und zum Handeln anregen.

Im Grossen und Ganzen haben wir das Gefühl, in der Stadt Bern läuft hinsichtlich Kulturpolitik sehr vieles gut. Ein Blick in die Kulturbotschaft zeigt, dass Wert darauf gelegt wird, möglichst viele Stimmen einzuholen und kooperative Lösungen zu suchen. Bei den Leistungsverträgen hat man den Eindruck, dass nicht willkürlich gekürzt worden ist. Bei Institutionen, bei denen etwas wegfällt oder wie im Beispiel des Buskers, dem eine beantragte Erhöhung nicht genehmigt werden kann, werden die Beweggründe transparent dargelegt. Die Kürzungen finden wir natürlich nicht gut, aber wir können es irgendwie nachvollziehen. Insofern werden wir den Leistungsverträgen in vorliegender Form ganz klar zustimmen. Wir werden aber auch den Anträgen zustimmen, die Erhöhungen fordern. Im Fall von Antrag 11 der Mitte betreffend dem Robert-Walser-Zentrum haben wir die Rückgängigmachung der Halbierung der Beiträge schon in der Budgetdebatte unterstützt und halten an dem fest. Auch den Antrag 15 SP/JUSO unterstützen wir. Wir erachten die Begründung als sehr überzeugend. Sämtliche Kürzungsanträge lehnen wir ab. Zu den SVP-Anträgen will ich etwas anfügen: Die grosse Halle und die IKUR bieten ein Kulturangebot für ein sehr breites Publikum. Aber dass man Leute, die

es sich als Lebensziel gesetzt haben, die Reitschule als Ganzes grundsätzlich abzuschaffen, nicht gerade mit offenen Armen empfängt, können wir nachvollziehen. Ja, die Kulturbotschaft zeigt auch, dass die Bemühung gross ist, gesellschaftliche Entwicklungen zu berücksichtigen, um mit der Zeit zu gehen. Das Querschnittsthema der Nachhaltigkeit und der Schwerpunkt der Diversität und kulturellen Vielfalt verdeutlicht das. Kunst und Kultur ist für alle und soll von allen, die wollen produziert, mitbestimmt und konsumiert werden. Insofern begrüssen wir es, dass wir heute auch über Vorstösse diskutieren, die das strategisch noch stärker verankern sollen. Besonders betonen will ich an dieser Stelle, wie wichtig es ist, dass auch die soziale Sicherheit ins Zentrum der Diskussion rückt, dass künftig nur noch Projekte gefördert werden, die branchenübliche Löhne und Sozialversicherungsbeiträge budgetieren, ist einerseits lobenswert, lässt umgekehrt aber auch erahnen, dass das bisher nicht überall der Fall war. Obschon die Umschreibung von branchenüblichen Löhnen nicht ganz ungefährlich ist. Wenn man das nämlich unhinterfragt so stehen lässt, werden strukturelle Probleme gewisser Sparten lediglich mutmasslich adressiert. Nicht selten sind nämlich Kulturschaffende gezwungen, für zu wenig oder gar kein Geld zu arbeiten: Damit man sich als kulturschaffende Person oder -gruppe behaupten kann, muss man zuerst gesehen werden und um gesehen zu werden, muss man produzieren können. Schon nur diese Tatsache macht das professionelle Kulturschaffen mit allen dazugehörigen Risiken leider oftmals immer noch zu einem Privileg, das sich nicht alle leisten können und wollen. Vor diesem Hintergrund begrüssen wir die momentane Bemühung, die Niederschwelligkeit für Förderanträge zu erhöhen und auch das Einhalten der sozialen Sicherheit soll bei städtisch subventionierten Betrieben stichprobenmässig überprüft werden. Weil wir der Meinung sind, dass solche Prozesse viel systematischer stattfinden sollten, unterstützen wir selbstverständlich auch den Vorstoss 9 der SP/JUSO, der in diese Richtung geht. Die Fraktion AL/PdA stimmt auch dem Traktandum 5 zur transkulturellen Öffnung zu. In der Motion wird präzisiert, dass es eben nicht reicht, wenn das Thema der kulturellen Teilnahme vor allem oder nur auf der Ebene möglicher Zielgruppen mitschwingt. Fortschritt passiert nämlich nicht, weil sich Kulturangebote zwar an eine diverse Gesellschaft richten, die inhaltliche Substanz aber nach wie vor von den immer gleichbleibenden künstlerischen Positionen, Leitungsteams und Jurys definiert beziehungsweise bestimmt werden. Eine angemessenere Repräsentation der Zusammensetzung der Gesellschaft muss darum auf allen Ebenen vorhanden sein. Insofern unterstützen wir den Vorstoss auch als Motion. Ebenfalls unterstützen wir die Motionen 7 und 8, die helfen die Diversitäten in der Sparte Musik und die Gleichstellung in subventionierten Theaterbetrieben sicherzustellen. Genau wie auch das Postulat zur Überprüfung von Synergien zwischen Freischaffenden und etablierten Betrieben, also Traktandum 7. Zu Traktandum 10 zum Kornhaus: Wir finden die Idee eines Gesamtkonzepts eines städtischen Kulturhauses grundsätzlich super und stimmen der Überweisung von Punkt 2 als Postulat zu.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Wir sind recht glücklich mit den neuen Schwerpunkten der Kulturförderung für die nächsten vier Jahre: Nachhaltigkeit, Diversität in der Kulturförderung, kulturelle Vielfalt. Gerade die Diversität in der Kulturförderung wird einschneidend sein für viel Kulturschaffende. Kredite werden zusammengelegt, die bisherigen Sparten aufgehoben und statt Kommissionen werden neu Expert*innenpools über Gelder entscheiden. Das Gute daran ist, dass nun Projekte unterstützt werden können, die bisher in keine konventionelle Spartenlogik passten, also Musik, Tanz, Theater, Literatur oder Kunst, sondern vielleicht um Themen wie Digitalität und Diversität kreisen. Projekte, die einem erweiterten Kulturbegriff entsprechen.

Mehr Diversität in der Kultur, breitere Förderung und ein erweiterter Kulturbegriff bedeuten doch automatisch auch, dass mehr kulturelle Vorhaben gefördert werden können. Das finden wir absolut richtig, aber logischerweise braucht es dafür auch mehr Geld, weil mehr Projekte auch finanziert werden müssen. Deswegen geht für uns die Rechnung nicht ganz auf, Kultur mit weniger Geld breiter zu fördern. Wir müssen doch im Gegenteil mehr Geld einsetzen. Wir haben in der SBK eine entsprechende Planungserklärung eingebracht, die aber komischerweise aus formellen Gründen heute Abend nicht zur Abstimmung kommt. An diesem Anliegen halten wir aber fest. Das gleiche gilt für das Anliegen, die soziale Absicherung der Kulturschaffenden zu verbessern. Auch das ist ein absolut wichtiges und begrüßenswertes Anliegen, kostet aber auch Geld. Dass Kultur- und Kunstschaffende, die sich in den aktuellen Sparten gut aufgehoben fühlen, nun Angst haben, dass für ihre Projekte plötzlich kein oder weniger Geld übrig bleibt, verstehen wir sehr gut. Deswegen haben wir auch gefordert, dass die Zusammenlegung der bisherigen Sparten eng und kritisch begleitet wird. Wir sind froh, dass jetzt ein Monitoring vorgesehen ist, damit dieser Prozess transparent abläuft. Die Änderungen und Reformen sollen ja schliesslich zu Gunsten und nicht zu Ungunsten der Kulturschaffenden sein.

Um Geld geht es auch in anderen Bereichen, wenn wir kulturelle Teilhabe verbessern wollen. Es kostet halt etwas, wenn wir wollen, dass die Kultur diverser wird, aus der Perspektive der Kulturschaffenden wie auch aus der Perspektive des Publikums. Dann müssen wir zum Beispiel auch bereit sein, Zugänge zu den Kulturräumen hindernisfrei zu gestalten. Kulturschaffende und kulturelle Institutionen leisten heute sehr viel für sehr wenig Geld. Sandstein allein gibt halt auch nicht so viel her. Eine Stadt ist erst dann lebendig, wenn Kultur stattfindet. Deswegen stören uns die Sparvorhaben und auch der Artikel in den Leistungsverträgen, der vorsieht, dass man kurzfristig auf das nächste Budgetjahr einfach 10 Prozent der versprochenen Beiträge kürzen kann. Der Stadtrat hat in einer Planungserklärung gefordert, dass man den Passus streicht und wir bitten den Gemeinderat auf die Kürzungsmöglichkeit zu verzichten.

Zu den einzelnen Leistungsverträgen: Wie gesagt, wir sind dagegen, dass man bei einzelnen Institutionen spart. Wir haben aber keine Anträge gestellt, um einzelne Kürzungen rückgängig zu machen. Grund dafür ist die fehlende Entscheidungsgrundlage. Müsste man beim Kino Rex weniger sparen als bei der Dampfzentrale? Wie sollen wir das sagen? Welche Entscheidungsgrundlage haben wir dafür? Ist es die Tatsache, ob sich jemand gerne an einem bestimmten Kulturort aufhält oder wer mit der Leitung von welcher Institution einmal einen Kaffee getrunken hat? Wir finden es problematisch, wenn am Schluss einfach Lobbying entscheidet, wer von Sparmassnahmen verschont bleibt und wen es dann halt trifft. Aus politischer Perspektive können wir einfach sagen, Kultur braucht mehr und nicht weniger Geld. Zu den Anträgen: Wir nehmen den Antrag der SP/JUSO zur Erhöhung des Verpflichtungskredits für Quartiersbibliotheken um 20 000 Franken an. Alle Anträge, die Kreditkürzungen vorschlagen, lehnen wir ab. Den Antrag der Mitte-Fraktion, auf die Kürzungen beim Robert-Walser-Zentrum zu verzichten, nehmen wir an. Noch etwas zu den Motionen der Traktanden 5 und 7: Die in der Motion in Traktandum 5 geforderte transkulturelle Öffnung der Kulturinstitutionen, bedeutet im Grunde, dass das umgesetzt und kontrolliert wird, was die Kulturstrategie und Kulturbotschaft vorsehen, nämlich die Förderung von Diversität und der kulturellen Vielfalt, die Abschaffung der Sparten und die Ausweitung des Kulturbegriffs, die beschlossen wurden und genau das bringen, was die Motionär*innen verlangen. Die Motionär*innen verlangen aber auch die Kontrolle des Prozesses. Das ergibt sicher Sinn. So kann garantiert werden, dass die Kulturförderung wirklich diverser wird und, dass die Anlie-

gen verwirklicht werden. Aber auch hier, es braucht halt einfach Geld. Wenn Kulturschaffen breiter gedacht werden soll, dann muss es halt auch breiter gefördert und besser finanziert werden. Das gleiche gilt für die Diversity in der Sparte Musik, Traktandum 7. Diese Motion nehmen wir an und auch da geht es uns darum, dass Gleichstellung in der Musikbranche verbessert werden soll und auch kontrolliert wird, dass etwas passiert.

Milena Daphinoff (Mitte) für die Fraktion: Der österreichische Satiriker Karl Kraus hat einmal gesagt: "Von meiner Stadt verlange ich Strom, Wasser und Kanalisation. Was die Kultur anbelangt, die besitze ich bereits." Bern besitzt auch schon ganz schön viel Kultur – Gott sei Dank oder eben den Leistungsverträgen sei Dank. Deswegen sind sie heute auch grossmehrheitlich unbestritten. Wenn es in der Kultur einen Diskurs gibt, folgt er eigentlich immer zwei Standard-Positionen. Auf der einen Seite gibt es die, die den Eindruck haben, dass die herausragende Bedeutung der Kultur oder der Gesellschaft zu wenig anerkannt wird, also dass die Politik zu wenig Respekt gegenüber der Kultur hat und diejenigen beschwören dann das humanistische Motiv der Kultur als Lebenselixier. Auf der anderen Seite haben wir diejenigen, die fordern, dass die Kultur endlich in irgendeiner plausiblen Form ihren Relevanznachweis liefern müsse, um den öffentlichen Auftrag zu erfüllen und ihre Forderung und Förderung zu legitimieren. Und ich sage euch, diese mantra-artige Wiederholung des Diskurses führt irgendwann zu einem Stillstand, den wir im Stadtrat bemerken. Die Debatten über Kultur und Leistungsverträge sind meistens plakative Ergüsse von diskursiver Trägheit, die kaum zu überbieten ist. Auch heute Abend wird sich daran nicht sehr viel ändern, auch mein Votum nicht. Die Tatsache, dass man heute immer mehr von Diversität, dem Wandel und der Transformation in der Kunst und Kultur spricht, trägt seinen Teil dazu bei. Ein Wandel ist nämlich unbestritten und wir unterstützen auch den progressiven Weg von Kultur Stadt Bern, der zum Beispiel in der Spartenauflösung diesem Wandel Rechnung trägt. Aber wenn wir über Kulturförderung und Wandel reden, dann müssen wir uns umso mehr wieder auf die Kernfrage konzentrieren. Je mehr sich die Grenzen beginnen aufzulösen, je schwammiger und breiter der Kulturbegriff wird, desto wichtiger wird die Akzentuierung und die Frage der Spezifikation, der Grenzziehung. Letzten Endes gibt es keine Kulturförderung ohne Grenzziehung. Kurz zusammengefasst: Was ist förderungswürdig und was nicht. Hier hätten wir uns eine gewisse Akzentsetzung gewünscht. Bei gewissen Sachen hat man immer noch das Gefühl, dass ein bisschen willkürlich entschieden worden sei. Das haben wir bereits in der Vernehmlassung gesagt und die Mitte-Fraktion würde gewisse Akzente anders setzen. Diese spiegeln sich heute Abend in unseren Anträgen. Ich will jetzt nicht auf alles nochmals im Detail eingehen, einzig auf den Antrag zum Robert-Walser-Zentrum, der heute ein dominantes Thema ist und der aus unserer Feder stammt. Ich muss euch sagen, dass das Robert-Walser-Zentrum weit über die Landesgrenze hinaus strahlt. Er war unbestritten einer der bedeutendsten Schweizer Schriftsteller des 20. Jahrhunderts und dieses Zentrum haben wir geschafft. Das war ein Berner Coup gegen Zürich. Das ist etwas, das hier immer gefeiert wird und von dem man sagt, man habe es geschafft, das nach Bern zu holen. Es war ein sensationeller Coup, dass man den wirklich Zürich-geprägten Stiftungsrat überreden konnte, den Umzug nach Bern zu erwirken. Das ist aufgrund eines originellen Finanzierungsmodells gelungen. Es ist ein Finanzierungsmodell, für das man sich damals gelobt und es als pionierhaft bezeichnet hat. Man will nicht einfach alle paar Jahre Geld geben, sondern man schafft eine Stiftung. Man konnte die Bürgergemeinde überzeugen, die Kantonbank – es wurden also auch Private an Bord geholt – und den Kanton. Alle haben Millionen à fonds perdu hinein gegeben und gesagt, aus den Erträgen heraus

soll sich die Stiftung finanzieren, damit sie nicht pleite geht. Die Ironie am Ganzen ist, dass man der Stiftung nun daraus einen Strick dreht und sagt, dass die Stiftung aufgrund dieses Modells genügend Geld habe. Es ist wirklich absurd, dass das ausgerechnet von linker Seite infrage gestellt wird, weil ihr immer die Träger davon gewesen seid, dies unterstützt, ins Leben gerufen sowie vor kurzem mit einer Planungserklärung so gewünscht habt. Diese Kehrtwende macht mich ein bisschen sprachlos. Es macht auch viele sprachlos, die finden, dass Literatur in der Stadt Bern stiefmütterlich behandelt wird und ein bisschen mehr Förderung vertragen könnte. Das macht ein bisschen sprachlos. Deswegen haben wir uns auf die Fahne geschrieben, das heute Abend zu übernehmen. Wir hoffen doch sehr, dass wir heute Abend im Rat eine Mehrheit finden werden. Ansonsten haben genau diejenigen recht, die der Meinung sind, dass wenn man es als Kulturbetrieb schafft, einigermaßen nachhaltig zu wirtschaften, dafür auch noch bestraft wird. Noch eine Bemerkung dazu, da dies mit der Befristung und den 15 Jahren immer wieder kursierte: Ich zitiere gerne aus dem Stadtratsvortrag von 2008 – ihr findet diesen, wenn ihr euch durchklickt auf der Website, unser Archiv geht dankenswerterweise bis 2005 oder 2003 zurück. Dort heisst es: "Aus Sicht des Gemeinderates ist das Berner Modell eine Pionierleistung und ein Glücksfall für die Schweizer Literatur aber auch für die Stadt Bern. Der von der Stadt Bern erwartete jährliche Betriebsbeitrag ist angesichts der Bedeutung des Autors verhältnismässig bescheiden." Und weiter: "... von unbeschränkter Dauer als Kredit für wiederkehrende Ausgaben zu beschliessen. Für die Zuständigkeit zum Kreditbeschluss sind die in einem Jahr anfallenden Kosten sogar mit 5 zu multiplizieren." Also der Gemeinderat hat damals beim Stadtrat einen Betrag von 100 000 Franken mal 5 multipliziert, weil er eine unbeschränkte Dauer für den Kredit wollte. Und er hat sich daran gehalten, das heisst wir können das hier nachlesen. Es wurde explizit so gewünscht. Und jetzt kommt ihr und sprecht von 15 Jahren. Entschuldigung, das geht einfach nicht auf. Ich will jetzt nicht weiter darüber streiten, ihr habt eure Meinungen bereits gemacht. Nur so viel: Es wäre wirklich eine Schande, wenn man jetzt aus diesem Vertrag aussteigt und den Beitrag herunter kürzt. Deswegen haben wir den Antrag gemacht. Zum anderen Antrag: Wir wissen, dass es unserer Stadt finanziell nicht rosig geht. Wir müssen auch in der Kultur gewisse Akzente setzen. Sie ist nicht ausgenommen vom Sparen. Wir sind immer noch der Meinung, dass der Beitrag ans Theaterfestival auawirleben vor vier Jahren unverhältnismässig erhöht wurde. Wir halten am schon damals gestellten Kürzungsantrag fest. Wir möchten auawirleben weiterhin stützen, aber wir finden, es braucht dort nicht 300 000 Franken mehr. Ergo unser Kürzungsantrag, um das Ganze auch finanziell wieder ins Lot zu bringen. Herzlichen Dank für eure Unterstützung.

Ruth Altmann (parteilos), Einzelvotum: Ich stelle ein bisschen bedrückt fest, dass das bürgerliche Lager das Haus der Religionen – ich spreche nur zum Haus der Religionen – nicht weiter unterstützen will oder die Beiträge kürzen. Das ist sehr schade, macht das nicht. Lasst das Haus der Religionen bestehen, weil es einen wichtigen Beitrag zur Verständigung der verschiedenen Kulturen und zur Multikulturalität dieser Stadt leistet. Das Ganze ist keine Subventionierung von einzelnen religiösen Instituten. So ist es nicht. Es sind alle unter einem Dach und das ist sehr positiv. Es ist etwas Besonderes und, dass so etwas in einem Haus untergebracht ist, ist etwas sehr schönes. Es trägt zur Friedensstiftung und zum Verständnis der Religionen untereinander bei. Lasst euch nicht davon stören, dass es nicht in den Kulturblock passt. Es ist doch egal, ob das hier in unser Blöckchen passt. Es ist halt etwas anderes als der Rest, aber es ist sicher nicht das Dümme, das wir subventionieren können. Es ist etwas sehr Wertvolles und es wäre jammerschade, wenn das unterliegen würde. Ich hoffe es zwar nicht, es gibt

sicher noch ein paar Vernünftige, die das nicht wollen. Schade ist die Haltung im bürgerlichen Block. Klar ist, dass die Missstände in Bezug auf Zwangsheiraten strafbar sind. Es muss kontrolliert werden, aber das wird sicher gemacht. Subventionen zu kürzen ist aber sicher der falsche Weg. Deswegen bitte ich euch inständig, das Haus der Religionen weiter zu unterstützen und die entsprechenden Anträge der GLP – die vom bürgerlichen Lager unterstützt werden – abzulehnen.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Ich möchte einfach schnell etwas zu Bühnen Bern sagen, dem ehemaligen Stadttheater. Einerseits müssen wir dort Einsparungen machen, die für Bühnen Bern schwierig sind. Sie werden aber in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Mitarbeitenden gemacht. Also man versucht, trotz des weniger vorhandenen Geldes Lösungen zu finden. Ich möchte aber vor allem noch einmal darauf zurückkommen, was kürzlich bei Bühnen Bern passiert ist: Im Zusammenhang mit der Coronakrise und dem Wechsel des Intendanten wurde mehr oder weniger das gesamte Schauspielensemble entlassen und ausgewechselt. Ich weiss, dass es in der Kultur und bei den Bühnen gewisse feudalistische Praktiken gibt, die damit verbunden sind, dass die neue Intendantin oder der neue Intendant neue Leute mitbringt, weil sie etwas Neues bringen will. Aber ich fand es ziemlich unsensibel, dass man in dieser Situation mehr oder weniger die ganze Belegschaft der Schauspieler*innen auf die Strasse stellt und sie ihrem Schicksal überlässt. Ich glaube, dass wir als Stadt sehr viel Geld ausgeben, damit Bühnen Bern ein Programm machen kann und ich finde, wir sollten den Anspruch haben, dass man bei solchen feudalistischen Praktiken einmal hinschaut und sagt, dass das so nicht geht.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Wie ihr alle bin ich herausgefordert durch die Kürzung der Zeit für ein sehr umfassendes Geschäft. Ich werde darum nicht auf alle Einzelfragen eingehen können. Es tut mir leid, dass ich mich sehr stark beschränken muss. Ich habe mir überlegt, mein Votum zu tanzen oder zu singen, aber das könnte ich in dieser kurzen Zeit noch weniger. Deshalb probiere ich mich auf das Wesentliche zu beschränken. Möglicherweise möchte Franziska Teuscher auch noch etwas zu den Kornhausbibliotheken sagen.

Ich danke der Referentin und der Kommission. In der Kommission hatten wir viel Zeit und konnten umfassend diskutieren. Wir haben eine sehr gute Diskussion führen können, die heute angesichts der kurzen Redezeiten ein bisschen knapper ausfallen wird. Ich beginne mit dem finanziellen Rahmen. Das ist eine Finanzbotschaft. Wir probieren einfach zu zeigen, wie die finanzielle Kulturförderung in den nächsten vier Jahren aussehen soll und probieren dort sehr umfassend zu sein. Es ist nicht eine Kulturbotschaft im umfassenden Sinn. Wir haben dann auch noch die Kulturstrategie. Wir haben andere Kulturprojekte, die wir sonst vorantreiben. Es geht einfach darum, den finanziellen Rahmen aufzuzeigen. Die kommende Periode ist von einer Konsolidierung geprägt. Wir hatten – es wurde gesagt – vor vier Jahren einen grossen Ausbau, jetzt wird eher konsolidiert. Sparen tun wir sehr punktuell. Wir haben uns voll an den Rahmen gehalten, den ihr uns in der Finanzdebatte aufgespannt habt. Wir bewegen uns in diesem Rahmen drin, inklusive euren Planungserklärungen. Bezüglich des Ausbaus wurde viel geredet. Bei auawirleben haben wir soweit ich weiss, proportional den grössten Ausbau vorgenommen. Dazu möchte ich sagen, dass das erste Mal, als sie von diesen zusätzlichen Mitteln hätten profitieren können, war 2020, dann 2021 und 2022 – es war immer Pandemie. Das Festival konnte noch gar nie stattfinden und sie konnten noch gar nie zeigen, wie sie mit diesen Mitteln umgehen. Das einzige Mal in dieser vierjährigen Periode wird dieses Jahr sein, in dem sie im Mai das Festival überhaupt so durchführen

können. Warum ist uns das Theaterfestival auawirleben so wichtig? Es ist ein Festival. Ein Festival ist ein noch stärkerer Kulturaustausch, weil auch auswärtige Gruppen nach Bern kommen und das Theaterschaffen in Bern aufmischen, stimulieren, inspirieren. Darum sind Festivals sehr gut für eine Anreicherung des Kulturlebens.

Auf das Robert-Walser-Zentrum komme ich im Rahmen der Finanzen zurück. Zur Kulturbotschaft: Diese wurde gut aufgenommen, wie ich meine. Danke auch hier für die Debatten. Unsere Schwerpunkte liegen bei der Nachhaltigkeit und der Diversität. Innerhalb der Nachhaltigkeit spielt die soziale Nachhaltigkeit eine besondere Rolle. Früher hat man einfach hie und da Geld geben und hatte das Gefühl, dass man das Kulturleben ein bisschen animieren und stimulieren könne. Vielleicht ging man auch sehr romantisierend mit der Kulturszene um und sagte, dass das Bohemiens seien, die das machen. Heute sehen wir das ein bisschen anders. Heute möchten wir dafür sorgen, dass die Kulturschaffenden, die teilweise in sehr prekären Verhältnissen leben, zu einem Auskommen kommen. Mit unseren finanziellen Mitteln probieren wir das professionelle Kulturschaffen zu fördern, aber auch die einzelnen Kulturschaffenden so zu unterstützen, dass sie tatsächlich auch eine Altersvorsorge aufbauen können. Früher hat man das einfach den Institutionen überlassen. Heute übernimmt dort die Stadt als Subventionsgeberin, wie alle anderen Subventionsgeberinnen wie Kanton, Bund und Burgergemeinde auch, selber eine Verantwortung und probiert, das zu machen. Das heisst aber auch, dass Geld nicht mehr mit der Giesskanne möglichst breit verteilt wird, sondern, dass fokussiert und konzentriert wird und diejenigen, die man fördert, nachhaltig gefördert werden. Das führt dazu, dass die Mittel gezielter eingesetzt werden, aber eben auch weniger breit. Das ist notwendigerweise damit verbunden. Die andere Neuerung, die wir eingeführt haben, ist die Zusammenlegung der Kommissionen zu einer grossen Kommission. Das führt auch zu einer Vereinfachung bei der Gesucheingabe und zu einer Vereinheitlichung der Kriterien. Bis jetzt waren die Kommissionen sehr unabhängig voneinander. Jetzt werden die Kommissionen natürlich auch spartenübergreifend schauen, im Sinn von: Dort machen wir es so, somit machen wir es doch hier auch so. Das führt zu einer Angleichung der Förderkriterien, die heute spartenmässig sehr divers sind. Dort streben wir nicht unbedingt Diversität an, sondern dort möchten wir möglichst kohärent sein, dass alle etwa gleich gefördert werden können.

Zu den Leistungsverträgen: Auch dort sind Nachhaltigkeit und Diversität eingebaut, also auch in einzelnen Bestimmungen der Leistungsverträge. Beispiel Nachhaltigkeit: Das ist ein Thema, das neu angeschaut wird. Beispielsweise werden Tourneen berücksichtigt, die ganze Reisetätigkeit des Kulturschaffens. Die Nachhaltigkeit soll gefördert werden, die beispielsweise auch auawirleben pflegt. Beispiel Diversität: Ich finde, die Kulturförderung aber auch das ganze Kulturschaffen repräsentiert und stellt die in der Gesellschaft vorhandene Diversität eigentlich sehr gut dar. Das Kulturschaffen ist teilweise auch ein Treiber der ganzen Diversität, die unsere Gesellschaft erfasst. Das nehmen die einzelnen Institutionen sehr gezielt auf, beispielsweise auch Bühnen Bern. Noch einmal zum Überblick und den ganzen Leistungen: Elf der insgesamt 25 Leistungsverträge machen wir zusammen mit dem Kanton und den Regionalgemeinden, der Kanton trägt immer 40 Prozent bei, die Regionsgemeinden 12 Prozent und uns bleiben dann die restlichen 48 Prozent. Damit ist das Ganze sehr breit abgestützt. Die übrigen 14 Leistungsverträge trägt die Stadt Bern allein. Es sind diejenigen, die vielleicht ein bisschen innovativer sind und mit denen man die Breite des Kulturschaffens abbildet.

Zu den einzelnen Leistungsverträgen: Ich äussere mich sicher zum Robert-Walser-Archiv. Wir haben an diesem Antrag festgehalten, aber auch gedacht, dass wir ihn nicht in eigener Kompetenz hinter eurem Rücken kürzen, sondern ihn euch vorlegen. Darum legen wir ihn euch trotz der Finanzkompetenz hier vor. Wir sind der Meinung, dass das

Robert-Walser-Zentrum seine Leistungen nicht kürzen müssen. Das wird es auch nicht mit der Kürzung der Stadt. Wir stehen zum Robert-Walser-Zentrum, auch in Zukunft. Wir werden in vier Jahren beurteilen können, ob sie dann wieder auf mehr Mittel angewiesen sein werden. Es wäre kein Problem, diese Mittel zukünftig wieder heraufzusetzen. Wir sind der Meinung, dass das Berner Modell auf 15 Jahre angelegt war. Wir werden bis Ende dieser Periode anderthalb Millionen Franken an das Robert-Walser-Zentrum beigetragen haben und sind der Meinung, dass die Stadt damit ihrer Verpflichtung gut nachgekommen ist. Aber wie gesagt, wir stehen dazu und wollen das Robert-Walser-Zentrum auch weiterhin fördern und unterstützen. Wenn wir in vier Jahren sehen, dass es so nicht geht, werden wir ohne weiteres die Mittel wieder erhöhen können und ihr werdet dem dann sicher auch wieder zustimmen. Also uns dünkt es sehr gut vertretbar, dass man beim Antrag des Gemeinderats bleibt.

Zur Orchesterförderung: Die Orchesterförderung haben wir vorbereitet. Wenn ihr heute Abend diesen Anträgen zustimmt, können wir morgen diese Ausschreibung machen. Wir setzen damit den politischen Vorstoss um und können im Bereich der Orchester, bei denen es eben sehr viele Schwankungen gibt, immer diejenigen Orchester fördern, die die Förderung entsprechend auch verdienen. Nun wurden in der Debatte das Haus der Religionen und Bühnen Bern kritisiert, beide Institutionen für Fehler, die in den vergangenen Beitragsperioden, im Haus der Religion erst vor kurzem, erfolgt sind. Jetzt kommt auch hier die Forderung, dass man reagieren soll, allenfalls mit Kürzungen im Fall des Hauses der Religionen. Ich möchte dazu festhalten, dass beide Institutionen in dieser Situation, in der Fehler passiert sind, ihre Verantwortung voll wahrgenommen haben. Wo gearbeitet wird, wo viele Leute arbeiten, passieren auch Fehler. Das war bei Bühnen Bern und auch in der Moschee im Haus der Religion ersichtlich. Beide Institutionen haben sofort reagiert, ihre Führungsverantwortung wahrgenommen. Für uns ist entscheidend, wie in einer Krisensituation reagiert wird. Die eingesetzten Vorstände, der Stiftungsrat und die Geschäftsleitung von Bühnen Bern waren ihren Aufgaben vollumfänglich gewachsen und haben in einer sehr guten Art und Weise auf die Vorfälle reagiert. Darum gibt es für uns keinen Grund, hier weitere Sanktionen in Form einer Kürzung der Mittel zu ergreifen. Es stimmt, es ist speziell, dass das Haus der Religionen als Kulturinstitution verstanden wird. Man könnte auch sagen, dass es eine soziale Institution ist, eine Integrationsinstitution. Jetzt ist es halt einfach im Kulturtopf und deshalb fördern wir es im Rahmen des Kulturtopfes. Wir machen das gut und fair, damit das Haus der Religionen seine sehr wertvollen Leistungen auch entsprechend erbringen kann.

Zum Schluss noch ein Wort zur Kürzungsklausel: Diese Kürzungsklausel haben wir überall hineingeschrieben, eben genau dafür, dass wenn der Fall eintreten sollte und wir wieder einmal kürzen müssten, nicht gebunden sind und in den Institutionen überhaupt nichts kürzen können. Wir wollen wie gesagt die Klausel drin lassen, ich kann euch aber schon jetzt sagen, dass sie in den nächsten vier Jahren vermutlich nicht umgesetzt werden müssen. Aber wenn der Fall wieder einmal kommen sollte, dann möchten wir die Möglichkeit haben, quasi als Reserve. Ich bitte, überall den Anträgen des Gemeinderats zu folgen. Ich danke euch für die gute Aufnahme des Geschäftes insgesamt und freue mich auf eine lebendige, farbige, inspirierte, diverse etc. Kultur in den nächsten vier Jahren.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Weil der Stadtpräsident gesagt hat, dass ich noch etwas zu den Kornhausbibliotheken sage: Ich möchte euch darüber informieren, dass wir seit dem 1. Februar die Bibliothek Plus am Laufen haben, die längere Öffnungszeiten vom Morgen früh bis am Abend spät hat. Das ist ein gutes Projekt und wir

werden es auswerten und schauen, dass wir überall die Öffnungszeiten verlängern können. Das wollte ich noch deponieren, damit ihr das wisst. Falls ihr dem Aufstockungsantrag zustimmt, behaftet uns nicht zu fest darauf, wann wir wieder schliessen müssten. Wir möchten eigentlich an vielen Orten von morgens um 7 Uhr bis abends um 22 Uhr offen haben, das natürlich mit eingeschränktem Service, Betreuung und Ausleihe.

Präsident Hoekstra: Es wurde punktweise Abstimmung gewünscht. Wir werden also bei den Traktanden 5 und 6 über die einzelnen Verträge separat abstimmen. So kann man sich intern in den Fraktionen bereits entsprechend vorbereiten.

Die Sitzung wird um 19.05 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

Für das Protokoll

X

X

Michael Hoekstra

Christine Otis

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.30 Uhr

Stadtrat anwesend

Michael Hoekstra, Präsident

Valentina Achermann	Lionel Gaudy	Tanja Miljanovic
Janina Aeberhard	Franziska Geiser	Dominic Nellen
Timur Akçasayar	Thomas Glauser	Barbara Nyffeler
Lena Allenspach	Claude Grosjean	Halua Pinto de Magalhães
Ruth Altmann	Lukas Gutzwiller	Claudio Righetti
Ursina Anderegg	Bernadette Häfliger	Mirjam Roder
Mirjam Arn	Erich Hess	Michael Ruefer
Tom Berger	Thomas Hofstetter	Kurt Rügsegger
Nicole Bieri	Matthias Humbel	Vanessa Salamanca
Diego Bigger	Seraphine Iseli	Mahir Sancar
Lea Bill	Ueli Jaisli	Judith Schenk
Laura Binz	Bettina Jans-Troxler	Florence Schmid
Gabriela Blatter	Anna Jegher	Nicole Silvestri
David Böhner	Raffael Joggi	Chandru Somasundaram
Eva Chen	Nora Joos	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyere	Barbara Keller	Irina Straubhaar
Dolores Dana	Fuat Köçer	Therese Streit-Ramseier
Milena Daphinoff	Nora Krummen	Bettina Stüssi
Sibyl Martha Eigenmann	Corina Liebi	Michael Sutter
Vivianne Esseiva	Maurice Lindgren	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Simone Machado	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Matteo Micieli	Janosch Weyermann
Thomas Fuchs	Szabolcs Mihalyi	Marcel Wüthrich
Katharina Gallizzi		

Stadtrat entschuldigt

Yasmin Amana Abdullahi	Ingrid Kissling-Näf	Simone Richner
Michael Burkard	Anna Leissing	Sarah Rubin
Jelena Filipovic	Salome Mathys	Sara Schmid

Gemeinderat anwesend

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Reto Nause SUE
--------------------------	-----------------------	----------------

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Mago Flück, Ratsweibel	Franck Brönnimann, Sekretariat
Christine Otis, Protokoll		

2022.PRD.000025

**4 Fortsetzung: Leistungsverträge mit Kulturinstitutionen für die Leistungs-
vertragsperiode 2024 – 2027; Verpflichtungskredite (Abstimmungsbot-
schaft)**

Gemeinsame Beratung der Traktanden 4 bis 10.

Präsident Hoekstra: Wir sind stehengeblieben bei den Traktanden 4 bis 10. Wir wür-
den direkt mit den Abstimmungen zu Traktandum 4 anfangen. Wir starten bei Trak-
tandum 4 zuerst mit den Anträgen beziehungsweise Rückweisungsanträgen.

Anträge

1.	SVP	Rückweisung: Die Vorlage sein an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auf- lage, mit der IKUR und Grossen Halle seien ein Leistungsverträge auszuarbeiten, in welchem diese verpflichtet werden, keine Diskri- minierungen aus rassistischen, religiösen, Gründen der weltan- schaulichen, sexuellen und politischen Ausrichtung vorzunehmen.
2.	GLP/JGLP	Rückweisung: Das Geschäft ist mit der Auflage an den Gemeinderat zurückzu- weisen, die Summe aller Leistungsverträge auf das Beitragsniveau von 2016 zu reduzieren.
3.	SVP	Der Verpflichtungskredit für die Abgeltungen der Leistungen der Grossen Halle im Betrag von Fr. 1'200.000.00 sei ersatzlos zu streichen. Mit der Grossen Halle sei für die Periode 2024-2027 kein Leistungsvertrag abzuschliessen.
4.	FDP/JF, GLP/JGLP, Mitte	Der Verpflichtungskredit für die Abgeltungen der Leistungen der Grossen Halle sei von Fr. 1'200'000 auf Fr. 960'000 (bzw. auf Fr. 240'000 statt Fr. 300'000 pro Jahr) zu kürzen.
5.	SVP	Der Verpflichtungskredit für die Abgeltungen der Leistungen der Interessensgemeinschaft Kulturraum Reitschule, IKUR im Betrag von Fr. Fr. 1'520'000.00 sei ersatzlos zu streichen. Mit der IKUR sei für die Periode 2024-2027 kein Leistungsvertrag abzuschlies- sen.
6.	SVP	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Leistungsverträge zur IKUR (Ziffer 6.5) und zur Grossen Halle (Ziffer 6.3) sind den Stimmberechtigten gestützt auf Art. 46 GO zum Entscheid zu unterbreiten. Das Büro des Stadtrats wird als Redaktionskommission für die ent- sprechende Ergänzung der Abstimmungsbotschaft eingesetzt (Art. 14 Abs. 2 GR SR).
7.	SVP	Der Verpflichtungskredit für die Abgeltungen der Leistungen der Kunsthalle sei um Fr. 50'000 auf total Fr. 1'000'000.00 pro Jahr zu kürzen. Auf die von Gemeinderat zugesprochene Erhöhung der Beiträge um Fr. 50'000 pro Jahr sei zu verzichten.
8.	SVP	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Leistungsvertrag zur Kunsthalle ist den Stimmberechtig- ten gestützt auf Art. 46 GO zum Entscheid zu unterbreiten. ▪ Das Büro des Stadtrats wird als Redaktionskommission für die entsprechende Ergänzung der Abstimmungsbotschaft ein- gesetzt (Art. 14 Abs. 2 GR SR).
9.	Mitte	Der Kredit für das Theaterfestival AUAWIRLEBEN für die Leis- tungsperiode 2024-2027 sei um Fr. 250'000 auf Fr. 350'000 zu kür- zen.
10.	SVP	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Leistungsvertrag zu Auawirleben (Ziffer 6.1) ist den Stimmberechtigten gestützt auf Art. 46 GO zum Entscheid zu unterbreiten.

		<ul style="list-style-type: none"> Das Büro des Stadtrats wird als Redaktionskommission für die entsprechende Ergänzung der Abstimmungsbotschaft eingesetzt (Art. 14 Abs. 2 GRSR).
11.	Mitte	Die Halbierung des Beitrags an das Robert Walser-Zentrum ab 2024 von Fr. 100'000 auf Fr. 50'000 ist rückgängig zu machen.
12.	GLP/JGLP	Die Stadt Bern soll auf die Ausstellung eines Leistungsvertrags für das Haus der Religionen verzichten. Der Betrag von Fr. 300'000 ist einzusparen.
13.	GLP/JGLP	Eventualantrag: Der Beitrag ans Haus der Religionen ist um Fr. 100'000 zu kürzen und auf das Beitragsniveau von 2016 zu reduzieren.
14.	GLP/JGLP	Der Anteil der Stadt Bern an der tripartiten Finanzierung von Bühnen Bern ist auf den Gesamtbetrag der Leistungsvereinbarung von 2016 zu reduzieren.
15.	SP/JUSO	Erhöhung des Verpflichtungskredites betreffend Leistungsvertrag «Führung der öffentlichen Quartierbibliotheken» um Fr. 20'000.00 pro Jahr (für die Jahre 2024-2027 um Fr. 80'000.00) zugunsten längerer Öffnungszeiten und einem zusätzlichen Nachmittag der Quartierbibliothek Steigerhubel am heutigen Standort oder einem Standort in der näheren Umgebung.

Abstimmung

2022.PRD.000025: Antrag 1 SVP: Rückweisung

Ablehnung

Ja 5
Nein 47
Enthalten 0

[Namensliste 007](#)

Abstimmung

2022.PRD.000025: Antrag 2 GLP/JGLP: Rückweisung

Ablehnung

Ja 5
Nein 52
Enthalten 0

[Namensliste 008](#)

Abstimmung

2022.PRD.000025: Antrag 3 SVP

Ablehnung

Ja 6
Nein 58
Enthalten 0

[Namensliste 009](#)

Abstimmung

2022.PRD.000025: Antrag 4 FDP/JF, GLP/JGLP, Mitte

Ablehnung

Ja 25
Nein 44
Enthalten 1

[Namensliste 010](#)

Abstimmung

2022.PRD.000025: Antrag 5 SVP	
Ablehnung	
Ja	7
Nein	63
Enthalten	0
Namensliste 011	

Abstimmung

2022.PRD.000025: Antrag 6 SVP	
Ablehnung	
Ja	7
Nein	63
Enthalten	0
Namensliste 012	

Abstimmung

2022.PRD.000025: Antrag 7 SVP	
Ablehnung	
Ja	7
Nein	63
Enthalten	0
Namensliste 013	

Abstimmung

2022.PRD.000025: Antrag 8 SVP	
Ablehnung	
Ja	7
Nein	63
Enthalten	0
Namensliste 014	

Abstimmung

2022.PRD.000025: Antrag 9 Mitte	
Ablehnung	
Ja	25
Nein	44
Enthalten	1
Namensliste 015	

Abstimmung

2022.PRD.000025: Antrag 10 SVP	
Ablehnung	
Ja	7
Nein	62
Enthalten	1
Namensliste 016	

Abstimmung

2022.PRD.000025: Antrag 11 Mitte

Ablehnung

Ja	31
Nein	33
Enthalten	5

[Namensliste](#) 017

Abstimmung

2022.PRD.000025: Antrag 12 GLP/JGLP

Ablehnung

Ja	14
Nein	54
Enthalten	2

[Namensliste](#) 018

Abstimmung

2022.PRD.000025: Eventualantrag 13 GLP/JGLP

Ablehnung

Ja	20
Nein	48
Enthalten	2

[Namensliste](#) 019

Abstimmung

2022.PRD.000025: Antrag 14 GLP/JGLP

Ablehnung

Ja	16
Nein	53
Enthalten	0

[Namensliste](#) 021

Abstimmung

2022.PRD.000025: Antrag 15 SP/JUSO

Annahme

Ja	43
Nein	27
Enthalten	0

[Namensliste](#) 022

Präsident Hoekstra: Damit hätten wir alle Anträge durch. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wie gesagt, werden wir das punktweise machen.

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredite 1. Stiftung Bernisches Historisches Museum

Annahme

Ja	68
Nein	1

Enthalten	0	Namensliste 023
-----------	---	---------------------------------

2. Verpflichtungskredite für die Betriebsbeiträge 2024–2027 an die

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredite 2. Stiftung Bühnen Bern		
Annahme		
Ja	60	
Nein	7	
Enthalten	3	Namensliste 024

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredite 3. Stiftung Kornhausbibliotheken		
Annahme		
Ja	67	
Nein	2	
Enthalten	1	Namensliste 025

2024–2027 an den

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 4. Verein Dampfzentrale Bern		
Annahme		
Ja	63	
Nein	7	
Enthalten	0	Namensliste 026

Präsident Hoekstra: Wir kommen jetzt zu den Anträgen 5. Das sind die tripartiten Verträge.

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 5.1 Camerata Bern		
Annahme		
Ja	65	
Nein	4	
Enthalten	0	Namensliste 027

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 5.2 Kornhausforum		
Annahme		
Ja	66	
Nein	3	
Enthalten	0	Namensliste 028

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 5.3 La Cappella

Annahme

Ja	68
Nein	1
Enthalten	1

[Namensliste 029](#)

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 5.4 Theater an der Effingerstrasse

Annahme

Ja	69
Nein	1
Enthalten	0

[Namensliste 030](#)

Präsident Hoekstra: Wir kommen zu den Anträgen 6.

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 6.1 auawirleben Theaterfestival

Annahme

Ja	48
Nein	14
Enthalten	6

[Namensliste 031](#)

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 6.2 bee-flat

Annahme

Ja	66
Nein	4
Enthalten	0

[Namensliste 032](#)

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 6.3 Grosse Halle

Annahme

Ja	51
Nein	15
Enthalten	4

[Namensliste 033](#)

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 6.4 Haus der Religionen

Annahme

Ja	55
Nein	7
Enthalten	8

[Namensliste 034](#)

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 6.5 IKUR	
Annahme	
Ja	62
Nein	7
Enthalten	0
Namensliste 035	

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 6.6 Kino Rex	
Annahme	
Ja	66
Nein	4
Enthalten	0
Namensliste 036	

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 6.7 Kunsthalle Bern	
Annahme	
Ja	63
Nein	7
Enthalten	0
Namensliste 037	

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 6.8 Kino Lichtspiel	
Annahme	
Ja	69
Nein	1
Enthalten	0
Namensliste 038	

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 6.9 Musikfestival	
Annahme	
Ja	66
Nein	4
Enthalten	0
Namensliste 039	

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 6.10 Robert-Walser-Zentrum	
Annahme	
Ja	69
Nein	1
Enthalten	0
Namensliste 040	

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 6.11 Schlachthaus Theater

Annahme

Ja	62
Nein	7
Enthalten	0

[Namensliste](#) 041

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 6.12 Tojo Theater

Annahme

Ja	66
Nein	3
Enthalten	0

[Namensliste](#) 042

Präsident Hoekstra: Wir kommen zum Antrag 7.

Abstimmung

2022.PRD.000025: Verpflichtungskredit 7. Orchesterförderung

Annahme

Ja	69
Nein	1
Enthalten	0

[Namensliste](#) 043

Abstimmung

2022.PRD.000025: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	65
Nein	5
Enthalten	0

[Namensliste](#) 044

Präsident : Es gibt jetzt wegen den Anträgen noch eine Schlussabstimmung über das gesamte Geschäft.

Abstimmung

2022.PRD.000025

Annahme

Ja	63
Nein	7
Enthalten	0

[Namensliste](#) 045

2020.SR.000200

- 5 Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Nadja Kehrli-Feldmann/Laura Binz, SP/Rafael Egloff, JUSO): Transkulturelle Öffnung der Kultur-Institutionen: Musterleistungsverträge anpassen, Kulturfördergremien divers besetzen und bei den Controlling-Gesprächen überprüfen**

Gemeinsame Beratung der Traktanden 4 bis 10. Siehe Traktandum 4.

Präsident Hoekstra: Wir kommen zu Traktandum 5. Dazu ist am 23. Juni 2022 punktweise Abstimmung gewünscht worden.

Abstimmung

2020.SR.000200: Punkt 1	
Annahme	
Ja	51
Nein	19
Enthalten	0
	Namensliste 046

Abstimmung

2020.SR.000200: Punkt 2	
Annahme	
Ja	51
Nein	19
Enthalten	0
	Namensliste 047

Abstimmung

2020.SR.000200: Punkt 3	
Annahme	
Ja	51
Nein	19
Enthalten	0
	Namensliste 048

Abstimmung

2020.SR.000200: Punkt 4	
Annahme	
Ja	43
Nein	27
Enthalten	0
	Namensliste 049

2020.SR.000278

- 6 Postulat Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Laura Binz, SP): Mit Leistungsvertrag subventionierte Häuser zeigen sich solidarisch mit selbständigen Künstler*innen in Bern**

Gemeinsame Beratung der Traktanden 4 bis 10. Siehe Traktandum 4.

Abstimmung

2020.SR.000278: Postulat

Annahme

Ja	52
Nein	17
Enthalten	0

[Namensliste 050](#)

2019.SR.000186

- 7 Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Laura Binz, SP): Diversity in der Sparte Musik**

Gemeinsame Beratung der Traktanden 4 bis 10. Siehe Traktandum 4.

Abstimmung

2019.SR.000186: Motion als Richtlinie

Annahme

Ja	51
Nein	19
Enthalten	0

[Namensliste 051](#)

2020.SR.000341

- 8 Motion Fraktion GB/JA! (Sophie Achermann, GB) - übernommen durch Sarah Rubin (GB): Lohntransparenz und Gleichstellung in subventionierten Theaterbetrieben**

Gemeinsame Beratung der Traktanden 4 bis 10. Siehe Traktandum 4.

Abstimmung

2020.SR.000341: Motion als Richtlinie

Annahme

Ja	56
Nein	13
Enthalten	1

[Namensliste 052](#)

2021.SR.000097

- 9 Postulat Fraktion SP/JUSO (Rafael Egloff, JUSO/Katharina Altas/Nadja Kehrli/Laura Binz, SP): Informationspflicht zu Lohnstruktur und Gagenentrichtung in Berner Kulturinstitutionen**

Gemeinsame Beratung der Traktanden 4 bis 10. Siehe Traktandum 4.

Abstimmung

2021.SR.000097: Postulat

Annahme

Ja	55
Nein	14
Enthalten	1

[Namensliste](#) 053

2019.SR.000256

- 10 Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas, SP/Brigitte Hilty Haller, GFL) - übernommen durch Laura Binz (SP): Kornhaus als Kulturhaus: Berner Kornhausbibliothek ins Parterre – Kornhaus als Literaturhaus etablieren**

Gemeinsame Beratung der Traktanden 4 bis 10. Siehe Traktandum 4.

Präsident Hoekstra: Wir kommen zum Traktandum 10. Die Punkte 1, 3 und 4 wurden zurückgezogen. Punkt 2 ist in ein Postulat gewandelt worden.

Abstimmung

2019.SR.000256: Punkt 2 als Postulat

Annahme

Ja	53
Nein	17
Enthalten	0

[Namensliste](#) 054

2022.SR.000225

- 11 Dringliche interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, Mitte, AL/PdA (Franziska Geiser, GB/ Katharina Altas, SP/Claudio Righetti, Mitte/David Böhner, AL): Die Stadt Bern verlangt vom Schweizer Bundesrat Massnahmen gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran zu ergreifen**

Franziska Geiser (GB) für die Einreichenden: Im Iran ist eine Revolution im Gang. Ich hoffe, die führt zum Sturz des Regimes. Die revolutionären Vorgänge sind in der Schweiz schon wieder ein bisschen aus dem Fokus der Öffentlichkeit geraten. Es gibt nicht mehr jeden Tag Schlagzeilen wie noch im Herbst. Als wäre nichts, hat Alain Berset vor ein paar Tagen der islamischen Republik zu ihrem 44. Geburtstag gratuliert. Das ist absolut unbegreiflich. Über 500 Menschen sind bei diesen Protesten getötet worden. 20 000 Protestierende sitzen im Gefängnis.

Es ist deswegen ein wichtiges Zeichen, dass der Gemeinderat zusammen mit anderen Städten den Bundesrat auffordert, erstens die EU-Sanktionen zu übernehmen, zweitens sich auch bei der UNO für die Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen einzusetzen und drittens Massnahmen zu ergreifen, um die Zivilgesellschaft im Kampf für die Menschenrechte zu unterstützen.

Klar, das ist nur ein Zeichen, aber wenn viele Zeichen zusammenkommen, können auch Fakten entstehen. Und an diesen Punkt müssen wir kommen. Deswegen hoffen wir auf breite Unterstützung.

Präsident Hoekstra: Damit sind wir schon bei den Fraktionsvoten.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Unbedingt müssen wir ein Zeichen setzen, nicht nur als Stadtrat, sondern einfach auch als Mensch. Wenn solche Sachen passieren wie im Moment im Iran, ist es umso wichtiger, dass alle, die damit nicht einverstanden sind, ihre Stimme erheben. Darum ist diese Motion sicher sehr wichtig und vor allem wäre es wichtig, dass der Bundesrat handeln und sich aktiv gegen die Menschenrechtsverletzungen einsetzen würde, statt diese Glückwunschtelegramme zu verschicken. Es ist aber auch eine etwas hilflose Motion und die Antwort vom Gemeinderat ist auch ein bisschen hilflos, wenn er nichts anderes machen kann, als das Anliegen in der Städtekommission einzubringen. Es wäre wichtig, dass die Schweiz handelt, dass sie Sanktionen ausspricht gegen die Regimevertreter/-vertreterinnen, wie das die EU gemacht hat, oder dass sie die Konten einfrieren liesse, wie das mit den russischen Oligarchen passiert ist.

Ein Teil von Ihnen sagt jetzt sicher, dass es halt auch nicht die Aufgabe des Stadtrats sei, sich in internationale Geschehnisse einzumischen und auch nicht in der Kompetenz des Stadtrats liege und es darum verschwendete Zeit sei, darüber zu sprechen. Die Fraktion AL/PdA ist mit dem nicht einverstanden. Es ist unsere Aufgabe, klar Stellung zu nehmen, wenn ein grosser Teil der Zivilbevölkerung in einem Land Widerstand leistet gegen die rigide Politik, die keine freie Meinungsäusserung zulässt. Darum danke ich Ihnen allen, wenn Sie die Motion annehmen. Aber wir können auch mehr machen, damit die Tausenden Gefangenen, die in den letzten Monaten bei Demonstrationen festgenommen wurden, nicht vergessen werden. Darum hat die Gruppe Free Iran angefangen in der ganzen Welt Patenschaften, also Gotten und Göttis zu suchen, die sich für die Gefangenen einsetzen und diese unterstützen. Die Gotten und die Göttis haben die Aufgabe, auf ihren Social-Media-Kanälen und anderen Kanälen auf das Schicksal der Gefangenen aufmerksam zu machen und bei der iranischen Botschaft ihre Freilassung zu verlangen. Ich finde es lässig, dass so viele Stadträte und Stadträtinnen diese Initiative unterstützen. Der Stadtpräsident und die Gemeinderäte Franziska Teuscher, Marieke Kruit und Michael Aebersold sind ebenfalls bereit, eine Patenschaft übernehmen. Merci vielmal. Und wenn wir weltweit dranbleiben, wird sich auch etwas ändern.

Lena Allenspach (SP) für die Fraktion: Im Iran halten die Menschenrechtsverletzungen durch brutale Polizeigewalt immer noch an. Die Proteste gegen das Regime werden mit voller Härte unterdrückt. Im Iran findet eine feministische Revolution statt, ein lauter und starker Schrei nach Freiheit, ein Kampf für Demokratie und Menschenrechte. Die offizielle Schweiz hat es bisher bei vagen Erklärungen belassen; und das, obschon laut Free Iran Switzerland bereits 500 Menschen, davon 70 Kinder, das Leben verloren haben, sich etwa 20 000 in Haft befinden und über 100 auf ihre Hinrichtung warten. Der Bundesrat soll endlich alle von der EU verhängten Sanktionen gegen den Iran übernehmen, den UNO-Menschenrechtsrat in seiner Arbeit und die Zivilgesellschaft im Iran in

ihrem Kampf für Freiheit und Menschenrechte unterstützen und nicht dem islamischen Regime zum Geburtstag gratulieren. Die SP/JUSO-Fraktion stimmt darum dieser Motion klar zu und begrüsst, wenn der Gemeinderat auch mit anderen Städten und dem Städteverband beim Bundesrat interveniert.

Vivianne Esseiva (FDP) für die Fraktion: Auch die FDP/JF-Fraktion hat im Grundsatz viele Sympathien für diese Motion, aber wir finden eben, dass der Stadtrat der falsche Adressat ist. Es ist wieder so eine Briefträgermotion. Bei einem offenen Brief oder einem Foto wären sehr viele von uns dabei gewesen. Als Einzelperson finden wir es auch wichtig, dass man zum Beispiel mit einer solchen Patenschaft oder mit Spenden hilft. Aus diesen Gründen enthalten wir uns.

Thomas Fuchs (SVP) für die Fraktion: Es ist wieder einmal so ein typischer Vorstoss, mit dem man zeigen will, wie man es doch gut meint, wo man sich überall engagieren will. Es ist ein Vorstoss für die Galerie. Mehr ist es nicht. Man kann nachher überall herumerzählen, man habe etwas verlangt. Es wäre einfacher gewesen, wenn Sie Ihre Bundesräte angerufen und ihnen gesagt hätten, sie sollten etwas machen, oder wenn Sie Ihre Parlamentarier anriefen statt sich hier als Bonsai-Nationalräte aufzuspielen, damit Sie auch mal zu einem nationalen Thema etwas sagen können.

Komischerweise kommen die gleichen Vorstösse nicht, wenn es um Kuba geht oder um sozialistische Staaten, wo wir genau das gleiche erleben, wo man dann konsequenterweise sagen müsste, hier müsste man sich auch einmal engagieren. Aber nein, Sie haben ein Brett vor dem Kopf. Wir sind nicht bereit, bei dem Spiel mitzumachen, und werden den Vorstoss ablehnen.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Mir ist es nur wichtig, kurz zu sagen, dass wir in der GLP/JGLP-Fraktion sehr lange und ausgiebig über den Vorstoss diskutiert haben – viel länger als wir das im Normalfall bei Vorstössen jeweils machen, die nicht in die Kompetenz des Stadtrats fallen. Wir haben hitzig debattiert. Es ist schlussendlich aber zum Entscheid gekommen, dass wir den Vorstoss ablehnen werden, nicht weil wir an der Sinnhaftigkeit zweifeln oder so. Den Inhalt unterstützen wir vollkommen, aber wir haben das Gefühl, es ist wirklich so ein bisschen eine Briefträgermotion. Wir haben das Gefühl, es bringt in der Öffentlichkeit nicht viel, einfach ein Schreiben an den Bundesrat zu richten. Wir diskutieren hingegen noch darüber, als Fraktion allenfalls eine Patenschaft zu übernehmen, weil wir das Gefühl haben, wir könnten damit als Fraktion mehr erreichen und unsere Solidarität mit den Gefangenen und mit den Leuten im Iran besser zeigen.

Sibyl Martha Eigenmann (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte-Fraktion nimmt den Vorstoss an. Es ist uns ein sehr ein grosses Anliegen. Wir sind alle wütend. Ich bin extrem wütend und ich kann nicht verstehen, wie man so gegen die eigene Bevölkerung arbeiten kann. Wir sind ein demokratisch gewähltes Parlament. Wir haben extrem viele Rechte, wir haben auch die Pflichten, klar. Wir profitieren von einer wunderbaren Demokratie und ich glaube, wir alle hier drin würden gerne etwas gegen das Terrorregime machen oder unternehmen. Wir können nicht viel machen. Das ist klar. Aber selbst, wenn es nur ein Tropfen auf den heissen Stein ist, wenn jeder im kleinen ein Zeichen setzt, dann sollten wir diese Gelegenheit trotzdem ergreifen. Ich bitte Sie darum, den Vorstoss anzunehmen und ein Zeichen zu setzen – gerade als demokratisch gewähltes Parlament.

Präsident Hoekstra: Damit wären wir bei den Einzelvoten.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Sie müssen nicht meinen, ich würde den Iran verteidigen. Aber wir sind nach wie vor für die Neutralität und vertreten die Meinung, dieser Vorstoss sei nicht zu unterstützen. Eines muss ich an die Adresse der Linken noch sagen: Welcher Bundespräsident hat dem Iran gratuliert?

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Ich glaube, es ist höchste Zeit, dass etwas gegen das Regime im Iran unternommen wird. Ich glaube, darin ist man sich auch einig, und es ist, glaube ich, auch wichtig, dass man ein Zeichen setzt. Das hat die Debatte gezeigt. Um mehr als ein Zeichen zu setzen, kann es hier nicht gehen. Es ist die Frage, wo das Zeichen wahrgenommen wird. Sicher im Inland und das ist wichtig. Aber wir haben natürlich auch eine grosse Exilbevölkerung aus dem Iran in der Schweiz. Und es ist nicht allen gegeben, jeden Samstag vor die iranische Botschaft demonstrieren zu gehen. Aber natürlich schaut die Exilbevölkerung auch, wie wir uns in dem Konflikt positionieren, und ich glaube, für die zahlreichen Menschen aus dem Iran, die hier in der Schweiz mit uns leben, ist es wichtig, dass man sich klar positioniert. Es ist nicht eine Frage der Neutralität. Es ist eine Frage von Recht und Unrecht und in Fragen von Recht und Unrecht ist die Schweiz nicht neutral, sondern sie stellt sich immer auf die Seite des Rechtsstaats und auf die Seite des Rechts und deshalb betrachte ich das Vorgehen hier auch als neutralitätspolitisch unproblematisch.

Wir werden zusammen mit den anderen Städten vorgehen. Der Städteverband ist wiederum recht zurückhaltend bei solchen Aktionen, aus ähnlichen Gründen, wie sie hier auch geäussert wurden. Wir werden das einfach mit den zehn grössten Schweizer Städten zusammen machen. Wir arbeiten mit den zehn grössten Schweizer Städten zusammen und ein entsprechender Brief ist dort in Zirkulation und sollte Grössenordnung anfangs März verschickt werden. Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Sie können dieser also problemlos zustimmen.

Präsident Hoekstra: Wir kommen zur Abstimmung. Es geht um die Motion als Richtlinie. Wollen Sie diese als erheblich erklären?

Abstimmung

2022.SR.000225: Motion als Richtlinie

Annahme

Ja	47
Nein	14
Enthalten	9

[Namensliste](#) 055

2019.FPI.000126

12 Viererfeld/Mittelfeld: Abgabe von zwei Landflächen im Baurecht (Abstimmungsbotschaft) und Antrag an den Stadtrat zur Abgabe von weiteren Baurechten erste Etappe

Michael Sutter (SP) für die RWSU: Im vorliegenden Geschäft geht es um die erste Etappe der Abgabe von Landflächen im Baurecht auf dem Vierer- und auf dem Mittelfeld. Der Stadtrat hat eigentlich schon einmal darüber befunden, als wir vor gut einem

Jahr der Doppelvorlage für die Infrastrukturkredite und die Abgabe des Landes im Baurecht genehmigt haben. Damit das Verfahren nicht durch die Beschwerde gegen den Entscheid verlängert wird, hat der Gemeinderat uns aber beantragt, den Stadtratsbeschluss vom 3. Februar 2022 wieder aufzuheben. Das hat der Stadtrat am 27. Oktober 2022 dann auch gemacht und auch die Verpflichtungskredite für die Infrastruktur und für die Entwicklung zuhanden der Stimmberechtigten genehmigt. Am 12. März findet die Volksabstimmung statt. Die Zustimmung zu dieser Vorlage ist denn auch die Voraussetzung, dass die Abgabe der Baurechte überhaupt erfolgen kann.

Anders als in der ursprünglichen Vorlage vorgesehen, entscheidet jetzt für jedes Bau- feld jeweils das gemäss Finanzkompetenzen zuständige Organ. Für die erste Etappe heisst das, dass die Stimmberechtigten über zwei Baurechte entscheiden, der Stadtrat über drei und dass der Gemeinderat ein weiteres bereits vergeben hat. Massgebend für die Bestimmung der Finanzkompetenz sind die erwarteten Baurechtszinseinnahmen bei einem jährlichen Zinssatz von 3 Prozent. Die Baurechte werden in den Baurechts- verträgen der Stadt Bern für eine Dauer von jeweils 80 Jahren abgeben. Die Baurechts- zinsen für die gemeinnützigen Bauträgerschaften werden zwischen 18 und 25 Franken pro m² und Jahr liegen. Die Baurechtszinsen für marktorientierte Investoren liegen höher. Es ist da aber bewusst weder eine Bandbreite noch ein Minimum festgelegt wor- den. Die erwarteten Baurechtszinsen aus der ersten Etappe betragen insgesamt 1,3 bis 1,5 Millionen Franken pro Jahr. Die Baurechte dieser Etappe sind nicht ausge- schrieben worden, sondern wurden freihändig vergeben, um eine möglichst zügige Re- alisierung sicherstellen zu können. Dabei ist darauf geachtet worden, dass die Inves- tor*innen in Bern verankert sind, dass sie über das entsprechende Fachwissen verfü- gen und dass sie bereit sind, in diesem innovativen Prozess mitzumachen. Zum Zug sind auch zwei unmittelbare Nachbarinnen gekommen: die Burgergemeinde mit dem Burgerspittel und das Hotel Innere Enge. Beide haben sich schon lange vorher in diesen Planungsprozess eingebracht. Die Bauvorhaben der ersten Etappe werden durch die Bauträgerschaften mit jenen sieben Architekturteams geplant, die im Rahmen des städ- tebaulichen Wettbewerbsverfahrens für den Projektteil Wohnen rangiert wurden. Für die nächsten zwei Etappen werden die Baufelder in einem Bieterverfahren ausgeschrie- ben. Wichtige Kriterien für die Vergabe der Baufelder sind neben der Höhe des gebo- tenen Baurechtszinses die Erfüllung der Planungsziele und die Zielerreichung der Areal- und Wohnstrategie. Voraussichtlich können die restlichen Baurechte durch den Stadtrat und den Gemeinderat vergeben werden und es wird für das keine weitere Volksabstimmung mehr nötig sein.

Die Abgabe im Baurecht erfolgt ausschliesslich an Endinvestierende. Wer das Baurecht bekommt, kann also weder Gebäude noch einzelne Wohnungen weiterverkaufen. Um die gemeinschaftlichen Infrastrukturanlagen zusammen zu erstellen respektive die Kos- ten und den Unterhalt gemeinsam zu tragen, wurde eine Infrastrukturgenossenschaft gegründet, bei der später alle Baurechtsnehmenden Mitglied werden. Wer sind die Bau- rechtnehmenden? Die Baurechte in der Kompetenz der Stimmberechtigten gehen ers- tens an die Hauptstadtgenossenschaft. Das ist ein Zusammenschluss von 30 regiona- len Wohnbaugenossenschaften und daraus soll dann eine neue Mitgliedergenossen- schaft entstehen. Sie wird rund 200 gemeinnützige Wohnungen erstellen. Das zweite Baurecht, über das auch das Volk entscheidet, geht an Die Mobilier.

In der Stadtratskompetenz liegen die Baurechte, die an die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern (PVK), an die Pensionskasse der Berner Kantonalbank (BEKB) und an die Burgergemeinde Bern abgegeben werden. Das Bau- feld der Burgergemeinde befindet sich auf dem Mittelfeld unmittelbar neben dem Burgerspittel. Die Burgergemeinde wird

dort unter anderem Generationenwohnen realisieren. Es handelt sich um ein mehrheitlich gemeinnütziges Baufeld, weil dort mehrheitlich Wohnungen gebaut werden, die zu Kostenmiete vermietet werden und auch Personen offenstehen sollen, die Ergänzungsleistungen beziehen.

In eigener Kompetenz hat der Gemeinderat beschlossen, ein Baufeld an die Innere Enge Holding AG zu vergeben. Es liegt vis-à-vis dem bestehenden Hotel und soll dieses mit Schwerpunkt Kulinarik und Kultur ergänzen. Der Zeitpunkt für die Vergabe der Baurechte ist eher früh, und erfolgt, bevor die genaue Bebauungsstruktur, die Geschossfläche für jedes Baufeld und der Wohnungsmix festgelegt sind. Auch die Baurechtszinsen sind Gegenstand von Verhandlungen, die noch ausstehen. Uns ist versichert worden, dass die Verhandlungen von Seiten der Stadt hart geführt würden. Die Baurechtsnehmenden brauchen aber eine gewisse Planungssicherheit, damit sie die Planung ihrer Baufelder weiterführen können und bereit sind, entsprechende Vorleistungen schon jetzt zu erbringen. Zum Wohnungsmix – also wie gross die Wohnungen realisiert werden – gibt es zwar Vorgaben für die gemeinnützigen Wohnbauträgerschaften, nicht aber für die marktorientierten Investor*innen. Bei der Festsetzung der Mietzinsen für die gemeinnützigen Wohnungen sind die Anlagekostenlimiten des Bundesamts für Wohnungswesen massgebend. Die marktorientierten Investoren wiederum sind bei der Festlegung der Mietzinsen grundsätzlich frei.

Die Planungserklärungen, die im Stadtrat vor einem Jahr verabschiedet wurde, solle so weit wie möglich berücksichtigt werden. So soll ein Teil der Wohnungen für armutsgefährdete oder finanziell schlechter gestellte Familien, wie eine Planungserklärung fordert, bereits in der ersten Bauetappe erstellt werden.

In der Kommission ist die Vorlage insgesamt sehr positiv aufgenommen worden. Diskutiert wurde vor allem über die freihändige Vergabe in der ersten Etappe, über die Energieversorgung, die Höhe der Mietzinsen und über den Wohnungsmix. Die RWSU beantragt mit acht zu einer Stimme bei zwei Enthaltungen, dem Geschäft und der Abstimmungsbotschaft zuzustimmen. Der Antrag der RWSU zur Botschaft betrifft die Abbildung auf Seite 10. Dort sind die Baufelder, die die PVK bekommt, und die, die die Pensionskasse von der BEKB bekommt, vertauscht. Richtig ist, dass das nördliche Baufeld an die PVK geht, was wir mit diesem Antrag entsprechend berichtigen möchten.

Präsident Hoekstra: Das war auch gerade die Antragsbegründung der Kommission. Minderheitsanträge liegen keine vor. Dann kommen wir zu den Fraktionsvoten.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Wir haben schon ein paarmal über das Vierer- und Mittelfeld geredet und jetzt also noch einmal – ein Jahr nach der ursprünglichen Debatte. Auf dem Vierer- und Mittelfeld soll gebaut werden. Für die GB/JA-Fraktion ist es sinnvoll, hier an zentraler Lage, die sowohl punkto ÖV wie auch punkto Fuss- und Veloverkehr sehr gut erschlossen ist, neuen Wohnraum zu erstellen. Hier gibt es ein verdichtetes Quartier, das sehr viel flächeneffizienter sein wird als Einfamilienhäuschen irgendwo im Nirgendwo. Es gibt ein Schulhaus, ein Quartierzentrum, einen Stadtpark. Dazu soll das Quartier auch den Zielen der 2000 Watt-Gesellschaft entsprechen, auch wenn es dieses Label jetzt nicht mehr gibt. Aber die Ziele sind immer noch die gleichen. Das heisst, es ist eigentlich alles gut. Ist das wirklich so? Wir denken das Potenzial ist da, aber es kommt jetzt ein bisschen darauf an, wie man die Baurechtsverträge vergibt und wie schlussendlich die Überbauung umgesetzt wird. In der Stadt fehlt es vor allem an grossen und bezahlbaren Wohnungen. Das sagen nicht nur wir, das sagt auch der Gemeinderat in seiner Wohnstrategie. Und in dieser setzt er sich das Ziel, dass die Hälfte der neu gebauten Wohnungen in der Stadt im preisgünstigen Segment entstehen

soll. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel, wenn man bedenkt, dass der Gemeinderat nur beschränkt Einfluss darauf hat, was in der Stadt gebaut wird. Alles, was auf privatem Boden gebaut wird, kann er ja nicht sehr gut beeinflussen. Entsprechend hoch müsste eigentlich der Anteil preisgünstiger Wohnungen auf jenem Land sein, das der Stadt gehört. Das steht jetzt aber in einem krassen Widerspruch zu den Plänen auf dem Viererfeld. Laut der Vorlage, die 2016 von den Stimmberechtigten verabschiedet wurde, soll auf dem Viererfeld 50 Prozent gemeinnützig und 50 Prozent gewinnorientiert gebaut werden. Diese Aufteilung, so haben wir es jetzt in dieser Vorlage, soll sakrosankt umgesetzt werden. Allerdings kann man durchaus daran zweifeln, dass die Stimmberechtigten die Vorlage 2016 nur wegen diesem Passus angenommen haben. Das Abstimmungsergebnis zu der Wohninitiative zum Beispiel, die mit 72 Prozent Ja-Stimmenanteil angenommen wurde, deutet daraufhin, dass sich die Mehrheit der Berner Bevölkerung vor allem bezahlbaren Wohnraum wünscht und nicht teure Luxuswohnungen. Wie wir bereits in der Debatte im letzten Jahr gesagt haben, sind wir darum überzeugt, dass man von diesem strengen 50:50-Paradigma abweichen sollte.

Ich werde jetzt aber das Votum, das Rahel Ruch gehalten hat, nicht wiederholen. Lesen Sie es nach. Es ist nach wie vor sehr gut. Ich beschränke mich darauf, unsere Anträge ein bisschen einzubetten. Wie eingangs gesagt, fehlt es in der Stadt an günstigem Wohnraum und an grossen Wohnungen. Darum sollen auf dem Vierer- und dem Mittelfeld vor allem günstige und grosse Wohnungen gebaut werden. Die zwei Kriterien können vor allem bei der Ausschreibung der Baufelder beeinflusst werden. Uns ist klar, dass die Verhandlungen und Planungen für die erste Etappe schon abgeschlossen sind. Die wollen wir auch nicht mehr beeinflussen. Wir wollen dort auch nicht mehr zurückgehen, weil wir finden, dass das Viererfelder überbaut werden soll. Darum betreffen unsere zwei Anträge, die wir interfraktionell eingereicht haben, auch nur die zukünftigen Etappen. Bei Antrag 15 geht es darum, wirklich günstigen Wohnraum zu erstellen. Denn: Nur weil eine Wohnung preisgünstig ist, ist sie noch lange nicht billig. Preisgünstig bedeutet nämlich lediglich, dass die Wohnung in Kostenmiete abgegeben werden muss. Wenn die Gebäude aber extrem teuer im Bau sind, dann ist auch die Kostenmiete entsprechend hoch. Damit man wirklich günstige Mietpreise erzielen kann, muss man also schon bei der Planung darauf achten, dass die Gebäude nicht zu teuer werden. Am besten kann das gesteuert werden, indem bei der Ausschreibung der einzelnen Parzellen schon ein maximaler Mietpreis festgelegt wird. Und natürlich darf auch der Baurechtszins die Mieten nicht in die Höhe treiben. Dass solch ein Modell funktionieren kann, hat man an der Mutachstrasse gesehen. Darum fordern wir, dass das Modell, wie es bei der Mutachstrasse umgesetzt wurde, auch bei einem Teil der jetzt noch zu vergebenden Baufelder auf dem Viererfeld angewendet wird. Antrag 16 ist eigentlich selbsterklärend. Es fehlt an grossen Wohnungen in der Stadt. Darum müssen Investoren verpflichtet werden, auch grosse Wohnungen zu bauen. Das soll von Anfang an eine Bedingung für die Vergabe der Parzelle sein, unabhängig davon, ob es sich um gemeinnützige oder gewinnorientierte Investoren handelt. Wenn man von Anfang an die Bedingungen klarmacht, dann weiss man auch, auf was man sich als Investor einlässt. Und darum finden wir, dass das durchaus machbar ist. Abgesehen davon steht auch in der Wohnstrategie, dass der Gemeinderat auch die gewinnorientierten Investoren in der ganzen Stadt in die Pflicht nehmen will, grosse Wohnungen zu bauen. Grundsätzlich ist es uns wichtig zu betonen, dass nicht immer nur die gemeinnützigen Investoren in die Pflicht genommen werden sollen. Wie ich das vorher gesagt habe, kann man, wenn man etwas ausschreibt und etwas vergibt, ja die Bedingungen klar vorgeben. Die, die das nicht wollen, müssen sich nicht bewerben. Aber die, die sich auch zu diesen Bedingungen dafür interessieren, können sich bewerben.

Es handelt sich hier um Land, das der Stadt gehört und das die Stadt im Baurecht abgibt. Es liegt also auch in der Hand der Stadt, Spielregeln für die Vergabe festzulegen. Nur weil ein Investor gewinnorientiert ist, heisst ja noch lange nicht, dass er Luxuswohnungen bauen muss, die sich dann niemand leisten kann. Auch mit weniger teuren Wohnungen kann man nämlich Geld verdienen und gewinnorientiert sein; vielleicht einfach nicht ganz wie mit einem superteuren Loft. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er bei der Vergabe der nächsten Baufelder darauf achtet, dass seine eigenen wohnbaupolitischen Ziele, die er in der Wohnstrategie schön ausformuliert hat, auch im Vierer- und im Mittelfeld umgesetzt werden, und zwar auf allen Baufeldern und nicht nur auf jenen der gewinnorientierten Investoren.

In diesem Zusammenhang ist uns auch wichtig, dass der Stadtrat oder zumindest die zukünftige Kommission frühzeitig in die Vergabe eingebunden wird, damit man nämlich auch wirklich noch die Möglichkeit hat, etwas dazuzusagen, und nicht wie jetzt bei diesen Vergaben, bei denen schon so weit verhandelt wurde, dass man eigentlich nur noch Ja sagen kann, wenn man nicht das ganze Projekt abschliessen will. Also, wir erwarten, dass zumindest die entsprechende Kommission immer frühzeitig informiert wird.

Noch zu den Anträgen: Wir lehnen sämtliche Rückweisungsanträge ab. Wir sind dafür, dass man das Viererfeld überbaut, dass man dort ein ökologisches und nachhaltiges Quartier baut. Wir haben jetzt schon ein Jahr Verzögerung durch diese Beschwerden, die es gegeben hat. Wir haben die Debatte schon einmal geführt. Wir finden, jetzt müsse man das Geschäft nicht nochmal zurückweisen.

Zu der Abstimmungsbotschaft werden wir den Antrag der RWSU natürlich annehmen und die Anträge der FDP/JF lehnen wir ab.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP lehnt die Vorlage klar ab. Ich erlaube mir ein paar Vorbemerkungen: die erste Vorbemerkung: Fluch der bösen Tat. 2004 haben die Stimmberechtigten das knapp abgelehnt. 2016 hat man dank falscher Versprechungen im Abstimmungsbüchlein die Abstimmung knapp gewonnen. So ist unter anderem gesagt worden, es gebe einen grossen Stadtpark. Man muss nicht gross diskutieren. Sie sehen es in den Medien. Der Stadtpark ist hinten im Backyard zwischen der Bremgartenwald und einer Überbauung. Dort, wo vorne die schöne Aussicht ist, sind die schönen Blöcke. Das ist eben am Anfang falsch gelaufen.

Ebenfalls ist die ganze Sache verfehlt. Man hat der Bevölkerung gesagt, dass die Stadt nicht als Investor auftritt. Ich erinnere mich noch genau, wie der verstorbene alt Stadtpräsident Alexander Tschäppät mich kritisiert hat. Auch das wird jetzt gemacht. Neu baut man auch kleinere Wohnungen zugunsten von grösseren Gemeinschaftsräumen. Auch hier hat man den bürgerlich gesinnten Stimmbürger in die Irre geführt. Und jetzt geht es weiter mit dem Zeug. Ich sage Hans im Glück. Dieser hatte auch zuerst einen Goldklumpen. Ein schöner Ort, alles war gut. Nachher hat man es neu gemacht, und er hatte schlussendlich nur noch Steine. Hier ist es aber noch viel schlimmer. Sie haben nicht nur eine hässliche Überbauung, Sie müssen noch viel zahlen und haben ein schlechtes Geschäft abgeschlossen. Für mich ist das Geschäft dermassen schlecht, dass ich jetzt nicht gross auf die Vorlage eingehe. Ich habe mich entschlossen, vor allem die Rückweisungsanträge zu begründen, die wir alle unterstützen. Mir scheint es wichtig, dass Sie sehen, was für ein verhängnisvolles Geschäft Sie eingehen, und ich finde auch wichtig – und ich hoffe, die Medien nehmen das auf –, dass, wenn man etwas schon falsch erschliesst, weiterer Blödsinn präjudiziert ist, und dass die anderen Leute, die sich interessieren, gar nicht in dieses Bewerbungsverfahren haben einbezogen werden können. Da hat man ein «Päckli» gemacht mit der Burgergemeinde, mit der Baugenossenschaft und der Mobilien, weil man eben das Gefühl hat, so bringe man

die Sache nachher ans Trockene. Andere, die sich hätten bewerben können, hat man ausgeschlossen. Es ist nicht darum gegangen, dass die Stadt einen guten Ertrag hat, sondern dass man ein schönes Päckchen macht. Genauso ist es auch beim Gaswerkareal. Wir haben enge Verbindungen zwischen gewissen Baufirmen und gewissen Investoren. Das ist eben das, das nicht gut läuft. Der Stadtpräsident ist leider nicht da, er sollte das hören.

Ich gehe weiter bei den Anträgen. Was wollen unsere Rückweisungsanträge? Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurückzuweisen unter der Auflage, die Ausschreibung für die gemeinnützigen und die privaten Baurechtsnehmer noch einmal in einem offenen und transparenten Verfahren hinsichtlich der Vergabekriterien durchzuführen. Das ist sehr wichtig. Wir wollen, dass es offen und transparent ist. Es gibt auch einen Antrag der FDP, der in die gleiche Richtung geht, und den wir selbstverständlich unterstützen, aber wir sind ganz bescheiden. Unser Antrag ist weniger scharf als jener der FDP.

Der zweite Antrag will die Vorlage an den Gemeinderat zurückzuweisen unter der Auflage, die Ausschreibung für die Vergabe an die gemeinnützigen Baurechtsnehmer nochmals in einem offenen und transparenten Verfahren durchzuführen. Dabei sei zusätzlich die Höhe der Baurechtszinsen ein Abgabekriterium.

Die bürgerlichen Parteien haben eine Motion eingereicht, die will, dass man gewisse Sachen anschaut, wie Beschäftigungsgrad, Teilzeitpensen, Kinderbetreuung und so weiter. Das sind alles Sachen, die man anschauen muss. Es kann ja nicht sein, dass Leute, die 100 Prozent arbeiten, die anderen subventionieren. Nächster Punkt: Wir wollen Kontrolle und Konsequenzen bei Nichterfüllung. Das ist in den Vergabekriterien zu berücksichtigen. Ich komme zu Antrag 3. Hier wollen wir die Vorlage an den Gemeinderat zurückzuweisen. Sie sehen, mit welchen Auflagen. Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurück zuweisen unter den Auflagen, die Risiken des Projekts Baurechtsvergabe für den Steuerzahler seien angesichts der hohen Investitionen für die Erschliessung und der demographischen und möglichen wirtschaftlichen Entwicklung nochmals abzuklären; die finanziellen Folgen des Verzichts auf eine marktgerechte Verzinsung für den Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus sei auszuweisen; die finanziellen Folgen des Verzichts für die Stadt bei Wegfall der Mietzinsentschädigungen und dergleichen wieder in ihren Wohnungen eine effektiv marktübliche Miete zu verlangen, sei aufzuzeigen. Sie sehen auch auf die Begründung. Ich verweise hier auf die Motion, die wir eingereicht haben. Es kann doch nicht sein, dass wir mit dieser Vorlage das schönste Gebiet der Stadt Bern zerstören und nachher sind einige wenige Privilegierte die Glücklichen, die Auserwählten. Es kann nicht sein, dass wir dort eine Oase machen auf Kosten der Steuerzahler und auf Kosten derer, die eben die Möglichkeiten nicht haben, dorthin zu kommen.

Antrag 4 und 5: Wenn wir diesen Blödsinn machen, dieses blöde Projekt, dann soll wenigstens der Steuerzahler auch etwas davon haben. Wir wollen die Erträge um ein Viertel oder respektive – das ist der Eventualantrag – oder ein Drittel steigern. Wenn wir den Blödsinn schon machen, das Tafelsilber verscherbeln, dann soll man wenigstens noch etwas bekommen, dann erhält man vielleicht wenigstens noch ein Trinkgeld und nicht gerade gar nichts, aber das andere ist ein Mischmaschzeug, das ganz klar so nicht geht.

Antrag 6 will, dass die ungerechte Praxis geändert wird. Sie sehen in den Ausführungen, die ich dort gemacht habe, dass man eben den marktüblichen Mietzins verlangen soll, und dass man eben die Kriterien anschaut. Antrag 7 geht in die gleiche Richtung geht, in dem er fordert, dass man sicherstellt, dass man dann diese Auflagen macht.

Ich komme zu den Anträgen der FDP, die wir unterstützen. Sie gehen in die gleiche Richtung Ich danke dem Ratssekretariat, dass man hier nicht eine Gegenüberstellung

macht. Sie gehen teilweise wirklich in die gleiche Richtung. Für uns ist eben wichtig. Ich komme jetzt zu den Anträgen von Simone Machado von der GaP. Diese unterstützen wir selbstverständlich. Sie sind sehr juristisch, und ich bin froh, dass sie sie gemacht hat. Ihr glauben Sie wahrscheinlich mehr als mir. Aber das ist genau das, was entscheidend ist, dass man die kapitalisierten Werte der Baurechtszinse und die Klimafolgen der Erstellung ausweist. Das muss man doch wissen. Auch Antrag 12, das Geschäft sei zurückzuweisen unter der Auflage der Ausweisung der Bedingungen des Vertrages gemäss Gemeindeordnung und der kantonalen Gemeindeverordnung hinsichtlich Baurechtszinsen, kapitalisiertem Wert der Baurechtszinse und Mietzinse. Wir sind der Meinung, und das ist entscheidend, dass das finanzkompetente Organ nicht ausreichend über die Bedingungen des Vertrags informiert wird und deshalb keinen Finanzbeschluss fassen kann. Das muss doch drin sein. Es ist nicht nachvollziehbar, aber es geht hier ja nicht darum, dass der Stimmbürger weiss, um was es geht. Man hat den Stimmbürger letztes Mal angelogen. Ich brauche das Wort «Lügen», weil dieser Park eben kein Park ist. Denn in 30 Jahren wird der Kanton dort bauen. Dazumal wird man sagen, dieses Schattenloch zwischen dem Wald und hinter den Hochhäusern könne man auch noch überbauen. Das ist Salamitaktik. Genau das gleiche Spielchen treiben Sie hier. Auch Antrag 13 ist für mich völlig klar. Auch der Antrag 14, den kapitalisierten Wert der Baurechtszinsen auszuweisen, ist eine Selbstverständlichkeit. Simone Machado wird nähere Angaben machen. Antrag 15 lehnen wir klar ab. Da kommt wieder die Mietzinskontrolle für die städtischen Bereiche, z.B. einen maximalen Mietzins. Für einige wenige und nicht für alle. Darum lehnen wir die Sache ganz vehement ab. Ich hoffe, die Medien nehmen das entsprechend auf, damit die Leute wissen, dass, wenn sie diese Erschliessung zustimmen, sie als Steuerzahler nachher noch für die unmögliche Bausache über den Tisch gezogen werden.

Florence Schmid (JF) für die Fraktion: Unsere Stadt Bern – das wissen in diesem Saal hoffentlich alle – hat man im Raum der heutigen Nydegg zu bauen begonnen. Ein wichtiger Teil des Ursprungs der heutigen Stadt Bern ist zum Beispiel die Untertorbrücke, die man 1256 fertiggestellt hat. Die heutige Altstadt Bern ist dann nach und nach quasi Jahrzehnt um Jahrzehnt gegen Westen gewachsen beziehungsweise erweitert worden. So ist der Christoffelturm – die Ruine davon findet man heute noch beim Bahnhof – erst 1346 und also rund 100 Jahre nach der Untertorbrücke fertiggestellt worden. Die Altstadt von Bern misst rund 0,8 km². Das Grundstück Viererfeld-Mittelfeld misst rund 0,2 km². Mit anderen Worten ist das Viererfeld/Mittelfeld rund ein Viertel so gross wie die ganze Altstadt der Stadt Bern. Wir reden hier also über wirklich riesige Dimensionen und wir reden eben nicht nur darüber, sondern wir haben mit unserer Entscheidungsgewalt die Verantwortung darüber, wie die riesige Fläche die Stadt Bern in den nächsten Jahrzehnten und Jahrhunderten mitprägen wird. Die Entscheidungsgewalt darf nicht von momentan modernen Ideologien und vor allem nicht von Individualinteressen von Leuten in diesem Saal getrieben sein, sondern sie muss der Stadt Bern und ihrer ganzen Bevölkerung zugutekommen. Der ganzen Stadt zugutekommt das Viererfeld Mittelfeld dann, wenn es für alle ein wunderschöner Ort zum Leben ist. Und für alle bedeutet: für Familien, für Alleinstehende, für Junge, für Alte, für Ärmere, aber auch für Vermögendere, weil alle voneinander abhängig sind. Familien machen unsere Stadt farbig und lebendig und sie tragen sie auch in die Zukunft. Familien sollen eben vor allem auf dem Vierfeld/Mittelfeld Platz haben. Familien zahlen aber oft vergleichsweise wenig Steuern und die Ausbildung der Kinder ist teuer. Für diese Ausbildung wiederum kommen beispielsweise Dinks also «double Income with no Kids» und Vermögende, die mit ihren Steuerzahlungen auf. Gerade für Vermögende und Dinks gibt es in dieser

Stadt aber immer weniger Platz. Wer nämlich ein bisschen übriges Geld hat, möchte das gerne investieren und investieren in etwas, das ihm und seiner Familie bleibt. Und das ist in den allermeisten Fällen ein eigenes Häuschen und das eigene Häuschen kommt dann nicht nur dem Investierenden zugute, sondern wiederum allen, weil das Häuschen mehrfach besteuert wird: einmal, indem man die investierende Person an Bern bindet. Dank dieser Bindung zahlt sie langfristig hier Steuern. Dann wird der eigene Mietwert des Häuschens versteuert und schliesslich auch der Vermögenswert. Auf dem ganzen Viererfeld, also auf dieser 1/4-Altstadt ist keine einzige Fläche für das individuelle Eigentum vorgesehen. Stattdessen soll alles im Baurecht vergeben werden und die einzelnen Baurechte wiederum sind in riesige Portionen untergeteilt und die Baurechtsvergabe erfolgt nicht einmal nur in riesigen Portionen. Vielmehr hat der Gemeinderat für diese Portionen wiederum in Eigenregie mögliche Baurechtsnehmer ausgewählt. Für diese Auswahl hat ein selektiver Wettbewerb stattgefunden. Als ich das las, sagte ich: Excusez, aber ein selektiver Wettbewerb für über 1000 Wohnungen? Also entweder findet der Wettbewerb statt oder es findet keiner statt. Der selektive Wettbewerb ist vor allem Berner Baurechtsnehmern zugutegekommen und der rot-grüne Gemeinderat hat das mit «Wir unterstützen die lokale Wirtschaft» begründet. Stellen Sie sich vor, man hätte den gleichen Satz umgewandelt in: Der FDP-Gemeinderat bevorteilt Berner Unternehmen und lässt andere aussen vor. Die FDP hätte zu Recht einen Riesenskandal am Hals und im Rahmen des Skandals würde der Begriff «Söihäfelì – Söideckeli» fallen.

Kurz, wir beantragen für die Baurechtsvergabe alles zurück auf Anfang. Für das ganze Projekt soll die Baurechtsvergabe einem neuen und diesmal richtigen Wettbewerb unterzogen werden. Und dieser Wettbewerb soll genauso für Genossenschaften gelten wie auch für die anderweitigen Wirtschaftsteilnehmer. Es sollen die besten und vielfältigsten Ideen für die Bebauung des Viererfelds gewinnen, egal ob Baurechtsnehmer aus Bern oder von sonstwo. Es soll eine echte Durchmischung der Baurechtsnehmenden gegeben sein: von solchen, die Wohnungen zur Miete bauen und solchen, die das Häuschen für sich und ihre Familien bauen wollen. Und die Vergabe und die Überbauung des riesigen Stücks Land soll Schritt für Schritt erfolgen. Man muss doch nicht auf Biegen und Brechen 0,2 km² auf einmal überbauen wollen. Lassen Sie dem Viererfeld/Mittelfeld seine Zeit, um zu wachsen, wie die Stadt Stück für Stück wächst – wie eben beispielsweise unsere Altstadt gewachsen ist.

Indem endlich ein echter Wettbewerb für die Überbauung des Viererfelds/Mittelfelds stattfindet, ermöglichen wir, dass eben alle und nicht nur 3 000 Mieter der gleichen Couleur auf dem Viererfeld/Mittelfeld ein Daheim finden. Sonst droht der Stadt Bern spätestens dann, dass das Gleichgewicht zwischen vermögenden Steuerzahlenden und Geringverdienern nicht mehr gegeben ist. Und weil niemand ausser dem Gemeinderat weiss, wie die riesige geplante Überbauung auf dem Viererfeld/Mittelfeld überhaupt aussehen soll, würden wir mit einem «Alles auf Anfang» auch verhindern, dass das Filetstückland Viererfeld/Mittelfeld ein Fleischkäse wie beim Burgernziel wird. Der Fleischkäse beim Burgernziel ist nämlich vor allem darum ein Fleischkäse, weil man den Privaten bei Bau nicht die nötige Entscheidungsfreiheit gelassen hat. Stattdessen haben die Politik und der Stadtrat absurde Forderungen gestellt.

Sofern Sie nicht damit einverstanden sind, dass ein Wettbewerb zur Baurechtsvergabe auf dem Vierer-/Mittelfeld überhaupt mal stattfinden sollte, lassen Sie doch wenigstens der Bevölkerung die Wahl, ob sie mit der Auswahl des Gemeinderats, wer auf dem Viererfeld/Mittelfeld bauen darf, einverstanden ist. Mit anderen Worten, die Bevölkerung soll zu jeder Baurechtsvergabe Ja oder Nein sagen können. Und ich nehme vorweg, dass der Gemeinderat auf das Votum antworten wird, dass das der Bevölkerung

nicht zuzumuten sei. Wieso nicht? Vielleicht ist der Landpreis der einzelnen Baufläche nicht über 100 Millionen Franken wert, aber spätestens der Bau darauf sicher. Abgesehen davon, dass der Gemeinderat selbst den Umfang der einzelnen Bauflächen festgelegt hat, also quasi selber bestimmt hat, wo die Stadtbevölkerung und der Stadtrat überhaupt mitreden können. Wir beschliessen in rund einem Monat über die Erschliessung des Viererfelds/Mittelfelds. Gemäss Logik des Gemeinderats müsste man diese Erschliessung auch stückeln. Mit anderen Worten: entweder ganz oder gar nicht. Das gilt sowohl für die Erschliessung als auch für die Baurechtsvergabe. In dem Sinne auch noch zum Antrag 15 GB/JA!, GFL/EVP, AL/PdA: Was für ein spannender Antrag – aber im negativen Sinn. Als ob die Baurechtsvergabe durch den Gemeinderat nicht schon genug eingeschränkt worden wäre. Man gibt – gefühlt – die Marke der Heizung vor, die in die Häuser eingebaut werden darf. Und jetzt fordern die Parteien auch noch einen maximalen Mietzins pro m² Wohnfläche. Wieso geben Sie nicht von Anfang an zu, dass die Stadtbevölkerung in rund vier Wochen über 124 Millionen Franken zur Erschliessung des Viererfelds zustimmen soll, ohne dass die Stadt Bern je eine Chance haben soll, diese 124 Millionen Franken durch Baurechtszinsen oder – das wäre halt viel besser – den Steuereinnahmen wieder hereinzuholen. Herr Aebersold, haben Sie gerechnet, was es für die angeblichen Einnahmen der Stadt Bern aus dem Viererfeld in der Höhe von 8 Millionen pro Jahr – das war jedenfalls in der Zeitung zu lesen – heissen würde, wenn verbindliche Mietzinsen und dafür tiefere Baurechtszinsen vorgegeben wären?

Die Fraktion FDP/JF hat in einen sehr sauren Apfel gebissen, indem sie der Erschliessung des Viererfelds/Mittelfelds zugestimmt hat, obschon der Zonenplan sehr einschränkende Bauvoraussetzungen vorsieht. Die Zustimmung zur Erschliessung ist im festen Vertrauen darauf gefallen, dass mit dem Viererfeld/Mittelfeld sorgfältig und eben im Sinn der ganzen Stadtberner Bevölkerung umgegangen werden wird. Jede weitere Einschränkung der Bauvorgaben macht für die Fraktion FDP/JF den Apfel aber saurer. Und ja, wir machen das Kreuz bei der Abstimmung davon abhängig, was bei dieser Debatte herauskommt. Liebe Stadträtinnen und Stadträte, entscheiden Sie für die Stadtberner Bevölkerung und geben Sie dem Projekt Viererfeld/Mittelfeld noch einmal eine neue Chance, so dass es dank einem transparenten Wettbewerb allen und nicht nur wenigen zugutekommt.

Bernadette Häfliger (SP) für die Fraktion: Nachdem die Berner Stimmbevölkerung 2016, also bereits vor 7 Jahren, einer Zonenplanänderung und einem ersten Investitionskredit für das Vierer- und Mittelfeld zugestimmt hat, soll es jetzt bei der Realisierung endlich vorwärtsgehen. Bei einem Leerwohnungsbestand von 0,57 Prozent braucht es dringend weiteren bezahlbaren Wohnraum in der Stadt Bern.

Auf dem Berner Wohnungsmarkt herrscht insbesondere im Bereich von bezahlbaren Wohnungen für Familien ein drastischer Wohnungsmangel. Eine bezahlbare Familienwohnung in der Stadt zu finden, ist fast wie ein Lottogewinn. Man muss unheimlich viel Glück haben. Dass es eine Gegnerschaft gibt, die mit allen Mitteln versucht, die dringend notwendige Stadtentwicklung zu verhindern, ist für die SP/JUSO unverständlich. Diese Opposition zielt gänzlich an den Bedürfnissen der Menschen in dieser Stadt vorbei. Ich kenne Familien in der Länggasse, die schon seit mehr als fünf Jahren eine ihrer Familiengrösse entsprechende Wohnung suchen. Die Pandemie hat gezeigt, dass die Problematik für viele auf lange Sicht unerträglich wird. Es kann doch nicht sein, dass eine Familie mit Kindern in der Stadt keine Wohnungen mehr findet, in einer Stadt, die familienfreundlich sein will? Genügend Familienwohnungen heisst in der heutigen Zeit

ja nicht zuletzt auch Steuersubstrat von Doppelverdienenden. Ich denke nicht, dass wir darauf verzichten sollten.

Es zeigt sich, dass die Stadt Bern im Vergleich zu anderen Städten deutlich langsamer wächst. Das hat sicher auch mit dem Mangel an Wohnungen zu tun. Die Stadt Bern gilt jetzt nicht gerade als innovatives Zentrum, was meines Erachtens in erster Linie damit zu tun hat, dass jede noch so kleine Veränderung und jede noch so kleine Innovation mit sehr vielen Mitteln und Elan bekämpft wird. Das Bevölkerungswachstum in der Schweiz ist Fakt, ebenso der Wunsch der Menschen in einer Stadt leben zu können. Wenn wir diesen Trend nicht berücksichtigen, wird Bern über längere Sicht abgehängt werden. Mit dem Vierer- und Mittelfeld soll ein ökologisches und städtebaulich vorbildliches Quartier entstehen. Das mit ökologischen Argumenten zu bekämpfen, ist nicht nachvollziehbar. Es macht vielmehr Sinn, ein städtisches Quartier zu verwirklichen, also weiterer Zersiedelung Vorschub zu leisten. Das Viererfeld ist auch bisher keine grüne Wiese gewesen, wie das immer wieder behauptet wird, sondern eine landwirtschaftliche Nutzfläche, die nicht gerade durch Biodiversität aufgefallen ist. Mit dem neuen Stadtquartier werden mehr als 50 Prozent dieser Grünfläche als öffentlich zugängliche Flächen und Parks bestehen bleiben. Dabei soll in Sachen Biodiversität höchsten klimapolitischen Grundsätzen entsprochen werden.

Es macht eben gerade auch aus ökologischen Überlegungen Sinn, ein autoarmes Quartier mit beschränkten Parkplatzangeboten einer Wohngelegenheit in der Agglomeration beziehungsweise auf dem Land vorzuziehen. Und ja, es macht angesichts der raschen negativen Entwicklungen beim Klimawandel ebenfalls Sinn, dass der Gemeinderat bei der Planung die ökologischen Eckwerte nach sieben Jahren noch verstärkt.

Man erreicht vom Vierer- und Mittelfeld die Kernstadt und damit Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten, aber auch den Bahnhof und die Arbeitsplatzplätze problemlos zu Fuss, mit dem Velo oder mit dem ÖV. Auf dem Viererfeld braucht, anders als auf dem Land, niemand ein Auto, um mobil zu sein.

Die Bauparzellen des neuen Stadtquartiers sollen nicht verkauft, sondern im Baurecht abgegeben werden. Damit behält die Stadt die Möglichkeit, das Areal aktiv mitzugestalten. Sie kann mit diesem Vorgehen auch langfristig von Einnahmen aus den Baurechtszinsen profitieren. Die SP/JUSO-Fraktion ist absolut dagegen, dass städtisches Land verkauft wird. Mit der Zonenplanänderung 2016 ist festgelegt worden, dass die Hälfte der Fläche auf dem Viererfeld für gemeinnützigen Wohnbau reserviert sein muss. Und das ist gut so. Die Auflage wird mit dem vorliegenden Geschäft erfüllt. Wir begrüßen sehr, dass der Gemeinderat die bei der erstmaligen Behandlung des Geschäftes überwiesenen Planungserklärungen umsetzen will. Damit kann gewährleistet werden, dass Neubaumieten tief bleiben und das neben vorgesehenen Wohnungen gemäss Vermietungskriterien günstiger Wohnraum (GüWR) auch mindestens 100 Wohnungen für armutsgefährdete Familien zur Verfügung gestellt werden. Und mit 100 Wohnungen für armutsgefährdete Familien auf 1 040 Wohnungen ist, glaube ich, die sozio-ökonomische Durchmischung nicht gefährdet. Die SP/JUSO begrüsst ebenso, dass in der ersten Etappe auch bei den institutionellen Investoren Baurechtsträger gewählt worden sind, die lokal verankert sind und bei der bisherigen Arealentwicklung schon wichtige Vorarbeiten geleistet haben. Damit kann sichergestellt werden, dass die weitere Arealentwicklung auf einem gemeinsamen Verständnis baut. Durch das vom Gemeinderat jetzt gewählte Vorgehen werden der Stadtrat und allenfalls das Volk bei weiteren Vergaben laufend Einfluss nehmen können. Das muss nicht bei jeder einzelnen Vergabe sein. Wir erachten es aber als positiv, weil wir so zu einem späteren Zeitpunkt auch auf zukünftige Entwicklungen im Quartier noch reagieren können, die jetzt vielleicht noch nicht absehbar sind. Die SP/JUSO nimmt den Antrag RWSU und Antrag 16 an. Antrag 16

kann gemäss den Angaben im Vortrag des Gemeinderats ohne weiteres umgesetzt werden, weil, wie im Vortrag beschrieben, auch den privatrechtlichen Baurechtsträger entsprechende Auflagen gemacht werden können. Die anderen Anträge haben wir nicht besprechen können, lehnen sie aber aus im Fraktionsvotum genannten Gründen ab. Auch Antrag 15 GB/JA!, GFL/EVP, AL/PdA lehnen wir ab, obwohl wir das Anliegen, das mit dem Antrag verbunden ist, sehr unterstützen. Mit dieser im Rahmen der ersten Debatte überwiesenen Planungserklärung werden bereits preisgünstige Neubaumieten eingefordert, indem verlangt wird, dass bereits bei den Kosten darauf geachtet wird, diese möglichst tief zu halten. Das scheint uns der richtige Weg zum Ziel zu sein, damit man eben auf dem Viererfeld tiefe Mieten realisieren kann. Die SP/JUSO wird selbstredend dem ganzen Geschäft zustimmen.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion: Die grünliberale Fraktion unterstützt die Abgabe von Landflächen im Baurecht. Wir haben die Überbauung des Viererfelds schon mehrfach begrüsst, auch in der Vergangenheit – mit der Ausnahme des Jahrs 2004, und zwar nicht darum, weil wir bei dieser ersten Abstimmung dagegen gewesen wären, sondern weil es die Grünliberalen damals noch nicht gegeben hat.

Es ist ein Verdichtungsprojekt aus dem Lehrbuch. Die Stadt soll innerhalb ihrer Grenzen wachsen können und damit von Flächen in der Peripherie Druck wegnehmen. Es wurde in der Vergangenheit auch schon als Leuchtturmprojekt bezeichnet. So weit würden wir dann doch nicht gehen. Dafür hat es doch zu wenig Turm auf dieser Fläche; nicht, dass man nur mit Hochhäusern zur Verdichtung käme. Aber es ist schon auffällig, ich sage es hier noch einmal, dass die Ausnutzungsziffer andernorts in der Stadt höher ist als jene, die man jetzt hier plant.

Aber item. Wir haben in der Grundsatzdebatte schon länger unsere Zustimmung zu dieser Überbauung bekundet und damit rede ich hier nicht mehr länger über die Abgabe der Landfläche im Baurecht, sondern komme noch auf die Anträge zu sprechen. Die Anträge 1 bis 14 sind Rückweisungen oder Eventualrückweisungen. Aus unserer grundsätzlichen Zustimmung zum Geschäft folgt natürlich, dass wir die alle ablehnen werden. Sie finden 1 001 Gründe, um die Überbauung noch zu verzögern oder zu verhindern. Natürlich haben auch wir unsere Kritikpunkte an dem Geschäft. Verdichtung habe ich schon genannt, das Tempo könnte man auch noch bringen, die Brücke, die fehlt auf, der an einer Seite, aber insgesamt ist das ein Kompromiss und da stehen wir dazu und deswegen lehnen wir die Rückweisungen ab. Antrag 15, der ja relativ kurzfristig reingekommen ist, konnten wir in der Fraktion nicht mehr behandeln und deswegen ist mein Statement nur eine Mehrheitsmeinung aber nicht ganz eine Konsensmeinung. Worum geht es? Es wird ein Maximalmietzins verlangt pro m² Wohnfläche und im Gegenzug soll der Baurechtszins tiefer angesetzt werden. Wir haben damit folgendes Problem, und zwar ist es ja so, dass die Baurechtszinsen Einnahmen für die Stadt Bern sind. Wenn man jetzt auf diese allgemeinen Steuereinnahmen verzichtet zugunsten einzelner, die dort ein bisschen günstiger wohnen können, ist das nicht sehr zielgerichtet. Ausserdem gibt es schon eine Forderung, die in der vorderen Debatte als Planungserklärung überwiesen wurde. Dann braucht es das nicht auch noch für die weiteren Etappen. Deswegen werden wir den Antrag 15 mehrheitlich ablehnen. Antrag 16 hat das gleiche Problem. Auch dieser ist sehr kurzfristig hereingekommen und verlangt für das marktorientierte Segment der Überbauung einen Mindestanteil von Wohnungen mit vier Zimmern oder mehr. Und dort muss man halt sagen, dass genau mit dem marktorientierten Segment ja auch die Rendite erzielt werden soll, damit es für den Fonds rentiert und daher sollte man dort nicht noch mehr Vorgaben machen. Das zweite Problem,

das wir damit haben, ist, dass es beim marktorientierten Segment auch keine Überprüfung der Belegung gibt. Und damit ist auch nicht klar, wer dort wohnt und dann könnte das den Verdichtungsbemühungen diametral entgegengehen, die wir ja mit diesem Geschäft auch verfolgen wollen. Darum werden wir auch Antrag 16 mehrheitlich ablehnen. Antrag 17 korrigiert einen Fehler in der Botschaft. Da sehen wir nicht, warum wir den ablehnen sollten, den werden wir annehmen. Antrag 18 und der letzte Antrag 19 hingegen wollen in der Abstimmungsbotschaft etwas ändern. Dort muss ich auf die Debatte verweisen, die wir heute in der PVS hatten und auf eine zum Personalreglement: Der Stadtrat ist das falsche Gremium, um bei Abstimmungsbotschaften redaktionell einzugreifen. Er ist nicht neutral. Alle sind befangen, stehen auf einer Seite. Darum werden wir auch die beiden Anträge ablehnen. Das Geschäft nehmen wir an.

Präsident Hoekstra: Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Dann kämen wir noch zu der Einzelvotanten.

Michael Sutter (SP), Einzelvotum: Der Begriff «selektiver Wettbewerb» bezieht sich nicht auf die Abgabe im Baurecht, sondern auf den städtebaulichen Wettbewerb. Bei einem genauen Blick in den Vortrag hätte das eigentlich jede und jeder selbst merken können. Das Problem des Fleischkäses im Burgernziel ist schlicht und einfach die Kostenoptimierung respektive Gewinnmaximierung durch einen privaten Investor. Umso wichtiger sind eben die Vorgaben, die wir von Seiten der Stadt machen. Ein positives Beispiel für die Stadtentwicklung wäre sonst das Warmbächlein. Dort kamen ausschliesslich gemeinnützige Baurechtsnehmer zum Zug. Wo die Marke der Heizung vorgeschrieben wird, kannst du mir vielleicht noch zeigen, Florence. Was im Vortrag steht, ist, dass durch Fernwärme CO₂ -neutral geheizt wird. Das ist nichts als selbstverständlich im Jahr 2023. Und wer hier für die ganze Stadtbevölkerung redet und wer vielleicht doch eher die ureigenen Interessen des Geldadels vertritt, werden wir bei der Volksabstimmung sehen.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Ich glaube, man sollte nicht alles stehen lassen, das hier ins Mikrofon gesprochen wird, und insbesondere die Behauptung, dass wir hier für den Klimawandel arbeiten, ist so was von weither geholt, dass ich nur sagen kann: Auf welchem Planeten leben denn Sie eigentlich? Es sind 50 Prozent gemeinnütziger Wohnungsbau vorgesehen und der gemeinnützige Wohnungsbau ist ein extrem weiter Range. Der ehemalige Präsident von Brünnen-Eichholz, einer der grössten Baugenossenschaften, ist bei Ihrer Partei eingeschrieben und nicht bei uns. Also schon dort gibt es einen Range, und es behauptet auch niemand, dass alle, die dort eine Wohnung bekommen, Grün oder Links wählen. Das müssten wir dann auch noch beweisen. Und drittens sind 50 Prozent freitragender Wohnungsbau, wo private Investoren für ihre Leute bauen können. Ich weiss nicht, welcher Teil der Bevölkerung davon ausgeschlossen ist, auf dem Viererfeld eine Chance eine Wohnung zu bekommen. Also ich weiss echt nicht, wie Sie auf die recht polemischen Äusserungen kommen. Sie haben auch das Gefühl, die Stadt würde sich mit diesen Vorgaben, die sie betreffend die Mietzinsbaurechtszinsen gemacht hat, irgendwie ins eigene Fleisch schneiden. Ich rechne jetzt einmal: 200 Millionen plus/minus wird die Investition im Viererfeld die Stadt etwa kosten.

Im Vortrag steht, vier Millionen Franken Baurecht, acht Millionen Franken Steuereinnahmen. Von dem geht man aus. Über 20 Jahre ist dann das Geld vielleicht plus/minus wieder drin. Also so schlecht ist das Geschäft auch nicht. Und nachher liebe FDP, was ich überhaupt nicht begreife: in Ihren Reihen sind Bauunternehmer. Denen ist es doch

völlig egal, ob sie für Genossenschaften oder für Private bauen können. Ein Investitionsvolumen von einer halben Milliarde liegt auf dem Tisch, wo man es abholen kann. Sie haben irgendwelche Vorstellungen, dass das bis jetzt nicht optimal ist und wollen deswegen das ganze Geschäft zu Fall bringen. Ich begreife Sie einfach wirklich nicht.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Ein Leuchtturmprojekt, eine Fehlplanung in der Stadt Bern, Überbauung des Viererfelds. Wie es bereits von Ihrer Seite gesagt wurde, ist die Fehlplanung des Viererfeldes mit 3 000 Wohnungen eigentlich katastrophal. Hier könnte man 9 000 Wohnungen bauen. Nehmen Sie sich ein Beispiel am Bäre-Turm in Ostermundigen. Die haben es vorgemacht, die wissen, wie man in die Höhe baut. Hier will man einfach Land verschwenden. In der Schweiz geht pro Sekunde ein Quadratmeter Land verloren. Die Bevölkerung nimmt zu und die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln nimmt ab. Das heisst, wir sind auf das Ausland angewiesen. Wir sind angewiesen darauf, dass wir mit dem Flieger, mit den Schiffen Nahrungsprodukte in die Schweiz importieren.

Es ist erstaunlich, dass in dieser rot-grünen Stadt 16 Hektaren so billig verbaut werden. Dazu kommt noch, dass wir mit 1,4 Milliarden Franken Schulden punkto Finanzen sehr schlecht daran sind und man beim Viererfeld nicht einmal eine Renditeberechnung gemacht hat. Ich habe noch nie gesehen, ob es rentiert oder nicht. Das kann nicht sein mit der Inflation, mit steigenden Zinsen, mit guten Steuerzahlern, die die Stadt verlassen. Vor allem werden wir eine Steuererhöhung bekommen. Das ist ein Projekt, das die Stadt Bern noch nie gehabt hat. Wir reden hier von rund 200 Millionen Franken, das wird nie reichen bei dieser Teuerung. Da kommen noch 50 Millionen Franken dazu. Und dann haben Sie wirklich Land verbaut, wo man in die Höhe hätte bauen können, wo man die Ausnutzungsziffer nicht berücksichtigt hat. Man könnte dort einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb machen. Oder man könnte auch einen Park machen für die Artenvielfalt, einen Lebensraum für Insekten, Vögel, Füchse, Hasen, Rehe und so weiter. Das Land, das Sie da verbauen, können Sie nie mehr zurückholen. Es gibt in Amerika Städte, die bereits Überbauung abreißen und wieder grüne Flächen in die Stadt hineinbringen. Und Sie wollen das unbedingt überbauen. Ich muss Ihnen eines sagen: Ich habe sehr viele, sehr gute Feedbacks von der Bevölkerung bekommen und es könnte sein, dass die Bevölkerung den Erschliessungskredit ablehnt. Man hat das im Jahr 1971 gesehen, als man Wittigkofen überbaut hat. Da hat man auch grossartig bauen wollen und schlussendlich hat der Stadtrat überall abgenickt und am Schluss hat die Bevölkerung gesagt: So nicht. Ich würde einfach vorschlagen, dass wir jetzt wirklich auf die Bremse stehen und das Projekt überdenken, und ich hoffe schwer, dass die Stadtbevölkerung, die vor allem rot und grün ist und links, dass vor allem das normale Fussvolk dagegen stimmt. Und wie gesagt, ich habe wirklich schon positive Echos bekommen. Es könnte vielleicht noch eine Überraschung geben.

Simone Machado (GaP), Einzelvotum: Die SP kann nicht verstehen, wieso das Projekt bekämpft wird. Es gibt halt auch Menschen, die nicht die ganze Stadt zupflastern, zu-betonieren wollen, sondern grosse Freiflächen zum Atmen wollen. Die wollen Grün- und Erholungsräume in der Stadt selbst. Und nein, wir bekämpfen die Überbauung nicht mit jedem Mittel. Wir bekämpfen sie mit legitimen Mitteln – aktuell mit einem Abstimmungskampf und vorher juristisch, weil die vorherige Vorlage fehlerhaft war. Zum Vortrag, den wir zur Kenntnis bekamen: Es fehlt eine wichtige Grundlage, um einen finanzkompetenten Beschluss zu fällen und um einen Finanzbeschluss zu fällen und das finanzkompetente Organ überhaupt zu bestimmen. Es fehlen nämlich Angaben zum kapitalisierten

Wert dieser Baurechtszinsen. Es fehlen Angaben zu den Mietzinsen und zu den erhobenen jährlichen Baurechtszinsen. Jetzt lassen Sie endlich mal die Katze aus dem Sack. Wie viel ist denn eigentlich preisgünstiges Wohnen? Wenn man von 20 Prozent Infrastrukturkosten ausgeht, was üblich ist, dann wird eine solche Dreieinhalb-Zimmerwohnung auf dem Viererfeld 800 000 Franken Erstellungskosten generieren. Wird diese schon nur mit einer Kostenmiete vermietet, wird sie 2 500 Franken im Monat kosten. Das ist jetzt alles überschlagen, aber ich muss das machen, weil in diesen Unterlagen, die uns hier vorgelegt werden und auch der Stimmbevölkerung vorgelegt werden, diese Angaben fehlen. Diese Angaben bräuchte es; einerseits wegen der Gemeindeordnung, die uns das vorschreiben würde und andererseits auch wegen des kantonalen Rechts, das sagt, bei einem Finanzbeschluss müssen der Preis, die Bedingungen, die Vertragspartner klar sein. Diese Sachen müssen ausgewiesen sein, sonst ist es kein Finanzbeschluss. Ich habe meine Rede ein bisschen abgeändert, wie man vielleicht merkt, jetzt schaue ich noch, was fehlt. Ich habe noch angeführt, dass es in der Botschaft Angaben hat, die unerhört sind. Dort steht auf Seite 6, dass die Stimmbevölkerung am 12. März den Infrastrukturkredit angenommen habe. Aber wir sagen das heute zu einem Zeitpunkt, an dem wir das noch nicht wissen können. Also stimmt das nicht. Das können wir heute so nicht gutheissen. Dann steht auf Seite 8, dass das Stadtquartier zur Senkung des CO₂-Verbrauchs führt. Ich habe schon in einem vorherigen Votum einmal ausgeführt, dass schon nur die Herstellung des Betons zwischen 60 und 90 Millionen Tonnen CO₂ generiert. Man muss auch gegenüberstellen den Status Quo und die Erstellung, also das Ob und nicht nur das Wie, wenn man es dann einmal schon gebaut hat. Zu dieser Delegation, die wir beschliessen sollen, damit der Gemeinderat die nächsten Bauetappen aushandeln kann: Das können wir nicht beschliessen, solange wir nicht wissen, wer zuständig ist. Solange wir den kapitalisierten Baurechtszins nicht haben, wissen wir nicht, wer zuständig ist, und können es auch nicht delegieren. Also zurückweisen. Ciao, Charly.

Gelächter im Saal.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich danke der Vorrednerin für die treffenden Worte. Ich will ein paar Worte verlieren über die Geschäftspolitik der Stadt Bern, die ja wunderbare Verträge abschliesst und grossartig verhandelt. Gehen wir ein paar Jahre zurück. 2016 bis 2020 hat man das Alters- und Pflegeheim Kühlewil für 30,7 Millionen saniert und es dann für 12 Millionen Franken verkauft. Ein wunderbares Geschäft für den Steuerzahler. Hier machen wir wieder genau den gleichen Blödsinn. Wir haben nicht einmal genaue Angaben betreffend des Werts der Baurechte. Darum unterstützen wir auch die Rückweisungsanträge von Simone Machado. Das ist eben völlig falsch. Es zeigt einmal mehr, wie die Stadt wirtschaftlich mit dem Fonds umgeht, was sie für Blödsinn macht. Anderes Beispiel: Beim Kinderspielplatz ist es wieder das gleiche Theater. Für 3,6 Millionen Franken entsteht hier der teuerste Kinderspielplatz der Welt. Und dann sagt alt Grossrat Hofmann noch, man habe im Breitenrain noch teurer gebaut. Umso schlimmer! Man hat gar nichts im Griff. Und jetzt wollen Sie ein Millionenprojekt – 300 Millionen Franken – machen, bei dem Sie unser Steuergeld auf's Spiel setzen. Noch dazu verscherbeln Sie das Tafelsilber und zerstören die schöne Sache. Ich habe nicht gesagt, man dürfe es nie überbauen, aber doch nicht so dumm. Schauen Sie sich die Botschaft an. Der Riegel vorne bei der Aussicht ist hoch und hinten ist es nachher anders.

Nachher ist gesagt worden, es werde niemand ausgegrenzt. Ja, die Leute, die auf ein Auto angewiesen sind, können ja dort nicht mit dem Auto hinfahren. Diese Leute will

man eben nicht. Und es gibt Leute, die auf ein Auto angewiesen sind: der Bauführer, die Pflegende, die Schichtarbeitende. Aber wahrscheinlich denkt man da nicht an diese Leute, sondern an gut situierte Beamte und eben an eine gewisse Klientel, die Teilzeit arbeiten kann, die sich das leisten kann. Und die Dummen, die Steuern zahlen, sollen es finanzieren. Darum appelliere ich auch an die Parteien, die eine Ja-Parole für die Erschliessung beschlossen haben, schauen Sie, was jetzt kommt. Ich befürchte sehr, dass die Anträge von ganz links mit dem Mietzinsdeckel auch noch durchkommen. Das müssen Sie dann vor Ihren Wählern vertreten, wenn Sie für eine solche Vorlage eintreten, die für alle schlecht ist: für die Natur, für den Steuerzahler. Sie haben gesehen, wie die Stadt in diesen Sachen wirtschaftet. Ich habe es Ihnen an einem Beispiel aufgezeigt. Ich bin der Meinung, das wäre ein Grund für ein Rückkommen. Ich spreche immer vom Lügen-Büchlein. Dort steht schon drin, wie die Abstimmung ausgeht. Wenn man so politisiert und so agiert, dann spielt man eben unredlich, dann ist es eben ein Lügen-Büchlein, wie auch das letzte ein Lügen-Büchlein war. Darum appelliere ich ganz klar an alle, diese Sache abzulehnen. Wir haben punktweise Abstimmung verlangt und werden selbstverständlich jeden Punkt ablehnen. Zur Botschaft: Wir unterstützen selbstverständlich die Anträge der FDP, und die der anderen – RWSU –, die die Sache beschönigen wollen, lehnen wir ab.

Lionel Gaudy (Mitte), Einzelvotum: Vielleicht gerade zum Anfang: Ehre, wem Ehre gebührt. Merci, Florence, für dein Votum. Viel stringenter als das werde ich es nicht mehr auf den Punkt bringen. Trotzdem noch paar Ergänzungen von meiner Seite, auch dazu, was mir in dieser Debatte aufgefallen ist. Genau hier liegt jetzt die Problematik, und zwar nicht nur, weil man sagt, 50 Prozent des Bodens wird man gemeinnützig bebauen lassen, sondern weil noch weitere Begehrlichkeiten der linken Seite auftauchen. Der Antrag GB/JA!, GFL/EVP, AL/PdA will eben noch in weiteren Teilen des Vierer-/Mittelfelds den Mietzins pro m² Wohnfläche begrenzen und gegebenenfalls noch auf weitere Einnahmen aus den Baurechtszinsen verzichten. Genau in diesem Fall werden nachher die 196 Millionen Franken, über die wir in einem Monat abstimmen schon nur für die Infrastruktur, 30 Millionen davon aus dem Allgemeinen steuerfinanzierten Haushalt – in ein krasses Missverhältnis gesetzt. Dann ist es nämlich nicht mehr so, dass ein gutes Geschäft vorliegt, bei dem man sagen könnte: Doch das Vierermittelfeld soll bebaut werden. Dann wird es nämlich so, dass man einfach auf einen grossen Teil der Einnahmen verzichtet. Dann ist die Stadt Bern in einer Position, in der man quasi das Tafelsilber verschenkt und zu Lasten auch künftiger Generationen weiter in die finanzielle Misere hineinschreitet.

Weiter störend an dem Geschäft ist, dass die Stimmbevölkerung nur zu einem kleinen Teil der Baurechtsvergaben überhaupt etwas zu sagen hat. Man kauft also quasi die Katze im Sack. Und das darf doch nicht sein in einer demokratisch legitimierten Institution, dass man nachher so arbeitet und die Leute fast für dumm verkauft.

Ich werde auf alle Fälle die Rückweisungsanträge unterstützen, und insbesondere auch die Anträge, die noch auf weitere Einnahmen verzichten wollen, ablehnen, und bitte Sie, das auch zu machen.

Präsident Hoekstra: Keine weiteren Einzelvoten? Dann gebe ich das Wort Gemeinderat Michael Aebersold.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich höre nicht nur Polo Hofer, wenn ich unterwegs bin. Heute habe ich einen anderen Song gehört, der sehr gut beschreibt, was ich jetzt

gerade empfinde. Irgendwann kommt man immer an, irgendwann geht es immer weiter. Du kannst noch so tief in die Sauce stehen. Irgendwann findet dich das Glück.

Sie wissen wahrscheinlich, von wem dieser Song ist. Ja, es ist an und für sich heute eine technische Diskussion und eine technische Abstimmung. Ich staune schon ein bisschen über die Aussagen, dass man undemokratisch handle. Stichwort Warmbächli: Das Volk hat dort der Abgabe im Baurecht zugestimmt und den Gemeinderat zum Abschluss der Baurechtsverträge ermächtigt. Stichwort Burgernziel: Volksbeschluss: Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt und muss den Baurechtsvertrag genehmigen. Stichwort Wankdorf City: Der Fonds wird beauftragt, die Bauparzellen an baubewilligte Investoren und Investorinnen zu übertragen. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Und als letztes Beispiel Brünen: Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt und ermächtigt, die Kaufverträge abzuschliessen.

Das war es, was wir in der ersten Vorlage hatten, um jetzt ein bisschen auf die Geschichte einzugehen. Damals haben wir gesagt: Wir machen es «gäng wie gäng».

Wir haben ein Projekt. Und wir haben weiss Gott genug darüber diskutiert. Die inhaltlichen Diskussionen sind geführt und geführt und wieder geführt worden. Wir haben Zonenpläne, die gültig sind. Wir hatten Vorlagen, die das Projekt umschrieben haben. Entsprechend haben wir gesagt, wir brauchen das Geld.

Michael Aebersold unterbricht sein Votum und fragt in den Saal: Bin ich witzig oder was ist? Ich kann sonst ein bisschen ernster werden. Nein, es ist gut, wenn man lachen kann. Ich finde eigentlich auch die ganze Diskussion höchst amüsant.

Michael Aebersold führt sein Votum fort: Ja, wir haben einen Kredit und wir haben in dieser Kreditvorlage auch die ganzen finanziellen Aspekte im Detail ausgeleuchtet. Wir hatten die Vorlage schon einmal hier in diesem Rat. Ich staune schon ein bisschen. Damals wurde der gemeinsamen Vorlage über den Kauf und die Abgabe von Ihnen mit 57 zu 13 Stimmen zugestimmt. Liebe FDP, mit voller Transparenz haben wir dann die Baurechte vergeben. Das haben wir öffentlich gemacht, als wir die Vereinbarungen getroffen haben – ich komme noch darauf zu sprechen, was der Hintergedanke gewesen ist –, haben Sie hier drin bereits gewusst, dass wir mit diesen Leuten eigentlich quasi zusammenarbeiten und dass man beabsichtigen, bei den Marktorientierten und auch bei den Genossenschaften die Geschäfte lokal zu vergeben. Es hat dann Einsprachen gegeben mit Argumenten, die heute wieder kommen bezüglich der Zuständigkeiten bei der Vergabe der Baurechte, obwohl das Regierungsstatthalteramt uns ganz klar Recht gegeben und gesagt hat, diese Argumentation steche nicht. Simone Machado kommt jetzt wieder mit genau den gleichen Gründen. Es gibt klare Kompetenzen. Die Baurechtszinsen haben wir hochgerechnet und entsprechend ist das jetzt auch die Vorlage, die davon abhängt, ob es um mehr als 10 Millionen Franken geht, ob es um einen Wert zwischen 5 und 10 Millionen Franken geht oder ob es eben unter diesen 5 Millionen ist, was je nach dem in die Zuständigkeit des Stimmvolks, des Stadtrats oder des Gemeinderats fällt, wie es bei der Inneren Enge der Fall ist, wo der Gemeinderat bereits über das Baurecht befunden hat. Wir haben nichts Neues erfunden. Wir machen nichts, was man in der Stadt nicht schon x Mal gemacht hat. Und man will auch ein bisschen effizient sein. Gemäss dieser Vorlage hätte man es dem Gemeinderat völlig delegiert und hätte gesagt: Geh in die Verhandlungen und schau, dass es mit dem Projekt vorwärtsgeht. Nach der Diskussion hier im Rat legen wir Ihnen nun diese modifizierte Vorlage vor. Jetzt kann man noch sagen, es passt uns oder es passt uns nicht.

Warum lokal? Ich will dennoch einfach noch einmal darauf zurückkommen, dass wir das voll transparent gemacht haben. Wir haben gesagt, wir wollen für die erste Etappe

mit diesen 350 Wohnungen einen Bern-Bezug. Wir wollen neben der Hauptstadtgenossenschaft, die aktiv auf uns zugekommen ist, Investoren, die lokal und erfahren sind. Das ist Die Mobiliar, das ist die Berner Kantonalbank und das ist auch die Pensionskasse der Stadt Bern; übrigens alles Institutionen, die in dieser Stadt Arbeitsplätze bieten und Ausbildungsplätze – Stichwort Fachkräftemangel – und schlussendlich auch noch Steuerzahler. Also ich frage mich schon, was falsch ist daran, es für die erste Etappen so zu machen, umso mehr, als das eigentlich auch sehr effizient ist. Das hat uns ermöglicht, jene an den Tisch zu bringen, mit denen wir jetzt schon zwei Jahre zusammenzuarbeiten, und auch das Know-how – Marktorientierte und Genossenschaften. Sie haben bereits gratis Vorinvestitionen getätigt nicht wissend, ob sie denn überhaupt zu einem Baufeld kommen. Und jetzt haben wir denen die Sicherheit gegeben, damit sie wissen, dass, wenn wir dann uns handelseinig werden, wir die Baurechtsverträge mit ihnen abschliessen werden. Also, das ist doch eigentlich eine relativ einfache Sache.

Noch zu zwei, drei Sachen, die hier diskutiert wurden. 50 Prozent genossenschaftliches und 50 Prozent marktorientiertes Bauen ist im Zonenplan festgelegt und der ist gültig. Da kann man nicht jetzt einfach noch irgendetwas machen und sagen: Trällällä, das Volk hat zwar so abgestimmt, aber wir machen jetzt etwas anderes. Es hat aber auch einen guten Grund bezüglich der Durchmischung. Da bin ich auch klar der Meinung, dass wir dort Durchmischung wollen und es hat auch klar den Grund, dass es für die Stadt schlussendlich finanziell aufgehen muss. Es ist Finanzvermögen. Das ist gerechnet. Das können die, die wollen, so nachlesen. Das Projekt, so wie wir es rechnen – nicht mit Spitzenansätzen, aber so mit Durchschnittsansätzen – rechnet sich. Aber irgendwann rechnet es sich dann eben nicht mehr, wenn man nicht gute Baurechtszinsen hat. Wie man auf 2 500 Franken kommt für eine Genossenschaftswohnung und dann irgendwie nachher noch die Infrastrukturkosten hineinrechnet, ist mir schleierhaft. Was entscheidend ist für die Kosten der Genossenschaften sind eigentlich zwei Sachen. Das ist der Landpreis, also der Baurechtszins, und das ist klar, je tiefer der ist, desto günstiger sind die Mieten. Aber das macht vom Ganzen im Schnitt etwa 20 Prozent aus. Das andere sind natürlich die Auflagen, die man macht. Und das ist eines der Probleme. Ich habe auch schon gesagt, der Masterplan sei jetzt ein Wunschkatalog. Nice to have. Über die Energiemassnahmen brauchen wir nicht zu diskutieren. Das kostet, das muss jemand investieren und das muss man nachher auf die Mieten überwälzen. Und das gilt sowohl für die Genossenschaften als auch für die marktorientierten Investoren. Und dann gibt es eben vielleicht andere Sachen – Stichwort Materialisierung. Da sind wir dann halt leider sehr rasch einmal beim Fleischkäse. Das sind nicht nur die bösen Investoren, die einfach sagen, sie wollten günstig bauen – alle Fenster genau gleich gross, alle Küchen genau gleich, weil sie einfach möglichst viel herausholen wollen, weil sie entsprechend nachher auch die Mieten tief halten können. Also, das ist der Grund auch, dass wir jetzt darauf achten müssen, energiemässig super zu sein, die Biodiversität zu fördern und so weiter. Aber andernorts können wir Abstriche machen. Es können halt vielleicht nicht Erkerchen und Eckchen gemacht werden, auch nicht jedes Fenster in einem anderen Format und handgemacht. Daran hätte zwar vielleicht das lokale Gewerbe Freude, aber schlussendlich muss die Mieterin oder Mieter es nachher zahlen. Also ist es relativ simpel: Je mehr Auflagen wir den marktorientierten und den genossenschaftlichen Investoren machen, desto teurer wird das Projekt und desto höher sind die Mietzinse. Das ist eine relativ simple Rechnung. Entsprechend muss man dort auch einen gescheiterten Mix finden.

Zu den Anträgen: Rückweisung ist klar: alles ablehnen. Bezüglich der Preislichkeit oder so: Dazu gibt bereits eine Angabe: 10 Prozent unter dem Preis des Bundesamtes für

Wohnungswesen (BWO). Ich glaube, das ist schon sehr ambitioniert für das Viererfeld, wo wir alle hohe Ansprüche haben. Und jetzt den marktorientierten Investoren auch noch sehr viele Vorgaben zu machen, ist dann auch wieder mit einem tiefen Baurechtszins verbunden und eben auch mit der Problematik – das ist gesagt worden –, dass wir bei der Genossenschaft in einer Vierzimmerwohnung mindestens drei Leute haben. Den marktorientierten Investoren können wir das nicht vorschreiben und dann sind halt vielleicht in einer Viereinhalbzimmerwohnung zwei Gutverdienende. Als Finanzminister muss ich sagen, dass ich Freude daran habe. Vielleicht brauchen wir dann auch keinen Schulraum, wenn sie keine Kinder haben. Ich will eigentlich damit nur sagen: Es ist nicht schwarzweiss, es ist komplex. Ich glaube, wir haben jetzt sehr lange diskutiert. Ich bitte Sie, diesen Vorlagen, diesen Vergaben jetzt auch zuzustimmen. Ich bitte Sie auch, diesen Kredit im März zu unterstützen. Es ist ganz wichtig, dass wir mit dem Projekt vorwärtskommen. Es geht schlussendlich darum, in dieser Stadt Wohnraum zu schaffen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, genossenschaftlichen und auch marktwirtschaftlichen. Die Mieter haben natürlich ein grosses Interesse daran, dass die Wohnungen einigermaßen bezahlbar sind. Noch wegen des Fehlers in der Grafik. Das ist ein Detail, das war im Vortrag und in der Botschaft so, dass man das in der Grafik – und nur in der Grafik – vertauscht hat. Im Text und in den Beschlüssen haben wir das richtig geschrieben. Merci vielmals für die Aufmerksamkeit und jetzt hoffe ich auf breite Zustimmung.

Präsident Hoekstra: Simone Machado, du hast dich gemeldet. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass normalerweise der Gemeinderat das letzte Wort hat. Da er dich persönlich angesprochen hat, darfst du dich dazu äussern.

Simone Machado (GaP), Einzelvotum: Das eine war wegen der Regierungsstatthalterin, die die Beschwerde klar abgelehnt hat. Sie hat sie abgelehnt, aber nicht mit einer überzeugenden Argumentation Sie hat gesagt, man könne es auch so sehen wie die Stadt. Das zweite ist wegen den 20 Prozent Infrastrukturkosten der Gesamtbaukosten. Diese Angabe stammt von Architekten. Das ist eine überschlagsmässige Angabe. In der Regel betragen die Infrastrukturkosten 20 Prozent der Gesamtbaukosten. Es ist also nicht so nebulös. Aber den Mietzins und den kapitalisierten Wert der Baurechtszinsen und die Baurechtszinsen selbst ist uns der Gemeinderat immer noch schuldig.

Präsident Hoekstra: Wir kommen zu den Abstimmungen über die Anträge.

Anträge

1.	SVP	Rückweisung: Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurück zuweisen unter der Auflage, die Ausschreibung für die Vergabe an die gemeinnützigen und privaten Baurechtsnehmer nochmals in einem offenen und transparenten Verfahren hinsichtlich der Vergabekriterien durchzuführen.
2.	SVP	Rückweisung: Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurück zuweisen unter der Auflage, die Ausschreibung für die Vergabe an die gemeinnützigen Baurechtsnehmer nochmals in einem offenen und transparenten Verfahren durchzuführen, dabei seien zusätzlich <ul style="list-style-type: none"> ▪ die Höhe der Baurechtszinsen

		<ul style="list-style-type: none"> ▪ die Vergabekriterien (Der Beschäftigungsgrad und der Grund für ein allfälliges Teilzeitpensum, ob freiwillig vs. krankheitsbedingt, aufgrund von Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen) ▪ die Kontrollen und die Konsequenz bei Nichterfüllung in den Vergabekriterien zu berücksichtigen.
3.	SVP	<p>Rückweisung: Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurück zuweisen unter den Auflagen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Risiken des Projekts Baurechtsvergabe für den Steuerzahler seien angesichts der hohen Investitionen für die Erschliessung und der demographischen und möglichen wirtschaftlichen Entwicklung nochmals abzuklären; 2. die finanziellen Folgen des Verzichts auf eine marktgerechte Verzinsung für den Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus sei auszuweisen; 3. die finanziellen Folgen des Verzichts für die Stadt bei Wegfall der Mietzinsentschädigungen und dergleichen wieder in Ihren Wohnungen eine effektiv marktübliche Miete zu verlangen, sei aufzuzeigen.
4.	SVP	<p>Rückweisung: Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurück zuweisen unter der Auflage es sei sicher zu stellen, dass die Erträge aus den Baurechtsverträgen gesamthaft eine gegenüber dem vorliegenden Projekt um 1/3 höhere Erträge ausweisen.</p>
5.	SVP	<p>Rückweisung: Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurück zuweisen unter der Auflage es sei sicher zu stellen, dass die Erträge aus den Baurechtsverträgen gesamthaft eine gegenüber dem vorliegenden Projekt um 1/4 höhere Erträge ausweisen.</p>
6.	SVP	<p>Rückweisung: Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurück zuweisen unter der Auflage sicher zu stellen, dass bei den gemeinnützigen Wohnungen die ungerechte Vergabe-Praxis wie folgt geändert wird</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ in Zukunft soll der Anteil an Personen, welche die Vergabekriterien nicht (oder nicht mehr erfüllen) wegfallen. Der Beschäftigungsgrad und der Grund für ein allfälliges Teilzeitpensum (ob freiwillig vs. krankheitsbedingt, aufgrund von Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen) sei in den Vergabekriterien mitzuberoücksichtigen. ▪ bei Wegfall der Mietzinsentschädigungen und dergleichen wieder effektiv marktübliche Miete zu verlangen.
7.	SVP	<p>Rückweisung: Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurück zuweisen unter der Auflage sicher zu stellen, dass die Stadt für ihre Wohnungen und die gemeinnützigen Wohnungen folgende Auflagen macht:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ in Zukunft soll der Anteil an Personen, welche die Vergabekriterien nicht (oder nicht mehr erfüllen) wegfallen. Der Beschäftigungsgrad und der Grund für ein allfälliges Teilzeitpensum (ob freiwillig vs. krankheitsbedingt, aufgrund von Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen) sei in den Vergabekriterien mitzuberoücksichtigen. ▪ bei Wegfall der Mietzinsentschädigungen und dergleichen soll wieder effektiv eine marktübliche Miete verlangt werden.
8.	FDP/JF	<p>Rückweisung:</p>

		Das Geschäft zur Abgabe von Baurechten auf dem Viererfeld/Mittelfeld sei an den Gemeinderat zurückzuweisen. Der Gemeinderat habe eine neue Ausschreibung für die Bebauung des Viererfeld/Mittelfeld vorzunehmen. Die Ausschreibung darf nur derart eingeschränkt werden, als dass sich Interessenten an die Zonenpläne Viererfeld und Mittelfeld mit ihren zugehörigen Vorschriften (Pläne Nr. 1322/2 1322/3 vom 29. April 2015) halten müssen. Die Vergabe zur Überbauung des Viererfelds/Mittelfelds muss der gesamten Berner Stadtbevölkerung zugutekommen, weshalb sie mitunter finanziell nachhaltig sein muss.
9.	FDP/JF	Eventualantrag Rückweisung: Das Geschäft zur Abgabe von Baurechten auf dem Viererfeld/Mittelfeld sei an den Gemeinderat zurückzuweisen. Der Gemeinderat habe eine neue Ausschreibung für die Bestimmung der Baurechtsnehmenden vorzunehmen. Die Ausschreibung darf nur derart eingeschränkt werden, als dass sich Interessenten an die Zonenpläne Viererfeld und Mittelfeld mit ihren zugehörigen Vorschriften (Pläne Nr. 1322/2 1322/3 vom 29. April 2015) halten müssen. Die Vergabe zur Überbauung des Viererfelds/Mittelfelds muss der gesamten Berner Stadtbevölkerung zugutekommen, weshalb sie mitunter finanziell nachhaltig sein muss.
10.	FDP/JF	Eventualantrag Rückweisung: Das Geschäft zur Abgabe von Baurechten auf dem Viererfeld/Mittelfeld sei an den Gemeinderat zurückzuweisen. Die Stadtbevölkerung soll über die Vergabe von allen Baurechtsflächen befinden dürfen.
11.	Simone Machado, GaP	Rückweisung: Das Geschäft ist zurückzuweisen, unter der Auflage der Ausweisung des kapitalisierten Wertes der Baurechtszinse und der Klimafolgen der Erstellung der Bauten.
12.	Simone Machado, GaP	Rückweisung: Das Geschäft ist zurückzuweisen, unter der Auflage der Ausweisung der Bedingungen des Vertrages gemäss Gemeindeordnung und der kantonalen Gemeindeverordnung (Baurechtszinse, kapitalisierter Wert der Baurechtszinse und Mietzinse).
13.	Simone Machado, GaP	Rückweisung: Das Geschäft ist zurückzuweisen, unter der Auflage die Vorgaben des Art. 34 Abs. 2 BV, die Gemeindeordnung, der kantonalen Gemeindeverordnung und des Klimareglements einzuhalten (Entfernung falscher Angaben, Ausweisung der Baurechtszinse, kapitalisierter Wert der Baurechtszinse und künftige Mietzinse).
14.	Simone Machado, GaP	Rückweisung: Das Geschäft ist zurückzuweisen, unter der Auflage, den kapitalisierten Wert der Baurechtszinse auszuweisen.
15.	GB/JA, GFL/EVP, AL/PdA	Bei einem Teil der in den späteren Etappen zu vergebenden Bausteinen ist bei der Ausschreibung ein verbindlicher, maximaler Mietzins pro Quadratmeter Wohnfläche festzulegen. Der Baurechtszins für diese Bausteine soll im Gegenzug entsprechend tief angesetzt werden (Vorgehen analog Überbauung Mutachstrasse).

16.	GB/JA, GFL/EVP, AL/PdA, SP/JUSO	Bei der Vergabe der weiteren Baufelder ist (auch im marktorientierten Segment) ein Mindestanteil von Wohnungen mit 4 oder mehr Zimmern vorzugeben.
17.	RWSU	Abstimmungsbotschaft, S.10: Austausch mit der neuen Grafik (vgl. nachfolgend).
18.	FDP/JF	Abstimmungsbotschaft: S. 8 der Abstimmungsbotschaft «Vierfeld/Mittelfeld: Abgabe von zwei Landflächen im Baurecht» sei wie folgt anzupassen und bspw. durch Fettschrift hervorzuheben: «Für die weiteren Bautappen wird es nach heutigem Stand aufgrund der Marktwerte der Baurechtsflächen keine Volksabstimmungen geben.» «Nach heutigem Stand kann die Stadtbevölkerung über die Vergabe von 40 der insgesamt 46 Baurechtsflächen (mehr als zwei Drittel des Vierfelds/Mittelfelds) nicht befinden, da der Gemeinderat die einzelnen Landflächen so aufgeteilt hat, dass diese jeweils einen Wert unter zehn Millionen Franken aufweisen.»
19.	FDP/JF	Abstimmungsbotschaft: In der Abstimmungsbotschaft sei zum Vergabeverfahren zur Baurechtsnahme unter den Titeln «Das Wichtigste in Kürze» und «Die Ausgangslage» zu erwähnen, dass nur ein selektives Wettbewerbsverfahren zur Wahl der Baurechtsnehmenden stattgefunden hat.

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 1 SVP Rückweisung

Ablehnung

Ja 15
Nein 54
Enthalten 0

[Namensliste](#) 056

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 2 SVP Rückweisung

Ablehnung

Ja 16
Nein 52
Enthalten 2

[Namensliste](#) 057

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 3 SVP Rückweisung

Ablehnung

Ja 15
Nein 52
Enthalten 2

[Namensliste](#) 058

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 4 SVP Rückweisung	
Ablehnung	
Ja	7
Nein	62
Enthalten	0
Namensliste 059	

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 5 SVP Rückweisung	
Ablehnung	
Ja	7
Nein	62
Enthalten	0
Namensliste 060	

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 6 SVP Rückweisung	
Ablehnung	
Ja	7
Nein	62
Enthalten	0
Namensliste 061	

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 7 SVP Rückweisung	
Ablehnung	
Ja	7
Nein	62
Enthalten	0
Namensliste 062	

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 8 FDP/JF Rückweisung	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	51
Enthalten	2
Namensliste 063	

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 9 FDP/JF Eventualrückweisung	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	51
Enthalten	2
Namensliste 064	

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 10 FDP/JF Eventualrückweisung

Ablehnung

Ja	17
Nein	51
Enthalten	1

[Namensliste](#) 065

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 11 Simone Machado (GaP) Rückweisung

Ablehnung

Ja	9
Nein	61
Enthalten	0

[Namensliste](#) 066

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 12 Simone Machado (GaP) Rückweisung

Ablehnung

Ja	16
Nein	53
Enthalten	0

[Namensliste](#) 067

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 13 Simone Machado (GaP) Rückweisung

Ablehnung

Ja	15
Nein	55
Enthalten	0

[Namensliste](#) 068

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 14 Simone Machado (GaP) Rückweisung

Ablehnung

Ja	16
Nein	54
Enthalten	0

[Namensliste](#) 069

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 15 GB/JA!, GFL/EVP, AL/PdA

Ablehnung

Ja	24
Nein	44
Enthalten	2

[Namensliste](#) 070

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 16 GB/JA!, GFL/EVP, AL/PdA, SP/JUSO	
Annahme	
Ja	45
Nein	23
Enthalten	1
Namensliste 071	

Antrag 17 RWSU: Abstimmungsbotschaft, S.10: Austausch mit der neuen Grafik

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 17 RWSU	
Annahme	
Ja	61
Nein	7
Enthalten	1
Namensliste 072	

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 18 FDP/JF	
Ablehnung	
Ja	18
Nein	52
Enthalten	0
Namensliste 073	

Abstimmung

2019.FPI.000126: Antrag 19 FDP/JF	
Ablehnung	
Ja	19
Nein	51
Enthalten	0
Namensliste 074	

Abstimmung

2019.FPI.000126: Punkt II/1: Baurechte an Hauptstadtgenossenschaft	
Annahme	
Ja	51
Nein	17
Enthalten	0
Namensliste 075	

Abstimmung

2019.FPI.000126: II/2 Baurechte an Die Mobilier-Asset Management AG	
Annahme	
Ja	50
Nein	17
Enthalten	2
Namensliste 076	

Abstimmung

2019.FPI.000126: III: Abstimmungsbotschaften

Annahme

Ja	50
Nein	17
Enthalten	2

[Namensliste 077](#)

Abstimmung

2019.FPI.000126: IV/1: Baurechte an Personalvorsorgekasse der Stadt Bern

Annahme

Ja	49
Nein	17
Enthalten	2

[Namensliste 078](#)

Abstimmung

2019.FPI.000126: IV/2: Baurecht an die Pensionskasse die Berner Kantonalbank

Annahme

Ja	46
Nein	17
Enthalten	6

[Namensliste 079](#)

Abstimmung

2019.FPI.000126: IV/3: Baurechte an die Burgergemeinde Bern

Annahme

Ja	47
Nein	15
Enthalten	8

[Namensliste 080](#)

Präsident Hoekstra: Wir kommen zur Schlussabstimmung des Geschäftes in der so bereinigten Form.

Abstimmung

2019.FPI.000126

Annahme

Ja	50
Nein	17
Enthalten	2

[Namensliste 081](#)

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

13. Anstellungsbedingungen: Personalreglement der Stadt Bern vom 2022.SK.000145
21. November 1991 (Personalreglement; PRB; SSSB 153.01);
Teilrevision (Abstimmungsbotschaft)
14. Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz: Konstante Zunahme 2021.SUE.000053
der Fallzahlen: Definitive Aufstockung des Personalkörpers; Ver-
pflichtungskredit 2023

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Kleine Anfrage Thomas Hofstetter (FDP): Stromsparen bei der öffentlichen Beleuchtung
2. Kleine Anfrage Thomas Hofstetter (FDP): Gibt es Probleme beim Bewilligungsverfahren für baubewilligungspflichtige Solaranlagen?
3. Kleine Anfrage Thomas Hofstetter (FDP): Lärmbeschwerden und Vandalismusprobleme beim Schulhaus Sulgenbach
4. Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Kurt Rügsegger): Vergabekriterien bei städtischen Mietwohnungen: was kostet die ungerechte Vergabe den Steuerzahler? Was für Folgen hat diese Praxis für effektiv auf günstige Wohnungen angewiesene Personen?

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr

Namens des Stadtrats

Der Präsident

X

Michael Hoekstra

Für das Protokoll

X

Anita Flessenkämper